

PLANSPIELE

(UN-)Frieden in Nahost

Eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum israelisch-palästinensischen Konflikt gestalten



lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Plan
Spiele

Impressum

Herausgegeben von der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

Tel.: +49 711 16 40 99 0
E-Mail: lpb@lpb-bw.de
Internet: www.lpb-bw.de

Konzeption

Rebekka Isak, Simon Züfle, Thomas Waldvogel

Redaktion

Thomas Waldvogel

Autorinnen und Autoren

Rebekka Isak, Thomas Waldvogel, Michel Di Ronco, David Koch

Ideen, Mit- und Weiterentwicklung

Freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LpB, Außenstelle Freiburg; Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Politischen Tage; Steuerungsgruppe Planspiele LpB

Druck

WIRmachenDruck GmbH, Backnang

Bildnachweis

Titelfoto: picture-alliance/dpa; S. 16/17: picture-alliance/dpa

Redaktionsschluss

August 2016

ISBN 978-3-945414-31-6

Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
Vorwort	4
Planspielmethode	5
Didaktisch-methodische Einführung	9
Ablaufmatrix	12
Tipps und Tricks	14
M1: Szenario – Bericht zur Lage des israelisch-palästinensischen Konfliktes	16
M2: Ablaufplan	18
M3: Rollenkarten	
Ägypten	20
Argentinien	22
Australien	24
Volksrepublik China	26
Deutschland	28
Frankreich	30
Guatemala	32
Iran	34
Jordanien	36
Litauen	38
Marokko	40
Ruanda	42
Russische Föderation	44
Vereinigte Staaten von Amerika	46
Vereinigtes Königreich (Großbritannien und Nordirland)	48
Vorsitz	50
M4: Redemanuskript	53
M5: Verfahrensregeln	54
M6: Resolutionsentwurf	55
M7: Änderungsantrag	56
M8: Reflexionsphase	57
M8: Reflexionsphase	58
M9: Informationsquellen, Links und Literatur	59
M10: Glossar	62

Vorwort

»Die UNO wurde nicht gegründet, um uns den Himmel zu bringen, sondern um uns vor der Hölle zu bewahren.« Winston Churchill (1874-1965)

Siebzig Jahre nach ihrer Gründung blicken die Vereinten Nationen (United Nations; UN) auf eine wechselvolle Geschichte zurück. Der Ost-West-Konflikt prägte die UNO nach ihrer Gründung im Jahre 1945 ebenso wie in den Folgejahren die Entkolonialisierung und der Nord-Süd-Gegensatz. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts steht sie heute vor neuen Herausforderungen wie dem internationalen Terrorismus.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns des Völkerbundes und den Erfahrungen aus dem Ersten und insbesondere dem Zweiten Weltkrieg traten am 25. April 1945 in San Francisco 50 Länderdelegationen zusammen, um eine neue Weltorganisation zu gründen und deren Gründungsdokument auszuarbeiten. Mit der Unterzeichnung und Ratifizierung der UN-Charta am 24. Oktober 1945 waren die Vereinten Nationen gegründet.

Hauptaufgabe der heute 193 Mitglieder umfassenden internationalen Organisation ist von Beginn an die internationale Konfliktprävention und Friedenssicherung. Konstitutionellen Ausdruck findet diese Zielsetzung insbesondere in der Verankerung des Gewaltverbotes in Artikel 2 der UN-Charta, wodurch sich alle Mitgliedstaaten nach Ziffer 4 verpflichten, auf jede Anwendung oder Androhung von Gewalt in ihren internationalen Beziehungen zu verzichten. Als institutionelles Organ wurde der UN-Sicherheitsrat geschaffen.

Heute ist der UN-Sicherheitsrat ein Schlüsselakteur wenn es darum geht, Konflikte zwischen Staaten zu schlichten: Er trifft für die UN-Mitgliedsstaaten völkerrechtlich bindende Entscheidungen, kann Sanktionen verhängen und Resolutionen verabschieden.

Der UN-Sicherheitsrat ist eine kontrovers diskutierte Institution der Vereinten Nationen. Befürworter sehen in ihm das unverzichtbare Kernstück eines zunehmend auf Kooperation gerichteten Zusammenlebens im internationalen System. Kritiker beklagen hingegen die langwierigen Entscheidungsprozesse, bescheinigen dem UN-Sicherheitsrat eine gravierende Handlungsunfähigkeit und ein stark ausgeprägtes Abhängigkeitsverhältnis von den Interessen der großen Veto-Mächte.

Einher mit dieser ambivalenten Beurteilung geht eine kontroverse Debatte über die Reformperspektiven der Vereinten Nationen. Eine besondere Rolle spielt auch hier der UN-Sicherheitsrat, weil sich in ihm alle wesentlichen Herausforderungen struktureller Reformen in den Vereinten Nationen konzentrieren. Als Konsens gilt zwar, dass die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Sicherheitsrates die weltpolitische Machtkonstellation zum Ende des Zweiten Weltkrieges widerspiegeln. Sie scheinen damit anachronistisch und dringend reformbedürftig. Im Spannungsfeld von verstärkter Partizipation und Legitimität auf der einen und der Steigerung der Effektivität und Handlungsfähigkeit auf der anderen Seite, konnte allerdings keine der bisherigen Reforminitiativen den Status quo überwinden.

Das hier vorliegende Planspiel legt einen institutionellen Fokus auf die Funktions- und Arbeitsweise des UN-Sicherheitsrates. Am Beispiel des israelisch-palästinensischen Konfliktes sollen die Möglichkeiten und Restriktionen seiner Handlungsfähigkeit offengelegt und induktiv eine kontroverse Diskussion über die internationale Sicherheits- und Friedenspolitik in den Vereinten Nationen unter den Teilnehmenden initiiert werden.

Planspielend lernen!

Eine methodisch-didaktische Betrachtung der Planspielmethode

Eine systematische Betrachtung setzt eine Einordnung des Planspiels in die Methoden der politischen Bildung voraus. Das Planspiel bildet eine Makromethode in der politischen Bildung. Sie ist in ihrer Anwendung methodisch voraussetzungsvoll, weil in ihr eine Vielzahl an Arbeitstechniken und Mikromethoden zum Einsatz kommen. Die Teilnehmenden üben im Planspiel vielfältige Arbeitstechniken ein – neben methodischen und schriftlichen Grundfertigkeiten wie dem Sammeln von Informationen oder Erstellen von Protokollen sind auch kommunikative Fähigkeiten wie das Moderieren von Diskussionen gefragt. Mikromethoden (z.B. Textanalyse) setzen die verschiedenen Arbeitstechniken in einen speziellen Funktionszusammenhang, die in ihrer Komposition den Lernzielen des Planspiels dienen. Als Makromethode bildet das Planspiel also das übergeordnete methodische Strukturmuster, während die Mikromethoden und Arbeitstechniken die einzelnen Lern- und Arbeitsschritte innerhalb des makromethodischen Rahmens bestimmen (vgl. Straßner 2013).

Für eine systematische Betrachtung der Planspielmethode scheint neben ihrer Klassifizierung als Makromethode eine terminologische Klärung angezeigt: Das Planspiel lässt sich der übergeordneten Kategorie der Simulation zuordnen. Während für Rollenspiele, die ebenfalls in diese Kategorie eingeordnet werden können, die Identifikation der Spielenden mit einer Rolle prägend ist, stehen in Planspielen diese identifikatorischen Prozesse nicht an vorderster Stelle. Zwar füllen Planspielende in aller Regel auch ein Rolle aus, vielmehr als die gespielte Person sind sie in ihrer Rolle aber Träger von Positionen, Repräsentationen von Konfliktlinien, die sich entlang eines politischen Problems vollziehen (vgl. Massing 2010). Eine erfolgreiche Rollenidentifikation ist demnach auch in Planspielen wichtig, weil erst durch Rollenidentifikation eine authentische Repräsentation von Positionen und Argumenten gelingen kann. Anders als im Rollenspiel ist die Rollenidentifikation aber nur eine notwendige, kei-

nesfalls eine hinreichende Voraussetzung für ein gelingendes Planspiel. Im Entscheidungsspiel, als drittes Element in der simulativen Trias aus Rollen-, Plan- und Entscheidungsspiel, wird der Kern eines Planspiels wie unter einem Brennglas konzentriert. Es unterscheidet sich vom Planspiel neben seiner Kompaktheit vor allem in seiner Fokussierung auf das politische Basiskonzept Entscheidung (Weißeno et al. 2010). (Zeit)Aufwendige Interaktionsphasen finden in Entscheidungsspielen zumeist nicht statt. Die prozesshafte Dimension von Politik (Politics), die in beiden Spielarten im Fokus steht, wird auf Entscheidungsprozesse verkürzt. Planspiele können demgegenüber die Politics-Dimension facettenreicher darstellen und ermöglichen zudem Lernprozesse in der formal-institutionellen (Polity) und inhaltlichen Dimension (Policy) des Politischen.

Grundcharakteristika von Planspielen

Schon das Kompositum Plan-Spiel verweist auf die zentralen Grundcharakteristika der Methode. Der erste Teil des Wortes spiegelt den simulativen Modellcharakter wieder: Die politische Realität wird im Planspiel didaktisch reduziert, um sie den Lernenden leichter zugänglich zu machen. Allerdings wird die Realität nicht verfälschend abgebildet, vielmehr bleibt das Elementare und Fundamentale eines politischen Problems erhalten und wird durch ein repräsentatives Beispiel veranschaulicht.

Der zweite Teil des Wortes weist auf den Spielcharakter der Methode hin: Planspiele ermöglichen Probehandeln im sanktionsfreien Raum, indem die Teilnehmenden „einen durch Regeln begrenzten Spiel-Raum durch eigenes spielerisches Handeln ausfüllen“ (Schirrmeister/Plessner 2014). Eng damit verbunden ist der Offenheitscharakter von Planspielen, denn Verlauf und Ergebnis unterliegen einer ständigen (Spiel-)Dynamik und können bestenfalls antizipiert, jedoch nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden.

Politikdidaktische Begründung von Planspielen: Prinzipien, Beutelsbach und Kompetenzen

Die kurze Darstellung der Grundcharakteristika von Planspielen gibt erste Hinweise für eine fachdidaktische Begründung der Planspielmethode in der politischen Bildung.

Sie ermöglicht erstens die Umsetzung zentraler didaktischer Prinzipien. In der, aus dem Modellcharakter von Planspielen abgeleiteten, didaktischen Reduktion lässt sich eine klare Fallorientierung der Methode erkennen. Exemplarisches Lernen wird ermöglicht, der Lernweg verläuft induktiv vom repräsentativen Beispiel hin zum Abstrakten bzw. Allgemeinen.

Die zentrale Rolle von politischen Problemstellungen in Planspielen begründet die Problemorientierung der Methode. Die Problemorientierung impliziert im Planspiel auch Aktualität und Zukunftsorientierung als didaktische Prinzipien: Ausgehend von der Problembeschreibung eines aktuellen Ausgangszustandes wird durch die angestrebte Problemlösung ein erwünschter Endzustand prospektiv bearbeitet. Eng verbunden mit der Problemorientierung ist auch das Kontroversitätsprinzip, wie es im Beutelsbacher Konsens niedergeschrieben ist. In Planspielen werden Problemstellungen durch die Teilnehmenden in unterschiedlichen Rollen multiperspektivisch verhandelt, das Kontroversitätsgebot, wonach alles, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers erscheinen soll, ist der Planspielmethode also immanent. So wird zudem einer Indoktrination effektiv vorgebeugt, das Überwältigungsverbot hat in der Planspielmethode also höchste Gültigkeit.

Das Planspiel ist eine aktivierende, partizipative Methode in der die Handlungsorientierung politischer Bildung beispielhaft umgesetzt wird. Der Spielcharakter der Methode fördert aktives Probehandeln im sanktionsfreien Raum. Auch die im Beutelsbacher Konsens eingeforderte Schüler(interessen)orientierung kann als didaktisches Prinzip im Planspiel verwirklicht werden: Aus politikdidaktischer Perspektive scheint beispielsweise die Vermittlung der Funktionsweise internationaler Organisationen wie den Vereinten Nationen (United Nations; engl. UN) schwie-

rig. Zwischen internationalen Organisationen wie der UN und der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler liegt eine vermeintlich kaum zu überwindende Distanz. Der Einsatz von Planspielen stellt hier eine Erfolg versprechende Methode dar, die Distanz zwischen der Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler und den internationalen Organisationen zu verringern, denn sie bietet den Spielenden die Möglichkeit, zumindest ansatzweise (simulative) Primärerfahrungen zu sammeln.

In der Planspielmethode sind aber nicht nur die Umsetzung zentraler didaktischer Prinzipien der politischen Bildung und die Einhaltung der „drei Gebote“ aus dem Beutelsbacher Konsens in besonderer Weise angelegt. Die Methode bietet drittens großes Potenzial für den Kompetenzerwerb in politischen Bildungsprozessen. Der Erwerb von Kompetenzen scheint nicht nur auf Grund der Verankerung in den Bildungsplänen aller Schularten in Baden-Württemberg geboten, sondern vielmehr auch deshalb, weil für das Leitbild des interventionsfähigen Bürgers Kompetenzen eine notwendige Voraussetzung darstellen.

Die Sachkompetenz hat im Planspiel deshalb besondere Relevanz, „weil ein Mangel an Sachwissen im Spiel unmittelbar als Mangel an Handlungswissen erfahren wird“ (Schirrmeister/Plessner 2014).

Planspiele stellen an die Teilnehmenden methodisch einen hohen Anspruch. Um in einen Diskurs mit anderen Spielenden treten zu können, bedarf es unterschiedlicher Techniken. Es gilt die relevanten Informationen herauszufiltern, (rollen)eigene Interessen zu artikulieren und diese dann durchzusetzen. Planspiele sind also methodisch voraussetzungsvoll, können aber bei adäquater Passung in besonderem Maße zur Förderung der Methodenkompetenz beitragen.

Eine methodische Überforderung der Teilnehmenden ist durch eine gute Vorbereitung und Betreuung zu vermeiden, weil sie sich als Frusterlebnis direkt negativ auch auf die erlebte Handlungskompetenz niederschlagen kann. Ziel der handelnden Planspielakteure ist die Artikulation und Durchsetzung (rollen)eigener Interessen, Meinungen und Urteile. Diese Ziele versuchen die Teilnehmenden im Rahmen

der gesetzten, institutionellen „Spielregeln“ zu realisieren. Hierbei werden eine Vielzahl demokratischer Handlungsweisen eingeübt: Verhandlungen, Koalitionsbildung, Perspektivenübernahme, Kompromissfindung und unterschiedliche Abstimmungsverfahren. Planspiele können in dieser Hinsicht besonders zur Förderung der politischen Handlungskompetenz beitragen.

Eng hiermit verbunden ist die Stärkung der politischen Urteilskompetenz der Planspielenden. Neben der Analyse der eigenen Positionen und Argumente müssen diese mit alternativen Sichtweisen verglichen werden. Zudem müssen in verschiedenen Phasen eines Planspiels begründete Entscheidungen getroffen werden, in denen die Sach- und Werturteile der Teilnehmenden unmittelbar zu Tage treten. Diese sollten von den Urteilenden plausibel begründet, gegebenenfalls modifiziert oder revidiert werden können.

Grundelemente eines Planspiels

So vielfältig und unterschiedlich Planspiele auch sind, so lassen sich doch wiederkehrende Grundelemente benennen.

Szenario

Das Szenario hat die Funktion, die Planspiel-Welt zu gestalten. In ihm werden das Setting des Planspiels eingeführt, das politische Problem entfaltet und die grundlegenden Konfliktlinien skizziert. Das Szenario beantwortet die Fragen: Was wird verhandelt? Wer sind die Verhandelnden? Welche grundlegenden Verhandlungspositionen gibt es? Und wo finden die Verhandlungen statt?

Rollenkarten

Die Rollenkarten greifen diese Fragen auf, spezifizieren die im Szenario angelegten Informationen auf der Ebene des einzelnen Akteurs. Die Rollenkarten sind essenziell für die Rollenfindung und geben den Planspielenden rollenspezifische Informationen. In ihnen ist eine detaillierte Rollenbeschreibung enthalten, die rolleneigenen Positionen und Argumentationsmuster werden entfaltet. Die Rollenkarte ermöglicht dem einzelnen Spielenden, seine

rollenspezifische Position in der Planspiel-Welt zu bestimmen und ist die Grundlage für die Entwicklung einer rollenadäquaten Spielstrategie. In ihrer Gesamtheit bilden sie wie Mosaiksteine das Gesamtbild des Planspiel-Kosmos.

Ablaufplan und „Spielregeln“

Der Ablaufplan macht die chronologische Abfolge des Planspiels transparent. Die einzelnen Spielschritte, Aufgaben und Ziele werden offengelegt, den Teilnehmenden eine zeitliche Orientierung geboten. Der Ablaufplan wird zumeist durch zusätzliche Materialien wie beispielsweise eine Geschäftsordnung o.ä. ergänzt. Neben der zeitlichen Festlegung aus dem Ablaufplan erhalten die Planspielenden so die „Spielregeln“, die den Spielraum begrenzen und Hilfe für die Navigation in der Planspiel-Welt bieten. Ablaufplan und zusätzliche „Spielregeln“ beantworten also die Frage, wie gespielt wird.

Zusatzmaterialien

Mit Zusatzmaterialien kann die Planspiel-Welt ausgeschmückt werden. Tisch- und Namensschilder, Vordrucke, Fahnen und Hintergrundinformationen sollten in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden, weil sie den Teilnehmenden die Rollenidentifikation und den Eintritt in die Planspiel-Welt erleichtern. Zusatzmaterialien schaffen die passende Atmosphäre, geben Hilfestellung und können auf diese Weise einen nicht unerheblichen Beitrag zum Gelingen des Planspiels leisten.

Die Phasenstruktur von Planspielen

Das Planspiel als didaktisch reflektierte Methode der politischen Bildung lässt sich strukturell in Phasen untergliedern. Wenngleich auf Grund der großen Vielfalt von Planspielen die Phasenmodelle im Detail variieren können, lassen sich doch drei grundlegende Phasen festhalten:

Einführungsphase (Briefing)

Ziel der Einführungsphase ist es, den Teilnehmenden einen motivierenden Einstieg in das Planspiel zu geben. Hierbei ist es wichtig, die Relevanz des Planspiels für die Lebenswelt(en) der Spielenden offenzulegen. Die Einführung vollzieht sich dabei auf unterschiedlichen Ebenen:

neben der thematisch-inhaltlichen Einführung ist je nach Komplexität des Planspiels auch eine institutionelle, zwingend jedoch eine methodische Einführung angezeigt. Um im weiteren Verlauf einen störungsfreien Spielfluss zu erreichen, sollten in dieser Phase auch die organisatorischen Rahmenseetzungen vermittelt werden: Szenario, Spielregeln und die Rollenverteilung sollten detailliert besprochen werden. Darüber hinaus sollte den Teilnehmenden in dieser Phase ausreichend Zeit für die Einarbeitung in die eigene Rolle, die rollenspezifischen Positionen und Argumentationsmuster sowie die Möglichkeit zur Rollenidentifikation gegeben werden.

Simulationsphase

Die Simulationsphase bildet die eigentliche Spielphase des Planspiels. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, „dass der Beginn der eigentlichen Simulationsphase mit einem expliziten Wechsel von der Metaebene auf die Handlungsebene verbunden wird“ (Schirrmeister/Plessner 2014) und für die Planspielenden auch als ein solcher erkannt wird. Ein klares Startsignal wie das gemeinsame Betreten eines Plenums, das Abspielen einer Hymne oder eine Eröffnungsrede können hier unterstützend wirken. Die Simulationsebene sollte während des Planspiels nur noch in absoluten Ausnahmefällen verlassen werden, um die Spielwelt nicht zu durchbrechen.

Die Simulationsphase stellt einen hohen Anspruch an die Spielenden. Lerneffekte auf der Spielebene folgen hier einem reziprok-zirkulären Muster. Die Spieldynamik, das Handeln und Urteilen aller Spielenden wirkt unmittelbar auf die politischen Kompetenzen jedes einzelnen Lernenden. Im Wechselverhältnis des eigenen Urteilen und Handelns und der Dynamik der Spielumgebung erhalten die Lernenden direkt Rückmeldung. Diese Rückkoppelungen führen in Verbindung mit spielinternen Reflexionsprozessen zu erfahrungsbasierten Lerneffekten und neuen Handlungsweisen im Spiel. Auch diese treten wieder in Wechselwirkung mit der Lernumgebung, der Zirkel des erfahrungsbasierten Lernens setzt sich auf einem komplexeren Niveau kontinuierlich fort (vgl. Capaul / Ulrich 2010). Diesen Prozess gilt es aufmerksam zu begleiten und zu unterstützen.

Auswertungs- und Reflexionsphase (Debriefing)

Am Ende eines Planspiels steht zwingend die Auswertungs- und Reflexionsphase. Die Gewährleistung dieser zeitlich letzten Phase ist notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Lernprozess im Planspiel! Ohne Debriefing bleiben die erworbenen Kompetenzen situativ, im spezifischen Lernkontext gebunden. Erst eine systematische Reflexion führt zu einer Dekontextualisierung und zur Befähigung zu einer selbstständigen Anwendung der im Planspielkontext erworbenen Kompetenzen (Capaul/Ulrich 2010).

Mit dem Übergang von der Simulationsphase zum Debriefing ist ein erneuter Wechsel von der Spiel- auf die Meta-Ebene verbunden. Deshalb ist der Phasenwechsel allen Spielenden eindeutig kenntlich zu machen. Zur Systematisierung der Debriefing-Phase hat sich deren Unterteilung in drei Phasen bewährt: Nach der Rollendistanzierung erfolgt eine (1) Spieldauswertung, in der das Geschehene auf der Spielebene analysiert wird. Im Anschluss erfolgt (2) die Spielreflexion, in der der Spielverlauf, dessen Ergebnis und die Methode bewertet werden. Den Abschluss bildet die Phase des (3) Transfers, in der insbesondere der Realitäts- und Wissenschaftsbezug hergestellt werden. Im gesamten Reflexionsprozess sind zudem stets die konkreten Lernerfahrungen der Teilnehmenden offenzulegen. Insbesondere im Schulkontext kann darüber hinaus die Identifizierung von Wissenslücken für die Planung der Weiterführung im Unterricht gewinnbringend in der Debriefing-Phase sein (vgl. Schirrmeister/Plessner 2014).

Didaktisch-methodische Einführung

Das vorliegende Planspiel simuliert eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates. Am Beispiel einer Sondersitzung zum israelisch-palästinensischen Konflikt wird die Arbeitsweise des UN-Sicherheitsrates durch die Teilnehmenden nacherlebt.

Vorrangiges Lernziel ist es, dass die Teilnehmenden anhand einer exemplarischen friedenspolitischen Herausforderung die sicherheitspolitische Leistungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrates beurteilen können (Urteilskompetenz). Dazu analysieren und vergleichen die Teilnehmenden wichtige Positionen und Argumente zu zentralen Konfliktfeldern des israelisch-palästinensischen Konfliktes (Analysekompetenz). In konkreten Verhandlungen versuchen Sie, diese rollenadäquat zu vertreten und eine gemeinsame Resolution zu gestalten (Handlungskompetenz).

Zielgruppe des Planspiels sind Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II. Das Planspiel kann aber auch in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit eingesetzt werden. Insgesamt sind im Planspiel 15 Länderdelegationen vorgesehen. Neben den fünf ständigen Mitgliedern sind zehn nicht-ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates als Akteure angelegt. Zusätzlich wird noch die Rolle des Vorsitzes der Sondersitzung bereitgestellt. Als Teilnehmerzahl ist daher eine Gruppengröße von 15 bis 48 Personen denkbar.

Bildungsplan-Relevanz, didaktische Reduktion und Prinzipien

Inhaltlich weist das vorliegende Planspiel eine hohe Bildungsplan-Relevanz für die Themenfelder Internationale Politik und Friedenssicherung im Fach Gemeinschaftskunde und seinen Fächerverbänden auf. Kenntnisse über das Leistungsvermögen von weltumspannenden Organisationen wie den Vereinten Nationen bei der internationalen Konfliktlösung und Friedenssicherung werden in den Bildungsstandards aller Schularten gefordert.

Aus didaktischen Gründen erfolgt eine Reduktion der gegebenen Komplexität. In institutio-

neller Hinsicht bedeutet dies die Fokussierung auf den UN-Sicherheitsrat als zentralem Organ der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung. Auch inhaltlich findet eine Verdichtung statt: Die simulierte Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates hat den israelisch-palästinensischen Konflikt zum Verhandlungsgegenstand. Da der israelisch-palästinensische Konflikt sehr komplex und vielschichtig ist, findet eine weitere Reduktion statt. Im vorliegenden Planspiel wird auf einzelne Konfliktpunkte fokussiert: Es wird über (1) Fragen der staatlichen Anerkennung, (2) Optionen der Gebietsaufteilung sowie des Grenzverlaufs, (3) die israelische Siedlungspolitik, (4) Möglichkeiten des Gewaltverzichts und (5) die Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied verhandelt. Die ersten vier Verhandlungspunkte fokussieren auf territoriale Fragen des Konflikts, während letzterer sich auf die UN als friedenspolitische, internationale Institution bezieht. Somit erhalten die Teilnehmenden einen vielschichtigen, obgleich reduzierten Einblick in einen exemplarischen und virulenten Konflikt der internationalen Politik.

Neben der Aktualität, Exemplarität und Fallorientierung liegt auch auf der Kontroversität als didaktischem Prinzip ein besonderer Fokus. Eine Darstellung des Konflikts in all seinen Komponenten, Facetten und Positionen ist quasi unmöglich und es soll keineswegs der Eindruck erweckt werden, dass dies hier angestrebt wird. Dennoch wird versucht, durch die verschiedenen Länderdossiers, die auf aktuellen Quellen wie zum Beispiel UN-Protokollen, Stellungnahmen von Regierungsvertretern sowie Zeitungsberichten basieren, kontroverse Positionen und Argumentationen aufzuzeigen. Damit können die Konfliktpunkte aus unterschiedlichsten Perspektiven betrachtet werden.

1. Vorbereitung und Einführung

Vor Beginn des Planspiels sollten die Teilnehmenden über grundlegendes Wissen aus drei verschiedenen Bereichen verfügen. Dieses wird in der *Einführungsphase (Erarbeitung I)* erarbeitet. Zum ersten sind dies Kenntnisse über Ziele und Struktur der Vereinten Nationen (engl.

United Nations, UN) sowie insbesondere des UN-Sicherheitsrats. Auf den Internetseiten der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und der BpB finden sich dazu gute Einführungstexte (Links zu den entsprechenden Seiten finden Sie in Material 9¹). Besonders betont werden sollte dabei die Rolle der UN als weltumspannende Organisation, deren Ziel es ist, Konflikte diplomatisch zu lösen, um Frieden zu sichern. Da im Anschluss der Sicherheitsrat simuliert wird, sollte auch dessen Aufbau sowie seine Arbeits- und Handlungsweise bekannt sein. Außerdem ist es für die Simulation notwendig, die Fähigkeit des UN-Sicherheitsrats zu verstehen, völkerrechtlich verbindliche Resolutionen zu verabschieden.

Zum zweiten benötigen die Schülerinnen und Schüler Hintergrundinformationen über den Konflikt, der während der Sicherheitsratssitzung behandelt wird. Vorschläge und Links finden Sie in Material 9. Auch der Überblick zu den „Konfliktfeldern des Resolutionsentwurfes“ (M1) kann zur thematischen Einarbeitung in den israelisch-palästinensischen Konflikt genutzt werden.

Drittens ist eine Einführung in das Planspiel als Methode der politischen Bildung zu leisten.

Vorbereitung auf die Rolle des Vorsitzes

Die Sitzung des UN Sicherheitsrats wird vom Vorsitz geleitet. Dieser bestimmt den Verlauf der Sitzung und sorgt für die Einhaltung der Regeln. Der Vorsitz hat eine besondere Verantwortung für das Gelingen des Planspiels. Daher sollte die Rolle entweder von der Lehrkraft selbst oder einem motivierten Schüler-Team, welches von der Lehrkraft unterstützt wird, übernommen werden. In jedem Fall ist ausreichend Zeit für die Vorbereitung auf diese Rolle notwendig.

Organisatorische Vorbereitung

Um die richtige Atmosphäre für die Simulation zu schaffen, ist ein entsprechender äußerer Rahmen wichtig. Zum einen sollte der Raum groß genug sein, um in diesem die Tische in „U“-Form stellen zu können.

An das offene Ende des „U“ sollte ein Redepult oder ein dafür angemessener Ersatz und ein Tisch für den Vorsitz gestellt werden. Darüber hinaus kann es von Vorteil sein, während des Planspiels noch einen zweiten Raum zur Verfügung zu haben, der in den informellen Phasen als Beratungsraum dient. Außerdem stehen idealerweise ein PC, Beamer und/oder eine Dokumentenkamera zur Verfügung.

Auf der Internetseite www.planspiele.lpb-bw.de finden Sie unterstützende Utensilien und zusätzliche Materialien. Im Kapitel „Tipps und Tricks“ dieses Heftes finden Sie Ideen, wie sich die Spielatmosphäre verbessern lässt sowie einige hilfreiche organisatorische Erfahrungswerte aus der Praxis.

2. Ablauf des Planspiels

Vor der ersten Spielphase (Einarbeitung II): Zu Beginn des Planspiels sollte der Überblick zu den „Konfliktfeldern des Resolutionsentwurfes“ (M1) und der Resolutionsentwurf (M6) ausführlich gemeinsam besprochen werden. Bevor die Rollenvergabe erfolgt, sollten zudem noch die Verfahrensregeln (M5) und der Ablauf des Planspiels (M2) gemeinsam durchgesprochen werden. Danach erfolgt die Rollenvergabe. Soweit nicht bereits geschehen, wird zuerst die Rolle des Vorsitzes besetzt. Die übrigen Sitzungsteilnehmer werden den verschiedenen Länderdelegationen zugeteilt. Dies erfolgt am besten per Zufall. Je nachdem mit wie vielen Schülern gespielt wird, können die Rollen auch mehrfach besetzt werden.

Bevor die Rollenkarten ausgeteilt werden, wird der Arbeitsauftrag für die nächste Phase besprochen: Jede Rolle hat die Aufgabe, eine Eröffnungsrede vorzubereiten und eine Rednerin oder einen Redner zu bestimmen. Ziel der Rede ist es, den anderen Teilnehmenden die Positionen des eigenen Staates bezüglich des Konflikts und der Verhandlungspunkte zu verdeutlichen. Anschließend erhalten die Delegierten zusätzlich zu ihrer Rollenkarte (M3) das Formblatt Eröffnungsrede (M4).

Auch der Vorsitz erarbeitet eine Eröffnungsrede. Außerdem bereitet der Vorsitz sich darauf vor, den Resolutionsentwurf im Plenum kurz vorzustellen und die Sitzung zu leiten.

Erste Spielphase (Anwendung I): Zunächst begrüßt der Vorsitz die Anwesenden und prüft die Anwesenheit der Länderdelegationen. Anschließend hält der Vorsitz seine Begrüßungsrede und stellt dabei den Resolutionsentwurf kurz vor. Es folgen die Eröffnungsreden der Länderdelegationen in alphabetischer Reihenfolge. Bei dieser ersten Runde soll noch keine Aussprache oder Diskussion erfolgen.

Nachdem alle Eröffnungsreden gehalten wurden, entlässt der Vorsitz die Delegierten in die ersten informellen Verhandlungen. Zusammen mit dem Formblatt Änderungsantrag (M7) erhalten die Delegierten den Arbeitsauftrag, Änderungsanträge zum Resolutionsentwurf zu verfassen. Die Delegierten dürfen dann das Plenum verlassen und „informell“ verhandeln. Falls vorhanden, können sie sich dazu auch in den „Beratungsraum“ zurückziehen. Fertige Änderungsanträge werden anschließend beim Vorsitz abgegeben und von diesem für die anschließenden Abstimmungen in eine Übersichtstabelle eingetragen (M14).

Zweite Spielphase (Anwendung II): Die Delegierten kehren zurück ins Plenum. Nach einer kurzen Wiederholung der Verfahrensregeln werden die eingegangenen Änderungsanträge zum Resolutionsentwurf besprochen. Die Besprechung hat einen sehr formellen Charakter. Sie wird vom Vorsitz unter Berücksichtigung der Verfahrensregeln geleitet. Diese zweite offizielle Sitzung ist für den Vorsitz deshalb eine besondere Herausforderung, da zum einen die Debatte strukturiert und gleichzeitig auf die Einhaltung der Regeln sowie des Ablaufs geachtet werden muss. Übernimmt ein Schüler-Team die Vorsitzrolle, sollte die Lehrkraft in jedem Fall auf die Einhaltung der Regeln achten, bei der Strukturierung der Debatte helfen und somit auch den zeitlichen Rahmen setzen.

Im Anschluss an die formelle Phase wird wieder in eine informelle Phase gewechselt. Erneut erarbeiten die Delegierten Änderungsanträge, die dann in der dritten Spielphase besprochen werden.

Dritte Spielphase (Anwendung III): Wie in der vorherigen Phase werden die eingegangenen Änderungsanträge in einer dritten offiziellen Sitzung besprochen und zur Abstimmung gestellt.

Zum Schluss der dritten Spielphase wird dann über die Resolution als Ganzes abgestimmt. Nach einer kurzen Abschlussrede durch die Vorsitzenden schließen diese förmlich die Sitzung und beenden damit das Planspiel.

Nach der dritten Spielphase (Reflexion): Die Teilnehmenden werden von der Lehrkraft aus ihren Rollen entlassen. Dieser Schritt ist wichtig, um zu signalisieren, dass die Simulation nun zu Ende ist. Möglichst direkt danach sollte das Planspiel gemeinsam mit den Schülern reflektiert werden. Dabei können Methoden wie die „Positionslinie“ eingesetzt werden und/oder ein gelenktes Unterrichtsgespräch geführt werden. Für Lehrkräfte bietet M8 einige Anregungen zu möglichen Methoden und Fragestellungen. Auf diese letzte Phase ist Wert zu legen, weil die angestrebten Reflexionsprozesse die politische Urteilsfähigkeit der Schüler in besonderem Maße fördern. In Anschluss an die inhaltliche Auswertung des Planspiels sollte den Schülern noch die Gelegenheit gegeben werden, ein Feedback zum Erlebten zu äußern.

Ablaufmatrix

Phase und Inhalt	Material	Zeitplan
Einführungsphase (Erarbeitung I)		
<p>Begrüßung und thematische Einführung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vereinte Nationen und der UN-Sicherheitsrat 2. Der israelisch-palästinensische Konflikt 3. Methode Planspiel 	<p>siehe Linkliste zum Thema UN in M9</p> <p>Szenario (M1) und Linkliste zum Thema israelisch-palästinensischer Konflikt</p> <p>Einführungstext</p>	60 min
Vor der ersten Spielphase (Erarbeitung II)		
<p>Besprechung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • des Szenarios • des Resolutionsentwurfes • der Verfahrensregeln und des Ablaufs <p>Vergabe der Rollenkarten: Delegationen und Vorsitz erarbeiten eine Eröffnungsrede</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Szenario (M1) • Resolutionsentwurf (M6) • Verfahrensregeln (M5) • Ablaufplan (M2) • Rollenkarten (M3) • Formblatt Eröffnungsrede (M4) • Eventuell: Formblatt Positionen (M13) 	30 min
Erste Spielphase (Anwendung I)		
<p>Erste offizielle Sitzung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrüßung durch den Vorsitz • Prüfung der Anwesenheit • Vorstellung des Resolutionsentwurfes • Delegierte tragen ihre Eröffnungsreden vor • Schließung der Sitzung durch den Vorsitz 	<ul style="list-style-type: none"> • Länderliste (M16) • Länderschilder (M15) • Hammer, Flagge, ggf. Rednerpult 	25 min
<p>Erste informelle Verhandlungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Delegierte erarbeiten Änderungsanträge 	<ul style="list-style-type: none"> • Formblatt Änderungsanträge (M7) 	20 min

Phase und Inhalt	Material	Zeitplan
Zweite Spielphase (Anwendung II)		
Zweite offizielle Sitzung <ul style="list-style-type: none"> • Begrüßung durch den Vorsitz • Kurze Vorstellung der Verfahrensregeln • Besprechung und Abstimmung von Änderungsanträgen • Ggf. <i>Allgemeine Debatte</i> 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Antrag auf-Schilder</i> (M11) • Positionsmatrix Vorsitz (M12) 	30 min
Zweite informelle Verhandlungen <ul style="list-style-type: none"> • Delegierte erarbeiten Änderungsanträge 	<ul style="list-style-type: none"> • Formblatt Änderungsanträge (M7) 	15 min
Dritte Spielphase (Anwendung III)		
Dritte offizielle Sitzung <ul style="list-style-type: none"> • Besprechung und Abstimmung von Änderungsanträgen • Ggf. <i>Allgemeine Debatte</i> • Endabstimmung über die Resolution als Ganzes • Abschlussrede des Vorsitzes 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Antrag auf-Schilder</i> (M11) • Positionsmatrix Vorsitz (M12) 	30 min
Nach der dritten Spielphase (Reflexion)		
<ul style="list-style-type: none"> • Abschlussdiskussion und Auswertung des Spielverlaufs sowie des Ergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> • Reflexionshandreichung (M8) 	30 min

Tipps und Tricks

Gruppengröße → Ideal sind 30-32 Personen, optional auch spielbar mit 10 bis 45

Es gibt im vorliegenden Planspiel 15 verschiedene Länderrollen und die Rolle des Vorsitzes. Bei 30-32 Teilnehmenden sind alle Rollen doppelt besetzt. Spielt man mit weniger als 30 Personen sind manche Rollen nur einzeln besetzt. Bei weniger als 15 Teilnehmenden sollten auf jeden Fall die fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder vertreten sein. Außerdem sollten bei der Simulation zum israelisch-palästinensischen Konflikt Staaten aus der Region wie Ägypten, Jordanien oder der Iran vertreten sein. Nehmen mehr als 30 Personen teil, werden Rollen entsprechend dreifach besetzt.

Utensilien → Redepult, Hammer, Länderschilder & UN-Flagge

Planspiele leben auch von der Atmosphäre. Diese entsteht mit den passenden Utensilien. Wenn möglich, sollte ein Redepult zur Verfügung stehen. Ansonsten kann auch ein separater Tisch als Redepult benutzt werden. Damit der Vorsitz sich Gehör verschaffen kann, wird entweder ein Debatten-Hammer, eine Glocke o. Ä. benötigt. Tischschilder mit dem jeweiligen Ländernamen sind für das Hineinfinden in die Rolle und die Abstimmungen wichtig. Sie können unter www.planspiele.lpb-bw.de heruntergeladen werden. Ansteckschilder oder Kreppband mit dem jeweiligen Ländernamen vereinfachen das gegenseitige Erkennen. Zur Dekoration des Raumes kann eine UN-Flagge dienen.

Dresscode → Verbesserung der Spielatmosphäre

In den Vereinten Nationen ist das Tragen angemessener Kleidung Vorschrift: Die Delegierten tragen entweder ein „Business-Outfit“ oder regionalspezifische Kleidung. Um der Simulation einen besonderen Charakter zu verleihen und das Einfinden in die Rollen zu erleichtern, hat es sich in der Praxis bewährt, für den Tag der Simulation förmliche Kleidung als „Dresscode“ festzulegen. Wesentlich ist, dass die gesamte Klasse mitmacht.

Rollenvergabe → Gezielte Vergabe und Auslosen

Für den Erfolg des Planspiels ist es von Bedeutung, den Vorsitz und die Vetomächte, darunter insbesondere die USA, mit motivierten und „aktiven“ Schülern zu besetzen. Wenn Sie als Lehrkraft die Gruppe kennen, können Sie die Besetzung dieser Rollen selbst festlegen. In der Praxis hat es sich auch bewährt, die Gruppe nach Vorschlägen für eine Besetzung des Vorsitzes und der USA zu fragen. Die restlichen Rollen werden nach dem Zufallsprinzip vergeben. Da das Gelingen der Sitzung stark von den Vorsitzenden abhängt, sollte diese Rolle von der Lehrkraft übernommen werden, falls sich kein motiviertes und geeignetes Schüler-Team findet.

Anfang des Planspiels → Gemeinsames Betreten des Raumes

Um den Teilnehmenden den Beginn des Planspiels zu symbolisieren, hat es sich bewährt, gemeinsam mit der ganzen Gruppe zunächst den Raum zu verlassen. Nach einer kurzen Begrüßung vor dem Raum beginnt die Simulation dann mit dem gemeinsamen Betreten des Raumes.

Sprachregelungen → Immer wieder betonen

Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass sich alle Teilnehmenden siezen. Außerdem sollten die Delegierten ihre Reden immer mit „Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Delegierte, ...“ beginnen. Gesprochen wird immer in der dritten Person oder „Wir-Form“: „Frankreich ist der Meinung, dass ... Wir fordern, ...“. Wichtig ist ebenfalls, dass die offiziellen Staatsbezeichnungen statt der alltagssprachlichen verwendet werden: Vereinigte Staaten statt USA, Vereinigtes Königreich statt Großbritannien und Russische Föderation statt Russland. Generell sollten die Teilnehmenden einen höflichen, diplomatischen Ton wählen: „Wir begrüßen diese Forderung.“ statt „Diese Forderung ist klasse.“ Diese Sprachregelungen helfen, den formalen Charakter des Planspiels aufrecht zu erhalten.

Erinnerung: Notizen machen → Hilfreich, um Koalitionen zu bilden

Für die Delegierten ist es hilfreich, wenn sie sich sowohl während der Eröffnungsreden als auch während der Debatten Notizen machen: Welche Staaten vertreten welche Interessen? Welche Vorschläge werden eingebracht? Dies hilft im Anschluss, um in den informellen Phasen gleichgesinnte Partner zu finden. Erinnern Sie die Teilnehmenden daher regelmäßig daran.

Regeln → Mittel zum Zweck

Die Verfahrensregeln machen den formellen Charakter des Planspiels aus. Sie sind den Verhandlungsformen im Sicherheitsrat nachempfunden und helfen, die Debatte zu strukturieren. Die Verfahrensregeln sollen aber vor allem dazu beitragen, dass die Verhandlungen ziel führend ablaufen. Daher sollten die Vorsitzenden nicht rigide auf die Einhaltung der Regeln beharren, sondern diese gegebenenfalls im Laufe des Planspiels anpassen.

Änderungsanträge aufnehmen → Abtippen oder Dokumentenkamera benutzen

Damit alle Teilnehmenden einen Überblick haben, über welchen Änderungsantrag gerade diskutiert wird, sollten die schriftlich eingereichten Änderungsanträge vom Vorsitz abgetippt werden, um sie später an die Wand zu projizieren. Hilfreich hierfür ist die „Übersichtstabelle Änderungsanträge“ (M14). Allerdings benötigt das Abtippen etwas Zeit, gerade wenn nach einer informellen Sitzung viele Änderungsanträge gleichzeitig beim Vorsitz abgegeben werden. Alternativ kann auch eine Dokumentenkamera verwendet werden, um so dem Plenum die Änderungsanträge zu zeigen. Dies wirkt natürlich weniger professionell und es fehlt dann möglicherweise der Überblick über die verschiedenen Änderungen.

Pausen → Im Anschluss an den informellen Teil

Führt man das Planspiel an einem Schulmorgen durch, hat es sich bewährt, die Pausen jeweils an das Ende der informellen Teile zu legen. Der Spielfluss bleibt so am besten gewahrt und die Teilnehmenden können die Pause für weitere informelle Gespräche nutzen. Wenn zu Beginn der Pause eine Frist zum Einreichen von Änderungsanträgen gesetzt wird, können die Vorsitzenden die Pause dafür nutzen, die Anträge abzutippen.

Motivation von Schülern in „neutralen“ Rollen → Vermittlerposition

Manchmal fällt es Schülern schwer, die Rolle eines Staates zu übernehmen, der eher eine neutrale Position bezüglich des Konflikts vertritt. Motivieren Sie diese Schüler, indem Sie ihnen erklären, wie wichtig und prestigeträchtig auch die Vermittlerposition ist: Staaten, die nicht parteiisch sind, können besonders gut vermitteln. Gelingt dies erfolgreich, wächst das internationale Ansehen des Staates. Dieses Ansehen kann für folgende Verhandlungen wieder nützlich sein.

Den Vorsitz unterstützen → die Sitzungsleitung gewährleisten

Der Vorsitz hat eine besondere Funktion für das Gelingen des Planspiels. Deshalb sollte diese Rolle mit einem motivierten und geeigneten Schüler-Team besetzt sein. Sollten Sie merken, dass der Vorsitz in einzelnen Phasen überfordert wirkt, können Sie diesen unterstützen. Um den Spielfluss nicht zu unterbrechen, können Sie als Lehrkraft die „Assistenz“ des Vorsitzes spielen. Den Vorsitz können Sie dann in vielfältiger Weise unterstützen: in der Vorbereitung der offiziellen Sitzungen z.B. durch das Ordnen und besonders das Abtippen der Änderungsanträge; während der Sitzung beispielsweise durch das Notieren der Abstimmungsergebnisse in die Übersichtstabelle, das Führen der Redeliste oder als Zeitbeauftragter.

Konfliktfelder des Resolutionsentwurfs



In den vergangenen Wochen kam es wiederholt zu Raketenangriffen und tödlichen Bomben- oder Messerattacken gegen Israelis. Zugleich kamen viele Palästinenser bei der Vergeltung der Gewalt durch das israelische Militär ums Leben. Dies ist ein weiterer Tiefpunkt in einem Konflikt, der nicht zur Ruhe kommt. Es besteht die reale Gefahr, dass sich die Konfrontationen unkontrollierbar ausbreiten und zu einem neuen Krieg zwischen Palästinensern und Israelis führen. Folglich wird der Ruf in der Welt nach einer Reaktion des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) lauter.

Die internationale Gemeinschaft ringt um eine gemeinsame Position. Deswegen kommen die fünf ständigen und die zehn nicht-ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates zu einer außerplanmäßigen Sondersitzung zusammen. Auf dieser soll über eine **Reaktion auf die erneute Eskalation der Gewalt** beraten und über die Lösung zentraler Streitpunkte des israelisch-palästinensischen Konflikts diskutiert werden. Ziel ist die Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution, um Eckpunkte für die Wiederaufnahme des Friedensprozesses festzulegen.

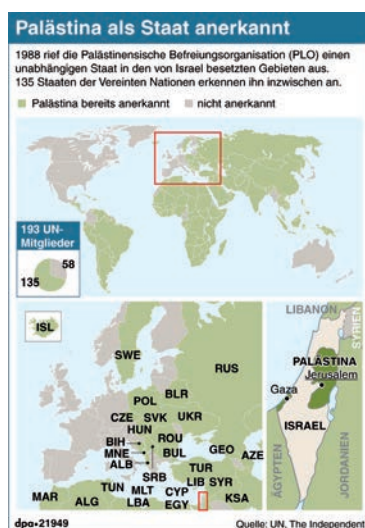
Dem UN-Sicherheitsrat liegt ein **erster Resolutionsentwurf** vor. Folgende zentrale Konfliktfelder werden darin behandelt:

- Fragen der staatlichen Anerkennung, des Grenzverlaufs und der Gebietsaufteilung,
- die israelische Siedlungspolitik,
- der Gewaltverzicht der Konfliktparteien,
- die Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied.

Aus internen Kreisen ist zu hören, dass der Resolutionsentwurf teilweise noch heftig umstritten ist:

Kritiker bemängeln, dass der im Resolutionsentwurf (M6) unter 1a erwähnte Friedensschluss zwischen Israel und den Staaten der Nahost-Region nicht mit der sofortigen Schaffung eines palästinensischen Staates einhergeht. Demgegenüber verweisen die Unterstützer des vorliegenden Resolutionsentwurfes darauf, dass die staatlichen Strukturen Palästinas unzureichend seien: Weder die Sicherheit der eigenen Landsleute noch die der angrenzenden Staaten könnten die Palästinensischen Behörden garantieren. Die Gewaltausbrüche der letzten Zeit würden dies bestätigen. Unter diesen Umständen sei eine **Anerkennung** nicht möglich.

Bei der Frage des **Grenzverlaufes** und der Gebietsaufteilung (Punkt 1b) scheint eine Kompromissfindung im UN-Sicherheitsrat möglich: Fast alle Länder streben eine Zwei-Staaten Lösung an. Die Grenzen sollen sich an der sogenannten „Grünen Linie“ orientieren. Sie ergab sich aus dem Waffenstillstand von 1949 und



bestand bis zum 4. Juni 1967 (siehe Karte rechts). Jedoch gibt es Differenzen, ob die Grenzen exakt an der „Grünen Linie“ verlaufen sollen oder ob aufgrund der israelischen Siedlungen im Westjordanland eine neue Grenzziehung nötig ist. Die Möglichkeit eines Gebietsaustausches wird diskutiert.

In Bezug auf die israelische **Siedlungspolitik** (Punkt 2) vertreten viele Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ähnliche Positionen. Die israelische Siedlungspolitik wird als unrechtmäßig kritisiert und als Hindernis für den zu begehenden Friedensprozess beurteilt. Kontrovers wird im UN-Sicherheitsrat diskutiert, was mit den schon bestehenden Siedlungen geschehen soll: Abriss, Übergabe an die Palästinenser oder Gebietstausch werden als Optionen genannt.

Beim Thema **Gewaltverzicht** (Punkt 3) rufen die meisten Länder beide Seiten dazu auf, jegliche Gewalt und Provokation einzustellen.

Kritiker des Resolutionsentwurfes bemängeln, dass unter Punkt 3 nur auf die Palästinenser eingegangen wird und nicht auch explizit auf Israel.

Die **Aufnahme Palästinas** als Vollmitglied in die UN (Punkt 4) ist unter den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates umstritten. Im Moment besitzt Palästina den Status eines Beobachters bei den Vereinten Nationen und hat kein Stimmrecht. In der UN Charta, dem Gründungsvertrag der Vereinten Nationen, ist das Aufnahmeverfahren für eine Vollmitgliedschaft festgeschrieben: Jeder friedliebende Staat kann Mitglied der UN werden. Er muss sich dazu verpflichten, sich entsprechend der UN Charta zu verhalten. Und die UN muss die Einschätzung teilen, dass der Staat dazu in der Lage und willens ist. Trifft dies zu, muss der UN-Sicherheitsrat zuerst eine Empfehlung zur Aufnahme aussprechen. Erst dann kann die Generalversammlung – die Versammlung aller Mitglieder der Vereinten Nationen – eine Aufnahme beschließen.

Einige Staaten im UN-Sicherheitsrat sprechen sich gegen eine Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied aus – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt. Als Argument führen sie unter anderem an, dass die palästinensischen Gebiete faktisch keine einheitliche und stabile Regierung haben: Im Gaza-Streifen herrscht die Hamas und im Westjordanland die Fatah. Andere Staaten treten hingegen für die sofortige Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied ein. Sie argumentieren, dass erst durch die Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied Friedensgespräche mit Israel auf Augenhöhe stattfinden können. Ihrer Ansicht nach wäre Palästina mit der Aufnahme als UN-Vollmitglied ein weltweit akzeptierter Staat und hätte somit eine gleichwertige Verhandlungsposition.

Experten des israelisch-palästinensischen Konflikts erwarten eine kontroverse Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates mit lebendigen Debatten der Mitglieder. Es stehen entscheidende Stunden bevor. Die Welt blickt gespannt auf die Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates.



Ablaufplan zur Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats

Inhalt	Zeitplan
Einführung / Vor der ersten Spielphase	
Besprechung <ul style="list-style-type: none"> • des Szenarios • des Resolutionsentwurfes • der Verfahrensregeln • und des Ablaufs Vergabe der Rollenkarten; Delegationen und Vorsitz erarbeiten eine Eröffnungsrede	30 min
Erste Spielphase	
Erste offizielle Sitzung Begrüßung durch den Vorsitz; Prüfung der Anwesenheit; Vorstellung des Resolutionsentwurfes; Delegierte tragen ihre Eröffnungsreden vor; Schließung der Sitzung durch den Vorsitz	25 min
Erste informelle Verhandlungen Delegierte erarbeiten Änderungsanträge	20 min
Zweite Spielphase	
Zweite offizielle Sitzung Begrüßung durch den Vorsitz; Kurze Vorstellung der Verfahrensregeln; Besprechung und Abstimmung von Änderungsanträgen; Ggf. „Allgemeine Debatte“	30 min
Zweite informelle Verhandlungen Delegierte erarbeiten Änderungsanträge	15 min
Dritte Spielphase	
Dritte offizielle Sitzung Besprechung und Abstimmung von Änderungsanträgen; Ggf. „Allgemeine Debatte“; Endabstimmung über die Resolution als Ganzes; Abschlussrede des Vorsitzes	30 min
Auswertungs- und Reflexionsphase	
Abschlussdiskussion und Auswertung des Spielverlaufs sowie des Ergebnisses	30 min



M3: Rollenkarten

Rollenkarte Ägypten

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Nördliches Afrika
Einwohnerzahl	über 88 Millionen
Hauptstadt	Kairo
Sprache	Arabisch
Religionen	Muslime (90%, davon 99% Sunniten, 1% Schiiten), Christen (5 - 10 %)



Als Mitglied der Delegation von Ägypten nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Die Außenpolitik Ihres Landes zeichnet sich hauptsächlich durch zwei Faktoren aus: erstens durch die Einbettung in die arabisch-islamische Welt, zweitens durch eine strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (EU). In letzter Zeit orientierten Sie sich aber auch in Richtung neu aufstrebender Mächte wie zum Beispiel die Volksrepublik China.

Für Ihre Außenpolitik ist der israelisch-palästinensische Konflikt seit vielen Jahren ein zentrales Thema, denn Ihr Land grenzt direkt an Israel und den palästinensischen Gaza-Streifen. Neben Jordanien ist Ägypten das einzige Nachbarland, das einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen hat. Dieser kam 1979 unter Vermittlung der Vereinigten Staaten zustande. Wegen der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Israel isolierten die anderen arabischen Staaten (zum Beispiel Jordanien und Marokko) Ägypten für viele Jahre und schlossen Sie aus dem Verbund der arabischen Staaten, Arabische Liga genannt, aus. Erst 1990 normalisierten sich die Beziehungen und Ägypten konnte wieder in die Arabische Liga eintreten. Seitdem versuchen Sie sich erneut als Regionalmacht zu positionieren. Bis heute ist dies allerdings nur bedingt gelungen, da die Golfstaaten dank ihrer Ölreserven über deutlich mehr Wirtschaftskraft als Sie verfügen und Israel in der Region militärisch klar überlegen ist. Seit einigen Jahren ist die politische Situation in Ihrem Land instabil. Im Zuge der revolutionären Aufstände im Januar 2011 kam es zu verschiedenen Machtwechseln. Infolgedessen sehen Sie sich mit wirtschaftlichen Problemen konfrontiert und sind deshalb auf finanzielle Hilfen angewiesen. Diese Hilfen kommen unter anderem von den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich. Wenngleich die Beziehungen zu Ihren westlichen Partnern nicht immer spannungsfrei sind, wird Ihr Land in der politisch instabilen Region rund um Libyen, Syrien, Irak und dem Gaza-Streifen als ein wichtiger Bündnispartner wahrgenommen.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Für den direkten Nachbarstaat Ägypten ist die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein wichtiges außenpolitisches Ziel. Traditionell nehmen Sie daher eine aktive Vermittlerrolle ein. Ein Orientierungspunkt in Ihren Vermittlungsbemühungen ist die Arabische Friedensinitiative. In dem 2002 beschlossenen Text bieten die Staaten der Arabischen Liga Israel Frieden und eine Normalisierung der Beziehungen an, wenn ein palästinensischer Staat in den Grenzen, die bis 1967 bestanden, geschaffen wird.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Ägypten fühlt sich traditionell mit der arabischen Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten verbunden. Palästina wird daher von Ägypten anerkannt und es bestehen Beziehungen zu den beiden palästinensischen Organisationen Fatah und Hamas. Zur Fatah, die im Westjordanland regiert, bestehen gute diplomatische Beziehungen. Die Beziehungen zur

radikaleren Hamas, die den direkt an Ägypten angrenzenden Gaza-Streifen kontrolliert, haben sich dagegen in letzter Zeit deutlich verschlechtert. Die Unterstützung des Gaza-Streifens hat deshalb abgenommen. Dennoch nutzen Sie ihre Beziehungen, um sowohl zwischen Palästinensern und Israelis als auch zwischen den palästinensischen Gruppen zu vermitteln. Um die Palästinenser brüderlich zu unterstützen, setzen Sie sich schon seit längerem dafür ein, dass Palästina auch von der internationalen Staatengemeinschaft als eigenständiger Staat anerkannt wird. Überzeugen Sie die anderen Staaten unbedingt davon, diesen Punkt auch in die neue Resolution aufzunehmen! Seit dem Friedensvertrag von 1979 erkennt Ägypten die Existenz Israels an. Trotzdem sind die Beziehungen zu Israel eher kühl und kritisch. Sie arbeiten zusammen, wenn gemeinsame Sicherheitsinteressen bestehen. Auch weil die ägyptische Bevölkerung israelkritisch eingestellt ist, hält sich die Kooperation zwischen den beiden Staaten insgesamt in Grenzen. Der Abschluss des Friedensvertrages mit Israel wird daher oft als taktisches Vorgehen bezeichnet, durch das sich Ägypten die Unterstützung der Vereinigten Staaten sichert.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Eine Lösung des Konflikts ist aus ägyptischer Sichtweise eine Zwei-Staaten-Lösung, welche die Rechte der Palästinenser sichert. Wie in der Arabischen Friedensinitiative formuliert, soll Palästina in den Grenzen von 1967 entstehen und Ost-Jerusalem als Hauptstadt haben. Als Grundübel der Instabilität in der Region sehen Sie die israelische Besetzung des Westjordanlandes. Besetzung kann aus Ihrer Perspektive keine Sicherheit bringen. Im Gegenteil, sie befördert Instabilität und Gewalt. In den Verhandlungen treten Sie deshalb dafür ein, dass sich Israel aus dem Westjordanland zurückzieht und Palästina die Kontrolle darüber erhält. Als ägyptischer Vertreter sollten Sie Ihre Position als Vermittler nutzen, um auch die Vereinigten Staaten von dieser Sichtweise zu überzeugen.

Israelische Siedlungspolitik

Die expansive Siedlungspolitik Israels lehnen Sie vehement ab, denn der israelische Siedlungsbau im Westjordanland gefährdet ihrer Meinung nach die Zwei-Staaten-Lösung: Die palästinensischen Gebiete werden dadurch immer weiter zerteilt und der palästinensische Staat verliert seine Lebensfähigkeit. Daher verlangen Sie ein sofortiges Verbot neue Siedlungen zu bauen und einen baldigen Rückbau aller israelischen Siedlungen auf den seit 1967 besetzten Gebieten.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Ägypten lehnt jegliche Form von Gewalt ab, sei es von Seiten Israels oder den Palästinensern. Sie setzen sich daher aktiv für diplomatische Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien ein. Allerdings sehen Sie Israel in einer besonderen Verantwortung. Sie fordern Israel nachdrücklich auf, die illegale Blockade des Gaza-Streifens umgehend zu beenden. Die Blockade verschlimmert die Situation der Menschen und heizt die anti-israelische Stimmung unter der palästinensischen Bevölkerung weiter an. Das kann nicht im Interesse Israels sein. Nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Gewalt gilt es zu beenden! Das israelische Argument, dass all diese Maßnahmen nur der Selbstverteidigung dienen, können Sie angesichts der militärischen Überlegenheit Israels gegenüber all seinen Nachbarn nicht nachvollziehen. Mit seiner Siedlungs- und Blockadepolitik untergräbt Israel aus Ihrer Sicht die Friedensbemühungen aller vermittelnden Staaten und provoziert neue Gewalt – ein Umstand, den die internationale Staatengemeinschaft nicht akzeptieren sollte. Vielmehr fordern Sie den Sicherheitsrat dazu auf, Verantwortung zu übernehmen und den nötigen Druck zu erzeugen, um Israel zur Einhaltung internationalen Rechts zu bringen.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Ägypten ist davon überzeugt, dass Palästina das legitime Anrecht hat, international als unabhängiger Staat anerkannt zu werden. Daher setzen Sie sich auch für eine Vollmitgliedschaft des Landes in der UN ein. Hierbei berufen Sie sich auf Artikel 4 der UN Charta, welcher besagt, dass jeder friedliebende Staat, der die Verpflichtungen der UN übernimmt und willens ist, diese Verpflichtungen zu erfüllen, Mitglied der UN werden kann. Der erste Schritt in diese Richtung, die Aufnahme Palästinas in die UN als Nichtmitglied mit Beobachter-Status im Jahr 2012, wurde daher von Ägypten sehr begrüßt. Sollte sich dieser Anerkennungsprozess nicht weiter fortsetzen, befürchten Sie eine zunehmende Destabilisierung der Region.

Rollenkarte Argentinien

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Südliches Südamerika
Einwohnerzahl	rund 41 Millionen
Hauptstadt	Buenos Aires
Sprache	Spanisch
Religionen	Katholiken (90%), Juden (1%)



Als Mitglied der Delegation von Argentinien nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Für das südamerikanische Land Argentinien sind die Beziehungen zu den Nachbarstaaten in der Region sehr wichtig. Zum Beispiel sind Sie Mitglied des Mercosur, einem Wirtschaftsverbund südamerikanischer Staaten. Auch sind Sie in der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) vertreten. In dieser Organisation sind, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Kanada, alle 33 amerikanischen Staaten Mitglied, darunter auch Guatemala. Argentinien ist ebenfalls aktives Mitglied der UN. Nicht nur auf diplomatischer Ebene, sondern auch bei der Bereitstellung von Truppen für UN-Missionen engagieren Sie sich. Des Weiteren gehört Argentinien zur G20-Gruppe, der 20 bedeutendsten Wirtschaftsmächte weltweit. Hierzu gehören unter anderem die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Australien. Wirtschaftlich steht Argentinien in Lateinamerika an dritter Stelle hinter Brasilien und Mexiko. Die wirtschaftliche Situation Ihres Landes hat sich in den letzten Jahren allerdings verschlechtert.

Mit den Vereinigten Staaten bestehen übereinstimmende Interessen, zum Beispiel wenn es um die Nichtverbreitung von Atomwaffen geht. So wird eine atomare Bewaffnung des Irans von beiden Staaten abgelehnt. Streitigkeiten bestehen aber über Rückzahlungen von Altschulden von Argentinien an US-amerikanische Unternehmen und auch im Handelsbereich gibt es Unstimmigkeiten.

Das Verhältnis zum Iran ist belastet: Im Jahr 1994 wurde ein schwerer Bombenanschlag auf ein jüdisches Gemeindezentrum verübt, bei dem 80 Menschen starben und 300 verletzt wurden. Bis heute sind die Umstände des Attentats noch nicht geklärt. Die argentinische Justiz, die Vereinigten Staaten und Israel machen dafür iranische Regierungsvertreter verantwortlich. Der Iran weist die Anschuldigungen zurück.

Das Verhältnis zum Vereinigten Königreich ist ebenfalls angespannt: Man streitet sich um die Zugehörigkeit der kleinen Falklandinseln vor der Küste Argentiniens, welche völkerrechtlich zum Vereinigten Königreich gehören. Argentinien beansprucht die Inseln für sich, während das Vereinigte Königreich sie als sein Gebiet ansieht.

Mit der Volksrepublik China und der Russischen Föderation hingegen bestehen besonders im wirtschaftlichen Bereich gute Beziehungen.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Argentinien hat ein Interesse daran, den Konflikt im Nahen Osten diplomatisch zu lösen. Daher hat es sich die argentinische Regierung zum Ziel gesetzt, die lateinamerikanischen Bemühungen um den Friedensprozess im Nahen Osten anzuführen.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Argentinien steht mit voller Überzeugung hinter dem Existenzrecht des israelischen Staates. Beide Länder unterhalten vollständige diplomatische Kontakte und gute Handelsbeziehungen. Außerdem gibt es eine große jüdische Gemeinde in Ihrem Land. Allerdings sind die politischen Beziehungen seit längerer Zeit angespannt. Grund dafür ist der Streit um die Aufklärung des Bombenangriffs auf das jüdische Gemeindezentrum in den 1990er Jahren. Israel hält iranische Regierungsvertreter dafür verantwortlich und fordert Konsequenzen. Argentinien's Regierung hat bisher in diese Richtung aber wenig unternommen.

Auch zu den Palästinensern bestehen diplomatische Kontakte. Trotz Kritik aus den Vereinigten Staaten und Israel wurde Palästina 2010 von Argentinien als unabhängiger Staat anerkannt. Ihr Land ist davon überzeugt, dass der Konflikt letztlich nur durch Freiheit und Unabhängigkeit für die palästinensische Bevölkerung gelöst werden kann. Um dies möglich zu machen, setzen Sie sich für eine weitere Aussöhnung zwischen den beiden palästinensischen Gruppierungen Fatah und Hamas ein. Dies unterscheidet Sie von anderen Staaten wie den Vereinigten Staaten, Australien und dem Vereinigten Königreich, die die Hamas als Terrororganisation einstufen und eine Zusammenarbeit ausschließen.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Zur Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern unterstützt Argentinien eine Zwei-Staaten-Lösung. Der palästinensische Staat soll in den Grenzen entstehen, die bis 1967 bestanden. Er soll folglich den Gazastreifen und das Westjordanland umfassen. Sie schlagen vor, die genauen Grenzen durch direkte Verhandlungen festzulegen, bei denen auch über einen Austausch von Landflächen diskutiert werden könnte. Dabei würden die Palästinenser für ihren Gebietsverlust durch die israelischen Siedlungen im Westjordanland mit gleichwertigen Gebieten auf jetzigem israelischem Boden entschädigt. Die Hauptstadt des palästinensischen Staates soll Ost-Jerusalem werden.

Durch die Schaffung zweier Staaten wird sich Ihrer Ansicht nach der Konflikt beruhigen und dadurch für Israel Frieden und Sicherheit möglich werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass Israel sich militärisch komplett aus dem Westjordanland zurückzieht.

Israelische Siedlungspolitik

Für Argentinien ist die israelische Siedlungspolitik im von Israel besetzten, palästinensischen Westjordanland illegal. Sie verletzt das Völkerrecht: Die vierte Genfer Konvention verbietet es Besatzungsmächten, Teile der eigenen Bevölkerung auf besetztes Gebiet umzusiedeln. Aus argentinischer Sichtweise muss die israelische Siedlungspolitik daher auch vom UN-Sicherheitsrat verurteilt werden! Setzen Sie sich dafür ein, dass dieser Punkt in die neue Resolution aufgenommen wird.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

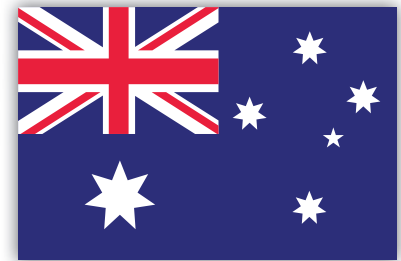
Argentinien verurteilt die Anwendung von Gewalt durch Israel genauso wie die Raketenangriffe der Hamas, denn Sie lehnen Gewalt gegenüber Zivilisten grundsätzlich ab. Um die Spirale der Gewalt zu stoppen, reicht es aber nicht aus, die Folgen der Gewaltanwendung zu lindern. Es muss eine Lösung des zugrundeliegenden Konflikts gefunden werden. Dazu ist die Kooperation aller Beteiligten erforderlich; dies schließt auch die Hamas ein.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Nachdem Ihr Land im Jahre 2010 Palästina als Staat anerkannt hat, setzen Sie sich auch im UN-Sicherheitsrat für eine Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied ein. Nur dadurch können Ihrer Ansicht nach Fortschritte bei den Verhandlungen um einen gerechten und dauerhaften Frieden gemacht werden. Daher kritisieren Sie die Haltung der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zu dieser Frage: Diese Staaten sollten aufhören, die Aufnahme Palästinas durch taktisches Verhalten und den Gebrauch ihres Vetorechts zu verhindern.

Rollenkarte Australien

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Indischer und pazifischer Ozean
Einwohnerzahl	22,3 Millionen
Hauptstadt	Canberra
Sprache	Englisch
Religionen	Christen (63,4%), Buddhisten (2,1%), Muslime (1,7%)



Als Mitglied der Delegation von Australien nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Die australische Außenpolitik verfolgt auf internationaler Ebene drei Hauptziele: Erstens soll die enge Beziehung zu den Vereinigten Staaten von Amerika weiter gepflegt werden, da sie strategisch wichtig ist und als Garant der australischen Sicherheit gilt. Zweitens ist die Weiterentwicklung der Beziehungen zu den asiatischen Staaten für Australien wichtig, um in der Nachbarregion als voll akzeptierter Partner anerkannt zu werden. Neben den wirtschaftlichen Beziehungen soll auch die politische Kooperation vertieft werden. Ihr wichtigster Partnerstaat aus der asiatisch-pazifischen Region ist die Volksrepublik China, die Ihr größter Handelspartner ist. Drittens verfolgen Sie das Ziel, sich verstärkt in internationalen Organisationen und insbesondere in der UN zu engagieren. Im Rahmen seines globalen Engagements für Sicherheit und Frieden ist Australien mit vielen hundert Soldaten an UN-Friedensmissionen und internationalen Einsätzen beteiligt.

Das Vereinigte Königreich ist neben den Vereinigten Staaten einer Ihrer wichtigsten Partner in der Außenpolitik. Aus dem früheren Kolonialstatus gelangte Ihr Land auf friedlichem Wege in die Unabhängigkeit. Dabei behielt Australien die britische Königin, Elizabeth II., als Staatsoberhaupt bei. Regelmäßig betonen Ihr Land und das Vereinigte Königreich ihre Gemeinsamkeiten und die gegenseitige Verbundenheit.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Australien nimmt eine aktive Rolle im UN-Sicherheitsrat ein und ist um eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts bemüht. Ihr Land sucht dabei die enge Kooperation und Absprache mit seinen internationalen Partnern. Die Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt lassen sich aus dieser engen Zusammenarbeit ableiten.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Australien hat sehr gute diplomatische Beziehungen zu Israel, die schon seit 1949 bestehen. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Beziehungen weiter intensiviert: Nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen beider Länder wurden vertieft.

Palästina erkennen Sie bisher nicht als Staat an. Ebenso wenig haben Sie die auf eine staatliche Anerkennung Palästinas gerichteten Bemühungen der palästinensischen Führung in der Vergangenheit aktiv unterstützt. Dennoch unterhalten Sie sporadisch Außenbeziehungen mit politischen Vertretern des palästinensischen Volkes.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Australien befürwortet die Zwei-Staaten-Lösung. Das heißt auch, dass Sie der Errichtung eines unabhängigen und lebensfähigen Staates Palästina zumindest grundsätzlich zustimmen. Als Grundlage für die Grenzziehung schlagen Sie den Grenzverlauf von 1967 vor. Zur Lösung offener Grenzfragen befürworten Sie einen einvernehmlichen Tausch von Landflächen. Eine dauerhafte Zwei-Staaten-Lösung wird Ihrer Ansicht nach nur durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien erreicht werden können. Wichtig ist hierbei, dass keine Vorbedingungen gestellt werden, die eine Aufnahme von Gesprächen erschweren. Die Verantwortung Australiens und der internationalen Gemeinschaft besteht insbesondere darin, das Gelingen eines solchen Verhandlungsprozesses zwischen der israelischen und palästinensischen Seite zu fördern. Starre Rahmenbedingungen, die den Konfliktparteien von außen auferlegt würden, sind dafür nur hinderlich.

Israelische Siedlungspolitik

Die israelische Siedlungspolitik verurteilen Sie als eine nach internationalem Recht illegale Handlung. Darüber hinaus untergräbt der Siedlungsbau Ihrer Ansicht nach den Friedensprozess, da er das potenzielle Gebiet eines zukünftigen palästinensischen Staates in kleine Stücke zerteilt und somit die Lebensfähigkeit solch eines Staates bedroht. Insgesamt blockiert Ihrer Meinung nach die israelische Siedlungspolitik die Aushandlung einer Zwei-Staaten-Lösung und den Friedensprozess als Ganzes.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Sie setzen auf eine Verhandlungslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Deshalb verurteilen Sie die anhaltenden Raketenangriffe auf Israel, wie sie durch militante Gruppierungen wie die Hamas durchgeführt werden, nachdrücklich. Die Hamas gilt es als terroristische Vereinigung zu bekämpfen, weil sie mit ihrem Verhalten das Existenzrecht und die territoriale Unversehrtheit Israels in Frage stellt. Auch der Friedensprozess als Ganzes wird dadurch gefährdet. Sie unterstützen Israel ausdrücklich in seinem Recht, seine Sicherheit angesichts solcher Attacken mit allen nötigen Mitteln zu verteidigen. Sie sind der Meinung, dass von keinem Land erwartet werden kann, solchen Attacken tatenlos zuzusehen. Der Schutz der eigenen Bevölkerung habe für jeden Staat oberste Priorität.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Sie glauben nicht, dass der vorliegende Resolutionsentwurf in der jetzigen Form dazu beitragen kann, die Vision einer Zwei-Staaten-Lösung mit international anerkannten Grenzen zu erreichen. Die Forderung, Palästina als Vollmitglied in die UN-Generalversammlung aufzunehmen, ist aus Ihrer Sicht unbegründet. Deshalb werden Sie die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der UN-Vollversammlung nicht aktiv unterstützen. Insgesamt muss die vorliegende Resolution dem Sicherheitsbedürfnis von Israel Rechnung tragen, weil nur so eine realistische Chance besteht, dass dieser von allen Beteiligten akzeptiert wird und der Friedensprozess Fortschritte macht. Dafür möchten Sie sich in den anstehenden Gesprächen im UN-Sicherheitsrat einsetzen.

Rollenkarte Volksrepublik China

Ständiges Mitglied im UN- Sicherheitsrat - Vetomacht	
Lage	Südostasien
Einwohnerzahl	1,361 Mrd. (2014)
Hauptstadt	Peking
Sprache	Chinesisch
Religionen	Schenismus und Taoismus (22 %), Buddhismus, (18%), Christen (5%), Islam (2%), Judentum (1 %)



Als Mitglied der Delegation der Volksrepublik China nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Die Volksrepublik China ist das bevölkerungsreichste Land der Welt, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UN und Nuklearmacht. Auch die Wirtschaftsleistung Ihres Landes ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen und aktuell ist China die größte Handelsnation weltweit. Daher wird die Volksrepublik China auch weltpolitisch immer wichtiger als ein Akteur, der seine eigenen Interessen selbstbewusst vertritt. Profitieren kann Ihr Land von den zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Staaten in der ganzen Welt. Von größter Wichtigkeit sind dabei die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Dabei wird die momentane US-amerikanische Vormachtstellung im internationalen System von China - zwar nicht öffentlich, dafür aber hinter den Kulissen - oft kritisiert. Obwohl sie beide in vielen Bereichen unterschiedliche Meinungen vertreten, arbeiten sie vermehrt zusammen, wenn es um die Lösung von internationalen Krisen geht. Kooperationen müssen aber von Fall zu Fall immer neu ausgehandelt werden. Eine Zusammenarbeit ergibt sich nur, wenn Sie und die US-amerikanische Seite gemeinsame wirtschaftliche und weltpolitische Interessen haben.

Um das internationale System nach Ihren Vorstellungen zu gestalten, arbeiten Sie seit den 1980er Jahren auch vermehrt mit der Russischen Föderation zusammen: Die Kooperation bezieht sich vor allem auf den energie- und rüstungspolitischen Bereich. Aber auch im UN-Sicherheitsrat kooperieren Sie mit der Russischen Föderation. Sie beide betonen dabei oft das völkerrechtliche Prinzip der „Nichteinmischung“: Es besagt, dass die Mitgliedstaaten in ihrem eigenen Territorium selbst entscheiden und sich andere Staaten oder die UN in diese „inneren“ Angelegenheiten nicht einmischen sollen.

Mit der Europäischen Union (EU) hat China eine strategische Partnerschaft abgeschlossen, die sich vor allem im wirtschaftlichen Bereich bemerkbar macht. Ebenso versuchen Sie, auf dem afrikanischen und lateinamerikanischen Kontinent Ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen. Zu den Staaten der Arabischen Liga, zu der auch Marokko, Ägypten und Jordanien gehören, pflegen Sie bereits sehr gute Kontakte.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Während China im Nahen Osten außenpolitisch lange Zeit eine zurückhaltende Position einnahm, entdeckte die Pekingener Führung in den letzten Jahren die Region für sich. Als aufstrebende Macht in der internationalen Politik sehen Sie sich in der Verantwortung, auf Verhandlungen und Versöhnung zwischen Israel und den Palästinensern hinzuwirken. Sie bieten sich als ein ehrlicher Vermittler an, der die Interessen beider Seiten ernst nimmt. Als einziges ständiges Sicherheitsratsmitglied sind Sie nicht direkt Teil des Nahost-Quartetts (EU, Russische Föderation, Vereinigte Staaten und UN). Da Sie mit dieser Nebenrolle nicht einverstanden sind, möchten Sie sich selbst stärker in die Vermittlungen einbringen und hierfür auch eine aktive Rolle des Sicherheitsrates vorantreiben. Die Verabschiedung einer Resolution zum Nahost-Konflikt ist deshalb für Sie von großer Bedeutung.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Die Volksrepublik China unterhält zu beiden Konfliktparteien Kontakte. Palästina wird von China als Staat anerkannt und es bestehen hochrangige diplomatische Kontakte zu den beiden Palästinenserorganisationen Fatah und Hamas. Im Gegensatz dazu werden zum Beispiel die Hamas von den Vereinigten Staaten und Israel als Terrororganisation eingestuft und deshalb als Gesprächspartner abgelehnt. Regelmäßig reisen chinesische Regierungsvertreter für diplomatische Treffen in den „Staat Palästina“ und erkennen somit dem palästinensischen Volk eine nationale Identität zu. Zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten und andere Länder sprechen allein von „den palästinensischen Gebieten“ oder dem „Westjordanland und dem Gaza-Streifen“. Zu Israel bestanden lange Zeit nur wenige Kontakte. Mittlerweile hat sich dies geändert und die Staaten kooperieren sowohl im wirtschaftlichen als auch im militärischen Bereich. So gehört China heute zum drittgrößten israelischen Handelspartner nach den Vereinigten Staaten und der EU.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Zur Lösung des Konflikts unterstützt China das Prinzip „Land für Frieden“. Es drückt die Überzeugung aus, dass Frieden in der Region erst dann möglich wird, wenn die Palästinenser einen eigenen Staat erhalten. Im Sicherheitsrat setzten Sie sich deshalb dafür ein, den Palästinensern das Recht zuzuerkennen, einen vollständig unabhängigen Staat Palästina aufzubauen. Dieser soll in den Grenzen, die bis 1967 galten, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt entstehen. Auch wenn Sie sich sehr stark für Palästina einsetzen, möchten Sie ihre Vermittlerrolle im Nahost-Konflikt nicht aufgeben. Sie bemühen sich deshalb darum, gleichermaßen den Interessen der palästinensischen und israelischen Seite gerecht zu werden. So darf Ihrer Ansicht nach die Gründung eines palästinensischen Staates die Sicherheit Israels nicht gefährden, sondern sollte diese geradewegs fördern.

Israelische Siedlungspolitik

Die Volksrepublik China fordert im UN-Sicherheitsrat: Israel soll den Bau von Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten stoppen. Sie wollen durchsetzen, dass dieser Punkt in die Resolution aufgenommen wird! Denn zum einen verstößt der Siedlungsbau gegen internationales Recht, da es laut der Vierten Genfer Konvention einer Besatzungsmacht verboten ist, Teile der eigenen Zivilbevölkerung in militärisch kontrolliertes Gebiet umzusiedeln. Zum anderen wirkt sich der Siedlungsbau negativ auf die Sicherheit Israels aus, weil er die Frustration und den Hass auf Seiten der Palästinenser weiter erhöht.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Gewaltanwendung gegen Zivilisten lehnen Sie ab. Daher streben Sie nach einer Lösung, die ein friedliches Zusammenleben zweier Staaten möglich macht. So lange der Konflikt nicht gelöst wird, wird sich die Spirale der Gewalt weiter drehen und die extremistischen Gruppierungen der Region weiteren Zulauf erhalten. Ein großes Anliegen von China ist daher die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zwischen beiden Seiten. Als Voraussetzung dafür sehen Sie zum einen den oben erwähnten Baustopp und zum anderen die Aufhebung der israelischen Blockade des Gaza-Streifens.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Zusammen mit den arabischen Staaten bemühen Sie sich schon länger um eine internationale Anerkennung Palästinas. Daher sprechen Sie sich auch im UN-Sicherheitsrat für eine Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied aus. Auch aus diesem Grund wird China von vielen arabischen Staaten als Bruderstaat bezeichnet und als vertrauenswürdiger Vermittler anerkannt. Sie können dieses Vertrauen nutzen, um weiter zwischen den Konfliktbeteiligten zu vermitteln!

Rollenkarte Deutschland

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Zentraleuropa
Einwohnerzahl	80,2 Millionen
Hauptstadt	Berlin
Sprache	Deutsch
Religionen	Katholiken (33%), Protestanten (33%), Muslime (4%)



Als Mitglied der Delegation Deutschlands nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen teil (engl. United Nations, UN) und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Die positive Beziehung Deutschlands zu den Mitgliedsstaaten der EU ist ein zentrales Ziel Ihrer Außenpolitik. Der starke Zusammenhalt der europäischen Staaten wird als Voraussetzung für ein handlungsfähiges Europa verstanden. Sie setzen sich daher für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein. In Verhandlungsprozessen auf EU-Ebene beanspruchen Sie eine zentrale Rolle aufgrund der Größe und Wirtschaftskraft Deutschlands. Unter den Mitgliedstaaten ist Frankreich Ihr wichtigster Partner. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch gelten Deutschland und Frankreich als „Motor“ des europäischen Einigungsprozesses. Die friedliche Aussöhnung der ehemaligen Erzfeinde nach dem Zweiten Weltkrieg ist herausragend in der Geschichte Europas.

Abgesehen von der EU ist das transatlantische Bündnis zu den Vereinigten Staaten ein elementarer Pfeiler der deutschen Außenpolitik. Dies ist zum einen in der starken wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder begründet. Zum anderen sind die Vereinigten Staaten historisch ein wichtiger Bündnispartner, der zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland viel beigetragen hat. Daher sind Sie bedacht, in internationalen Verhandlungen immer auch Rücksicht auf die Position der Vereinigten Staaten zu nehmen. Trotz des derzeit angespannten Verhältnisses zur Russischen Föderation ist Deutschland um einen Dialog mit diesem bedeutenden Akteur auf internationaler Ebene bemüht. Die Volksrepublik China und Indien sind Deutschlands wichtigste Handelspartner in Asien.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Verhältnis zu Israel und Palästina

Aufgrund des Völkermordes an den Juden sieht sich Deutschland historisch in der Verantwortung, kompromisslos für die Sicherheit des jüdischen Volkes und das Bestehen Israels einzustehen. Deutschlands Engagement für das Existenzrecht Israels äußert sich nicht nur auf diplomatischer Ebene, sondern auch im Zuge von Waffenexporten an das israelische Militär. Dennoch wird das Recht Palästinas auf einen eigenen Staat anerkannt. Dies soll perspektivisch zur Befriedung der Lage im Nahen Osten beitragen. Daher widmet Deutschland der Klärung des Nahost-Konflikts besondere Aufmerksamkeit: Deutschland beteiligte sich 2003 maßgeblich an der Erarbeitung des Friedensfahrplans („Roadmap“) des Nahost-Quartetts, durch den Schritte zur Aushandlung einer Zwei-Staaten-Lösung festgelegt wurden. Die Bundesregierung führt regelmäßig Gespräche mit den Vertretungen des israelischen Staates und palästinensischen Behörden. Zudem ist Deutschland einer der größten finanziellen Unterstützer der palästinensischen Gebiete. Die verschiedenen Entwicklungsprojekte – z.B. im Bereich des Institutionenaufbaus – haben das Ziel, einen unabhängigen, demokratischen und souveränen Staat Palästina auf den Weg zu bringen. Dabei verliert Ihr Land das Sicherheitsinteresse Israels niemals aus dem Auge. Ein palästinensischer Staat

kann deshalb nicht sofort geschaffen werden, stattdessen muss im Rahmen von Verhandlungen mit Israel auf seine Gründung hingewirkt werden.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Deutschland setzt sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, nach der zwei demokratische und unabhängige Staaten in Frieden, Sicherheit und gegenseitiger Anerkennung nebeneinander bestehen. Um dies zu erreichen sind fair geführte Verhandlungen zwischen der israelischen und palästinensischen Seite notwendig. Hierbei ist vor allem der genaue Grenzverlauf zu klären, der auf maximale territoriale Zusammengehörigkeit abzielen sollte. Ein Austausch von gleichwertigen Gebieten wird dafür unverzichtbar sein. Eine vorschnelle Erklärung Ost-Jerusalems zur palästinensischen Hauptstadt lehnen Sie ab, weil dies Israel verärgern und damit den Friedensprozess verzögern könnte. Für einen Änderungsantrag, der eine Zwei-Staaten-Lösung mit noch auszuhandelnden Grenzen beinhaltet, werden Sie unter anderem bei den Vereinigten Staaten Unterstützung finden.

Israelische Siedlungspolitik

Die Siedlungstätigkeit Israels in den seit 1967 besetzten Gebieten verstößt nach Auffassung der Bundesregierung gegen das Völkerrecht. Des Weiteren hat sie sich in den letzten Jahrzehnten als äußerst kontraproduktiv für den Friedensprozess erwiesen. Anstatt immer neue Baugebiete auf ehemals palästinensischem Grund auszurufen, muss Israel einen sofortigen Baustopp erlassen. Eine Auflösung aller bestehenden Siedlungen im Westjordanland wäre gegenüber Israel nicht durchsetzbar. Deshalb fordern Sie einen Rückbau auf den Zustand von 2001. Dieses bereits in der „Road Map“ festgehaltene Vorgehen möchten Sie durch einen Änderungsantrag wieder in Erinnerung rufen.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

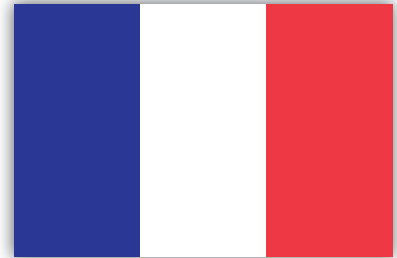
Den Verzicht beider Konfliktparteien auf Gewalt und Terror sehen Sie als Voraussetzung für die Klärung des Konflikts. Die „Roadmap“ fordert von Israel zudem die Beendigung der Hetze und Unrechtbehandlung gegen die Palästinenser (z.B. Beschlagnahmung von Eigentum oder Einschränkung der Bewegungsfreiheit). Im Gegenzug dazu verpflichtete die „Roadmap“ die Palästinenser dazu, die in ihrer Bevölkerung bestehenden Terrornetzwerke zu zerschlagen. Da dies bis jetzt nicht geschehen ist, sollte Ihrer Ansicht nach die palästinensische Seite mit Nachdruck aufgefordert werden, endlich entschieden gegen den Terror vorzugehen. Das Recht Israels auf Selbstverteidigung darf nach Ansicht Deutschlands nicht angezweifelt werden. Ein maßvolles militärisches Vorgehen gegen den Terrorismus der Hamas sehen Sie als gerechtfertigt an. Voraussetzung dafür ist aber, dass internationale Normen wie der Schutz der Zivilbevölkerung respektiert werden.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Bisher enthielt sich die deutsche Delegation bei UN-Abstimmungen, mit denen auf eine internationale Anerkennung von Palästina hingewirkt wurde. Dies geht darauf zurück, dass Ihrer Ansicht nach Palästina nur nach erfolgreich abgeschlossenen Friedensverhandlungen Vollmitglied der Vereinten Nationen werden sollte. Eine sofortige Aufnahme würde darüber hinwegtäuschen, dass viele wichtige Konfliktpunkte noch nicht geklärt sind. Erst wenn in Verhandlungen zentrale Fragen wie der Grenzverlauf und die Gewährleistung der Sicherheit Israels gelöst wurden, ist die Anerkennung eines palästinensischen Staates und damit auch seine Aufnahme als Vollmitglied in die UN vertretbar.

Rollenkarte Frankreich

Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat – Vetomacht	
Lage	Westeuropa
Einwohnerzahl	65,8 Millionen
Hauptstadt	Paris
Sprache	Französisch
Religionen	Katholiken (64,3%), Muslime (4,3%), Protestanten (1,9%), Buddhisten (0,9%), Juden (0,6%)



Als Mitglied der Delegation von Frankreich nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Als Nuklearmacht und ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat hat Frankreich den Anspruch, ein global agierender Akteur in der Weltpolitik zu sein. Sie engagieren sich international im Zusammenschluss mit anderen Staaten in der UN, der Europäischen Union (EU) und anderen internationalen Organisationen. Frankreich verfügt über enge Beziehungen zu beinahe allen Staaten der Erde. Dabei stützen Sie sich auch auf die „Internationale Organisation der Frankophonie“. In dieser Vereinigung sind mehr als 50 meist französischsprachige Staaten organisiert, darunter auch Staaten des Nahen Ostens und Afrikas wie beispielsweise Ägypten, Marokko und Ruanda. Frankreich, eine der größten Volkswirtschaften der Welt, ist Gründungsmitglied der Europäischen Union (EU) und neben Deutschland das wichtigste Industrieland Europas. Die friedliche Aussöhnung der ehemaligen Erzfeinde nach dem Zweiten Weltkrieg ist herausragend in der Geschichte Europas. Weitere wichtige Handelspartner Frankreichs sind beispielsweise die Volksrepublik China, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Wenngleich Frankreich sehr stark international eingebunden ist, treten Sie in Ihrer Außenpolitik doch sehr selbstbewusst auf. Sie sind willens und fähig, eigene Interessen auch gegen Widerstände durchzusetzen. Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der UN trägt Frankreich besondere Verantwortung für den Weltfrieden. Sie sind fünftgrößter Beitragszahler der Vereinten Nationen und gehören zu den größten europäischen Truppenstellern UN-geführter Missionen. Im UN-Sicherheitsrat sind die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich Ihre engsten Partner.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Der Mittelmeerraum und so auch der palästinensisch-israelische Konflikt stellen schon immer einen Schwerpunkt der französischen Außenpolitik dar. Die Stabilität der Region hat direkte Auswirkungen auf die äußere und innere Sicherheit Ihres Landes. Auch wegen der traditionell großen jüdischen und der immer größer werdenden muslimischen Gemeinden innerhalb Frankreichs hat das Thema für Ihre Politik große Bedeutung. Frankreich ist als Mitgliedstaat der Europäischen Union Teil des Nahost-Quartetts. Die vier Mitglieder des Quartetts sind die EU, die Vereinigten Staaten, die Russische Föderation und die UN. Das Quartett hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine Regelung des Nahost-Konfliktes auf internationaler Ebene zu erzielen. Auf den stockenden Friedensprozess ist Ihrer Ansicht nach mit einer neuen Verhandlungsstrategie zu reagieren. Die Internationale Gemeinschaft sollte von außen mehr Druck als bisher auf die israelische und die palästinensische Seite ausüben. Sie bemühen sich deshalb mit all Ihren diplomatischen Kontakten darum, dass eine Resolution zum Nahost-Konflikt im Sicherheitsrat eine Mehrheit findet.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Israel wird seit vielen Jahrzehnten in seinem Streben nach Sicherheit und vollständiger internationaler Anerkennung von Frankreich unterstützt. Frankreich war eines der ersten Länder, das mit dem jungen Staat Israel bereits 1949 und somit schon kurz nach der Staatsgründung diplomatische Beziehungen etablierte. Daher können Sie, als französische Vertretung,

die Position von einzelnen Staaten und palästinensischen Gruppen, die Israel sein Existenzrecht in Abrede stellen, nicht tolerieren. Frankreich spricht sich schon lange für die Gründung eines palästinensischen Staates aus. Dennoch lehnen Sie aus Rücksicht auf Ihre internationalen Partner und besonders Israel zum jetzigen Zeitpunkt eine offizielle Anerkennung des Staates Palästina ab. Grundsätzlich befürworten Sie aber die Gründung eines palästinensischen Staates und möchten diese durch eigene Verhandlungsbemühungen fördern.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Bei der Lösung des Konflikts unterstützen Sie eine Zwei-Staaten-Lösung. Die Grenzen beider Staaten sollten sich an der Grenze von 1967 orientieren und einen vertraglichen Austausch von gleichwertigen Landflächen vorsehen. Ein palästinensischer Staat würde somit den Großteil des Westjordanlandes, den Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem als Hauptstadt umfassen. Dies möchten Sie so auch im vorliegenden Resolutionsentwurf verankern. Deshalb bemühen Sie sich aktiv um einen entsprechenden Änderungsantrag. Darüber hinaus streben Sie an, dass klare Sicherheitsregelungen in der Resolution festgeschrieben werden: Zum einen soll durch die Präsenz einer Drittpartei ein stufenweiser Abzug der israelischen Besatzungstruppen ermöglicht werden. Dies garantiert die Souveränität und Sicherheit sowohl Israels als auch Palästinas. Zum anderen ist es Ihnen wichtig, dass eine gerechte Regelung für den Status Jerusalems als Hauptstadt beider Staaten gefunden wird. Eine solche Regelung muss die Interessen beider Konfliktparteien berücksichtigen und das Recht auf freie Religionsausübung schützen.

Israelische Siedlungspolitik

Sie fordern von Israel den sofortigen und endgültigen Stopp aller Siedlungsaktivitäten. Die illegale Siedlungspolitik setzt den Friedensprozess und die Zwei-Staaten-Lösung aufs Spiel, weil sie das palästinensische Gebiet zerteilt und so die Lebensfähigkeit eines palästinensischen Staates untergräbt. Ihre Errichtung widerspricht dem humanitären Völkerrecht: Demnach ist es einer Besatzungsmacht verboten, Teile der eigenen Zivilbevölkerung im von ihr militärisch kontrollierten Gebiet anzusiedeln. Gleichzeitig setzt sich Frankreich auch dafür ein, einen gleichwertigen Austausch von Landflächen zwischen den Konfliktparteien zu erreichen und so die Grenz- und Siedlungsproblematik zu lösen. Deshalb begrüßen Sie Initiativen, die den einvernehmlichen, begrenzten und gleichwertigen Austausch von Land in der Resolution zu verankern suchen.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Frankreich ruft beide Konfliktparteien zum Gewaltverzicht auf, um die Spirale von Gewalt und Gegengewalt zu beenden. Dies bedeutet zuallererst einen unmittelbaren Stopp des Raketenbeschusses auf Israel durch die Hamas – eine Organisation, die Frankreich, die EU und viele internationale Partner als terroristische Gruppierung einstufen. Das militärische Vorgehen gegen gewalttätige Palästinensergruppen akzeptieren Sie als rechtmäßige Selbstverteidigung durch Israel. Trotzdem sehen Sie auch Israel in der Verantwortung, seinen Teil zur Überwindung der Gewaltspirale beizutragen. Militärische Interventionen der israelischen Armee sollten auf ein Minimum beschränkt und die palästinensische Zivilbevölkerung besser geschützt werden. Zudem sind Sie der Ansicht, dass Israel die Blockade des Gaza-Streifens aufheben muss. Diese ökonomische Gewaltausübung befördert Armut und Perspektivlosigkeit, wodurch letztendlich nur radikale Gruppen gestärkt werden.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Frankreich befürwortete den Aufnahme- und Anerkennungsprozess palästinensischer Vertretungen in der UN von Beginn an. Für eine baldige Aufnahme Palästinas in die UN spricht in Ihren Augen, dass im Moment weder die palästinensischen noch die israelischen Vertreter bereit und politisch fähig sind, eine Zwei-Staaten-Lösung auszuhandeln und durchzusetzen. Wenn Palästina die Aufnahme als Vollmitglied in die UN in Aussicht gestellt wird, könnte dies einen neuen Impuls für den Friedensprozess zur Folge haben. Zu lange schon verläuft dieser ohne konkretes Ergebnis. Die Ankündigung einer baldigen Aufnahme Palästinas in die UN könnte die festgefahrenen Verhandlungen zwischen beiden Konfliktparteien wieder in Gang bringen. Zum einen müsste Israel dafür sorgen, dass ein lebensfähiger palästinensischer Staat entstehen kann. Zum anderen müsste die palästinensische Seite unter Beweis stellen, dass der demokratische und friedliebende Charakter eines palästinensischen Staates gewährleistet wäre. Eine sofortige Aufnahme Palästinas in die UN lehnen Sie ab, weil diese in schwierigen Verhandlungsprozessen erst vorbereitet werden muss.

Rollenkarte Guatemala

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Zentralamerika, an der Grenze zu Mexiko
Einwohnerzahl	Guatemala-Stadt
Hauptstadt	15,5 Millionen
Sprache	Spanisch sowie verschiedene Maya Sprachen
Religionen	Katholiken (60%), Protestanten (40%) und traditionelle Mayareligionen



Als Mitglied der Delegation von Guatemala nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Lange Zeit war Guatemala international isoliert. Grund hierfür war die Herrschaft einer rechtsgerichteten Militärdiktatur und ein anhaltender Bürgerkrieg. Mit dem Demokratisierungsprozess seit den 1980ern ging ein internationaler Anerkennungsprozess einher. Heute ist Ihr Land ein voll akzeptiertes Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft. Seit einigen Jahren versucht Guatemala nun, auf internationaler Ebene die Rolle eines aktiven und souveränen Staates einzunehmen, dies insbesondere auch in den UN und der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS). In letztgenannter setzt sich Ihr Land für Fortschritte in der Zusammenarbeit mit anderen zentralamerikanischen Staaten ein. Neben den regionalen Bemühungen ist Guatemala auch international bei UN-Friedensmissionen beteiligt, wie etwa in Haiti und im Kongo.

In außenpolitischen Fragen sollen die politischen Beziehungen zur Europäischen Union (EU) vertieft werden. Darüber hinaus soll die Entwicklungszusammenarbeit weiter gestärkt und Handelshemmnisse abgebaut werden.

In den letzten Jahren wurden die Beziehungen zu den ostasiatischen Staaten immer wichtiger. Obwohl noch keine diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China bestehen, entwickelt sich der chinesische Staat zunehmend zu einem Partner von Guatemala.

Ihre wichtigsten Wirtschaftspartner waren in den letzten Jahren die Vereinigten Staaten, Staaten aus Zentralamerika, China und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Sie möchten einen aktiven Beitrag zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts leisten. Eine Lösung des Konfliktes ist aus Sicht Ihres Landes nur durch direkte Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern möglich. Wiederholt haben Sie beide Konfliktparteien dazu aufgerufen. Außerdem unterstützen Sie die Friedensinitiativen des Nahost-Quartetts und die Arabische Friedensinitiative. Das Nahost-Quartett besteht aus der EU, den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation und den UN. Mit der Arabischen Friedensinitiative versuchen die arabischen Staaten (hierunter auch Marokko, Ägypten und Jordanien) einen Beitrag zur Lösung des Konflikts zu leisten. Israel wird dabei Frieden angeboten, wenn ein palästinensischer Staat in den Grenzen, die bis 1967 bestanden, geschaffen wird.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Guatemala zählte zu den ersten Staaten, die Israel 1948 anerkannten. Bis heute existieren gute Beziehungen zwischen Ihrer Regierung und Israel, sogar ein Freihandelsabkommen ist geplant. Durch israelische Entwicklungshilfe im Bereich der

Landwirtschaft konnte die Armut in Guatemala bekämpft werden. Die Freundschaft zu Israel hat aber auch ein dunkles Kapitel. Es fällt in die blutige Zeit des guatemaltekischen Bürgerkriegs: In den 1970er herrschte eine strenge Militärdiktatur in Guatemala. Aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen stellten die Vereinigten Staaten ihre Militärhilfe 1977 ein. Israel füllte die Lücke und unterstützte die rechte Militärregierung mit Waffen und Militärausbildern. Im Bürgerkrieg fanden 200.000 Menschen den Tod. Seit 2013 erkennen Sie Palästina als Staat an. Gleichzeitig sagen Sie, dass die Entscheidung der Anerkennung Palästinas in keinsten Weise die lange Freundschaft und Kooperation mit dem israelischen Staat betreffe. Die Beziehung zu Israel hat nach wie vor einen hohen Stellenwert. Sie erkennen Palästina an, um den Friedensprozess voranzutreiben, nicht um Israel abzuwerten. Guatemala weist immer wieder daraufhin, dass Palästina bei der Errichtung von staatlichen Strukturen (verlässliche Verwaltung oder Polizeiapparat) noch erheblichen Nachholbedarf hat. Diese Einschätzung wird von vielen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat geteilt.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Ziel ist die Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung angelehnt an die Grenzen, die bis 1967 bestanden. Dies soll über direkte Verhandlungen und die friedliche Lösung von Streitfragen gelingen. Dabei ist es Ihnen jedoch wichtig, dass die Sicherheit Israels zu jeder Zeit gewährleistet wird. Nur so kann ein dauerhafter Frieden und eine gegenseitige Anerkennung erreicht werden.

Siedlungspolitik

Guatemala fordert von Israel, den Siedlungsbau einzustellen. Dieser verstößt gegen internationales Recht und gefährdet sowohl den Frieden, als auch den noch zu begehenden Verhandlungsprozess. Deswegen können Sie der Resolution nur zustimmen, wenn in ihr ausdrücklich der Stopp des israelischen Siedlungsbaus gefordert wird. Um diesen Änderungsantrag einzubringen, können Sie sich auf eine breite Unterstützung im Sicherheitsrat verlassen und deswegen selbstbewusst auftreten.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

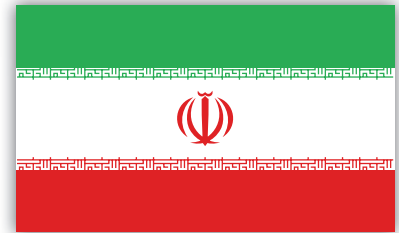
Für Guatemala ist ein dauerhafter Frieden nur durch gegenseitigen Gewaltverzicht möglich. Einerseits rufen Sie Israel dazu auf, die wirtschaftliche Blockade gegenüber dem Gaza-Streifen einzustellen. Dabei argumentieren Sie, dass die Aufhebung der israelischen Blockadepolitik den Friedensprozess vorantreiben wird, denn die Abschaffung der israelischen Wirtschaftsblockade wird die palästinensische Wirtschaft stärken. Insgesamt gilt es, die Wirtschaft der Palästinenser zu stärken, da eine gesunde wirtschaftliche Basis ihnen ermöglicht, schneller und besser staatliche Strukturen zu entwickeln. Andererseits fordern Sie die sofortige Einstellung des Raketenbeschusses auf Israel. Hier muss stärker auf die Hamas im Gazastreifen eingewirkt werden.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Lange Zeit haben Sie den Aufnahmeprozess Palästinas in den UN nicht aktiv unterstützt. Seit 2013 jedoch erkennen Sie Palästina völkerrechtlich an. Sie berufen sich dabei auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es auch in der UN-Charta niedergeschrieben ist. Die UN-Charta ist der Gründungsvertrag und somit die „Verfassung“ der UN. Das Selbstbestimmungsrecht muss auch für das palästinensische Volk gelten. Sie sind der Überzeugung, dass nur durch die völkerrechtliche Gleichstellung der beiden Staaten Israel und Palästina konstruktive Gespräche auf Augenhöhe stattfinden können, welche dann hoffentlich zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes führen werden. Die sofortige Aufnahme Palästinas in die UN ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für einen gelingenden Friedensprozess. Auf den bestehenden Nachholbedarf im Aufbau staatlicher Strukturen ist hinzuweisen. Er sollte Ihrer Ansicht nach aber kein Hinderungsgrund für die Aufnahme in die UN sein.

Rollenkarte Iran

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Staat im Nahen Osten zwischen dem Irak und Afghanistan
Einwohnerzahl	78,1 Millionen
Hauptstadt	Teheran
Sprache	Persisch, Kurdisch, Arabisch
Religionen	Muslime (98 %, davon 89% Schiiten und 9% Sunniten)



Als Mitglied der Delegation des Iran nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Nach dem Sturz des pro-westlichen Schahs (persisch = Herrscher) durch die Islamische Revolution 1979 wurden die Beziehungen zum Westen, insbesondere zu den Vereinigten Staaten immer schlechter. Lange Zeit gab es keinerlei diplomatische Beziehungen zueinander. Auch das Verhältnis zur Europäischen Union (EU) ist angespannt. Streitpunkte mit dem Westen sind vor allem das iranische Atomprogramm sowie wiederholte anti-israelische Äußerungen. Ihr Land besteht auf eine unabhängige Entwicklung seines Atomprogramms. Viele Staaten befürchten aber, dass der Iran neben der zivilen Nutzung der Atomkraft zur Energiegewinnung auch militärische Ziele verfolgt. Die westlichen Staaten möchten deshalb internationale Kontrollen und Vereinbarungen durchsetzen. Um Druck auf Ihr Land auszuüben, haben westliche Länder immer wieder wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen den Iran verhängt. Erst in den letzten Jahren und nach der Wahl eines neuen Präsidenten scheint eine Verbesserung der angespannten Beziehungen möglich. Durch das konflikthafte Verhältnis mit dem Westen haben für den Iran die Beziehungen mit den islamisch geprägten Ländern des Nahen und Mittleren Ostens Priorität. Ihre Unterstützung für radikal-islamische Gruppierungen erschwert jedoch das Verhältnis zu Staaten wie Jordanien oder Ägypten. Der Iran ist auch bestrebt, das Verhältnis zu den asiatischen, lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten weiter zu intensivieren. Handelsmöglichkeiten, die mit den westlichen Staaten kaum möglich sind, ließen sich so einrichten. Besonders ihr Vorsitz bei den „Blockfreien Staaten“, die sich in Abgrenzung zu den Hauptkontrahenten des Kalten Krieges zusammenschlossen, soll dazu beitragen. Zu dieser Staatengruppe gehören unter anderem Ägypten, Marokko, Jordanien, Guatemala und Ruanda.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Die bisherigen Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts lehnen Sie in der derzeitigen Form ab. Stattdessen unterstützt Ihr Land die Hamas und weitere extremistische Gruppierungen wie die Hisbollah oder den „Islamischen Dschihad“. Diese sehen Sie als mutige Kämpfer gegen den Besatzer Israel an und nicht als Terrororganisationen. Ihre Mitgliedschaft im Sicherheitsrat möchten Sie dafür nutzen, Ihrer Position mehr Öffentlichkeit zu verschaffen. Um Verbesserungen für das palästinensische Volk zu erringen, unterstützen Sie gegebenenfalls auch Anträge, die ein Fortbestehen des jüdischen Staates hinnehmen. Wesentlich ist, dass eine Resolution verabschiedet wird, die das bestehende Unrecht gegenüber den Palästinensern zur Sprache bringt, statt Israel als Opfer darzustellen.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Durch die Islamische Revolution 1979 in Ihrem Land änderten sich die vormals guten Beziehungen zum Staat Israel über Nacht. Der Revolutionsführer Chomeini annullierte alle bisherigen Vereinbarungen und Verträge. Seitdem ist die Bekämpfung Israels im Iran Staatsdoktrin. Sie streiten ab, dass jüdische Menschen Anrecht auf einen Staat Israel im Nahen Osten haben. Ihr Land sieht Israel als Besatzer an, der vom ursprünglich palästinensischen Boden vertrieben werden muss. Die Ablehnung Israels ist auch ein Versuch, Sympathien und Respekt der anderen arabischen bzw. islamischen Staaten zu gewinnen. Sie sehen sich als Vorreiter in der Verteidigung der Rechte der Muslime. Palästina wird vom Iran seit 1989 anerkannt. Die Anerkennung ist auch eine Folge der Islamischen Revolution und ein weiterer Versuch des Irans, für mehr Akzeptanz bei seinen umliegenden arabischen Staaten zu werben, welche eng mit Palästina verbunden sind.

Gebietsaufteilung und Grenzverlauf

Eine Gebietsaufteilung zwischen Israelis und Palästinensern lehnen Sie ab. Folglich sind Sie gegen eine Zwei-Staaten Lösung und sehen stattdessen eine Lösung des Konflikts in einer Ein-Staaten-Lösung. Die Ein-Staaten-Lösung zielt auf einen gemeinsamen israelisch-palästinensischen Staat, über dessen Form und Ausrichtung die gesamte Bevölkerung in einer Volksabstimmung entscheiden soll. Dazu sollen auch die vertriebenen Palästinenser zugelassen werden, die sich zur Zeit außer Landes aufhalten. Dies ist nach Ihrer Sichtweise ein demokratischer und somit für alle Staaten unterstützenswerter Lösungsvorschlag: Jeder Bewohner des ursprünglich palästinensischen Landes kann frei über das neu entstehende Land abstimmen. Für Sie ist nur dies eine wirklich faire Lösung. Ingeheim erhoffen Sie sich durch die Ein-Staaten-Lösung den Niedergang des jüdischen Israels. Da mehr Menschen arabisch-palästinensischer Herkunft zu einer solchen Volksabstimmung berechtigt wären als israelisch-jüdische, würde Israel seinen jüdischen Charakter verlieren und die palästinensischen Bevölkerungsanteile mittelfristig die Oberhand gewinnen. Zutiefst lehnen Sie das westliche Bestreben ab, einen jüdischen Nationalstaat auf palästinensischem Gebiet zu erhalten.

Israelische Siedlungspolitik

Der Iran sieht Israel als Besatzungsmacht an, welche sich nicht erst seit 1967, sondern bereits seit seiner Gründung auf palästinensischem Boden ausbreitet. Sämtliche jüdische Siedlungsaktivitäten untergraben die Unverletzlichkeit, Einheit und Selbstbestimmung des besetzten palästinensischen Landes und seiner Bevölkerung.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Der Iran ruft Israel dazu auf, die Gewalt, welche durch extremistische israelische Siedler an der palästinensischen Bevölkerung verübt wird, zu unterbinden und zu bestrafen. Außerdem soll Israel die Blockade des Gazastreifens mit sofortiger Wirkung beenden. Sie stellt eine dauerhafte Behinderung der Freiheit des palästinensischen Volkes dar und verhindert den Wiederaufbau im weitgehend zerstörten Gazastreifen. Eine Verurteilung von palästinensischen Gruppen, die sich aktiv gegen die Besatzungsmacht Israel zur Wehr setzen, möchten Sie in der Resolution verhindern. Für Sie sind diese Gruppen Verfechter legitimer Interessen des palästinensischen Volkes.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Der Iran spricht sich entschieden für eine sofortige Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die UN aus. Die Internationale Gemeinschaft muss Israel deutlich machen, dass seine Verhinderungspolitik gegenüber dem palästinensischen Staate zwecklos ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker steht über der selbstsüchtigen Expansionspolitik Israels. Deshalb möchten Sie mit einem Änderungsantrag die sofortige Aufnahme Palästinas in die UN im Resolutionsentwurf verankern.

Rollenkarte Jordanien

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Vorderasien, grenzt an Israel, die palästinensischen Gebiete
Einwohnerzahl	6,5 Mio.
Hauptstadt	Amman
Sprache	Arabisch
Religionen	Sunnitische Muslime (93%), Christen (5%)



Als Mitglied der Delegation von Jordanien nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Die Außenpolitik Ihres Landes wird seit einigen Jahrzehnten durch zwei Konstanten bestimmt: Erstens eine um Ausgleich bemühte Haltung gegenüber allen Nachbarstaaten, einschließlich Israels. Zweitens die Pflege guter Beziehungen zum Westen und dabei besonders zu den Vereinigten Staaten.

Jordaniens herausragende Beziehung zu den Vereinigten Staaten zeigt sich zum Beispiel durch ein bestehendes Sicherheitsabkommen zwischen den beiden Staaten. Als verlässlicher Partner der Vereinigten Staaten erhalten Sie starke politische und finanzielle Unterstützung. Auch mit der EU haben Sie durch ein Partnerschaftsabkommen Ihre Kontakte in letzter Zeit verstärkt. Folglich bestehen sowohl zur EU als auch zu den Vereinigten Staaten gute wirtschaftliche Beziehungen. Des Weiteren ist Jordanien Mitglied der Arabischen Liga. Die Arabische Liga ist eine internationale Organisation arabischer Staaten, die das Ziel hat, die Beziehungen zwischen seinen Mitgliedern zu fördern. Zu den insgesamt 22 Mitgliedern der Arabischen Liga gehören beispielsweise Marokko und Ägypten. Außerdem hat Jordanien Interesse an guten politischen und wirtschaftlichen Kontakten zur Volksrepublik China als aufstrebendem Schwellenland mit steigendem internationalen Einfluss.

Durch die aktuellen Konflikte in der Region hat Jordanien seinen wichtigsten Handelspartner, den Nachbarstaat Syrien, verloren. Hinzu kommt, dass Jordanien Hunderttausenden Flüchtlingen aus der Region Schutz bietet. Dies belastet den jordanischen Staatshaushalt und dessen Bevölkerung sehr stark. Deshalb werden die finanziellen Hilfen der Vereinigten Staaten immer wichtiger für Ihr Land.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Jordanien grenzt als Nachbarstaat direkt an Israel und die palästinensischen Gebiete. Seit Jahren bemühen Sie sich, eine diplomatische Lösung des Konflikts zu erreichen. Während des Krieges in Folge der Gründung von Israel im Jahr 1948 flohen hunderttausende Palästinenser nach Jordanien. Dies trug mit dazu bei, dass heute etwa 60% der Jordanier palästinensischer Abstammung sind. Ein israelisch-palästinensischer Friedensschluss ist deshalb für Ihr Land auch von innenpolitischer Bedeutung. Um den Friedensprozess wiederzubeleben, will Jordanien weiter mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten. Von der eigenen Bevölkerung wird die enge Beziehung zu den Vereinigten Staaten aber größtenteils abgelehnt, da deren Politik als anti-arabisch und anti-palästinensisch eingeschätzt wird. Deshalb profitiert die jordanische Führung von jedem Fortschritt des Friedensprozesses, da dies Ihre Regierungspolitik rechtfertigt.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Nach Ägypten war Jordanien der zweite arabische Staat, der mit Israel 1994 einen Friedensvertrag unterzeichnete. Zwischen den zwei Staaten bestehen moderat freundliche Beziehungen. Daher haben insbesondere westliche Staaten, die auf Seiten Israels stehen, ein Interesse daran, mit Jordanien zu kooperieren. Mit den Palästinensern fühlt sich Jordanien brüderlich verbunden. Die Existenz Palästinas ist für Sie selbstverständlich. Daher haben Sie gute diplomatische Kontakte zur Fatah und seit 2011 wird selbst die radikale Palästinenser-Gruppierung Hamas wieder in Jordanien geduldet. Auch im UN-Sicherheitsrat unterstützen Sie die Palästinenser, indem Sie sich dort für deren Interessen einsetzen und insbesondere darauf drängen, dass Palästina international als Staat anerkannt wird. Sie machen sich dafür stark, dass in der Resolution nicht nur der Friedensschluss mit Israel erwähnt wird. Sie setzen sich deshalb für einen Änderungsantrag ein, der ebenfalls die staatliche Anerkennung Palästinas festschreibt.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Bei der Konfliktlösung unterstützt Jordanien die Roadmap, einen Anfang 2002 vom Nahost Quartett ausgearbeiteten Friedensfahrplan, und die Friedensinitiative der Arabischen Liga. Darin werden folgende Punkte benannt: (1) Erstens, die Zwei-Staaten-Lösung. Diese beinhaltet den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und die Errichtung eines lebensfähigen, unabhängigen palästinensischen Staates. Der Staat soll in den Grenzen von 1967 entstehen, also das komplette Westjordanland, den Gaza-Streifen und Ost-Jerusalem umfassen. Um Israel entgegenzukommen, schlagen Sie jedoch abweichend vom Text der Arabischen Friedensinitiative einen Austausch von Gebieten zwischen den beiden Staaten vor. Die dabei zu tauschenden Landflächen sollten selbstverständlich gleichwertig sein. (2) Hauptstadt des palästinensischen Staates soll Ost-Jerusalem sein. Da der jordanische König offiziell über eine Schutzmacht für die muslimischen und christlichen Heiligtümer der Altstadt Jerusalems verfügt, ist Ihnen dieser Punkt besonders wichtig. Setzen Sie sich deshalb unbedingt dafür ein, dass die Resolution Ost-Jerusalem als Hauptstadt des Palästinensischen Staates festschreibt. Über eine internationale Verwaltung der in Ost-Jerusalem liegenden Altstadt ist nachzudenken. (3) Die Friedensinitiative der arabischen Liga stellt Israel im Austausch für die obigen Zugeständnisse in Aussicht, dass Frieden mit allen Staaten der Region geschlossen wird und sich die Beziehungen zu Israel normalisieren.

Israelische Siedlungspolitik

Jordanien betont, dass der UN-Sicherheitsrat in der Vergangenheit Israel im Westjordanland und in Ost-Jerusalem als eine Besatzungsmacht bezeichnet hat. Laut der vierten Genfer Konvention ist es einer Besatzungsmacht aber verboten, Teile der eigenen Bevölkerung auf besetzten Gebieten anzusiedeln. Daher verurteilen Sie die israelische Siedlungspolitik als völkerrechtlich illegal und fordern einen sofortigen Baustopp. Sollte es nicht dazu kommen, wird der Frieden in der Region immer brüchiger und die Zukunft der Zwei-Staaten-Lösung gerät weiter in Gefahr.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Jordanien verurteilt alle gegen Zivilisten gerichtete Gewalt genauso wie alle terroristischen Anschläge. Insbesondere die Zivilbevölkerung muss vor Gewalt geschützt werden. Daher betonen Sie das Recht aller Staaten in der Region, in Frieden und innerhalb anerkannter Grenzen zu leben. Um dies zu gewährleisten, könnte zum Beispiel eine Dritt-Partei zur Sicherung der Grenzen herangezogen werden. Sie könnte auch dazu beitragen, die für den Friedensprozess schädliche Blockade des Gaza-Streifens zu überwinden.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Im UN-Sicherheitsrat sprechen Sie sich für die sofortige Aufnahme Palästinas als Staat in die UN als Vollmitglied aus: Sie sind davon überzeugt, dass der momentane Status zu einer weiteren Verschärfung der Gewaltspirale führen wird. Nur wenn Palästina auch international als Staat anerkannt wird, können Frieden und Sicherheit in der Region erreicht werden. Ausdruck dieser internationalen Anerkennung wäre eine sofortige Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied. Dafür machen Sie sich mit einem Änderungsantrag stark.

Rollenkarte Litauen

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Nord-Osteuropa, Baltikum
Einwohnerzahl	3,3 Millionen
Hauptstadt	Vilnius
Sprache	Litauisch
Religionen	Katholiken (77%), Orthodoxe (ca. 4,2%)



Als Mitglied der Delegation Litauens nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Litauen war ehemals Teil der Sowjetunion, gewann 1990 seine Unabhängigkeit zurück und ist seit 2004 Mitglied der Europäischen Union (EU). Historisch hat Litauen daher ein angespanntes Verhältnis zur Russischen Föderation. In Ihrem Land wird befürchtet, dass die Russische Föderation Gebietsansprüche erheben und in die Landespolitik eingreifen könnte. Demgegenüber ist Litauen von der Russischen Föderation wirtschaftlich abhängig – z.B. im Bereich der Energieversorgung –, weshalb Sie um einen diplomatischen Umgang mit der Russischen Föderation bemüht sind. Da aber die Skepsis gegenüber der Russischen Föderation bei Ihnen andauert, ist Ihnen eine enge Zusammenarbeit mit Ihren Partnern in der EU wichtig (u.a. Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich). Ganz in diesem Sinne sind die Partnerschaft mit den westlichen Staaten und die Zusammenarbeit mit internationalen Staatenbünden wie der NATO und der EU Schwerpunkte der litauischen Außenpolitik. Letztere gelten als „Garant für Freiheit und Selbstbestimmung“. Von der EU erhält Litauen zudem umfangreiche finanzielle Unterstützung. Ein wichtiger Bündnispartner außerhalb der EU sind die Vereinigten Staaten. Letztere unterstützen seit jeher Litauen in der Behauptung seiner Unabhängigkeit gegenüber der Russischen Föderation. Die Verbundenheit der Vereinigten Staaten und Litauen erwächst auch daraus, dass 600.000 US-Amerikaner litauischer Abstammung sind. In den Verhandlungen sollten Sie sich daher vor allem mit diesen Bündnispartnern abstimmen.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Vor seiner Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat war Litauen bereits über die Europäische Union in viele wichtige Beratungen zum Nahost-Konflikt eingebunden. Die dort ausgedrückte Grundhaltung, die auf Ausgleich und Vertrauensbildung zwischen beiden Konfliktparteien setzt, wird von Litauen entschieden mitgetragen. Der vom Nahost-Quartett (EU, Vereinigte Staaten, Russische Föderation und UN) im Jahr 2003 angestoßene Friedensfahrplan („Road Map“) wird von Ihnen weiterhin als zentraler Orientierungspunkt für den Friedensprozess angesehen. Er sieht verschiedene Schritte hin zur Aushandlung einer Zwei-Staaten-Lösung vor. Hierzu zählen unter anderem die Auflösung palästinensischer Terrorgruppen und ein Ende des israelischen Siedlungsbaus. Da die Erfolge in der Umsetzung der „Road Map“ aber bescheiden blieben, begrüßen Sie das verstärkte Engagement der Vereinigten Staaten hin zu einer Konfliktlösung.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Litauen erkennt die staatliche Existenz Israels an und unterhält diplomatische Beziehungen zu Israel. Die beiden Länder haben zahlreiche Verträge abgeschlossen, um die Zusammenarbeit u.a. in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit und Wissenschaft zu stärken. Die Förderung der Sicherheit Israels ist Ihnen folglich ein wichtiges Anliegen. Die Staatlichkeit Palästinas erkannte Litauen bislang nicht an und es bestehen auch keine umfassenden diplomatischen Beziehungen zur palästinensischen Vertretung. Für Sie steht außer Frage, dass den Palästinensern in absehbarer Zeit ein lebensfähiger Staat zugestanden werden muss. Die Perspektive auf Frieden in der Region ginge ansonsten verloren. Den-

noch wäre es Ihrer Ansicht nach überstürzt, mit sofortiger Wirkung einen palästinensischen Staat einzurichten. Zuerst muss wie in der „Road Map“ vorgesehen der Terrorismus auf palästinensischer Seite ein Ende finden. Darüber hinaus müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass von einem Staat Palästina auch auf lange Sicht kein Sicherheitsrisiko für Israel ausgeht.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Litauen spricht sich für eine Zwei-Staaten-Lösung aus, nach der zwei demokratische und unabhängige Staaten in Frieden, Sicherheit sowie gegenseitiger Anerkennung Seite an Seite leben. Der genaue Grenzverlauf und die Gebietsaufteilung können Ihrer Meinung nach nur durch faire Verhandlungen der beiden Konfliktparteien festgelegt werden. Grundsätzlich sprechen Sie sich für das Prinzip „Land für Frieden“ aus. Dieses Prinzip umschreibt, dass ein Ende der Besetzung palästinensischer Gebiete durch Israel die Zusicherung von Sicherheit und Frieden durch die palästinensische Seite zur Folge hat. Die jahrzehntelange Besiedelung der besetzten Gebiete durch Israel bedeutet jedoch auch, dass die beiden Konfliktparteien in ihren Verhandlungen einen Gebietstausch vereinbaren müssen. Obwohl die EU Ost-Jerusalem als widerrechtlich von Israel besetzt sieht, ist es Ihrer Meinung nach momentan zweitrangig, ob Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zukünftigen Palästinenserstaates wird. Die internationale Gemeinschaft sollte sich in jedem Fall nicht vorschnell auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt festlegen, da dies die Verhandlungen mit Israel nur erschweren würde.

Israelische Siedlungspolitik

Die israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet sehen Sie als illegal an. Israel soll den Bau von Siedlungen in den palästinensischen Gebieten unverzüglich stoppen. Darüber hinaus wird von Ihnen ein baldiger Rückbau der Siedlungen auf den Stand von 2001 gefordert. Dieser auch in der „Road Map“ erwähnte Rückbau ist Ihrer Ansicht nach gegenüber Israel vertretbar, da zumindest die vorher errichteten Siedlungen bestehen bleiben. Mit einem Änderungsantrag möchten Sie ihn folglich im Resolutionsentwurf verankern.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

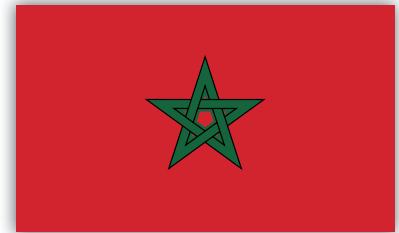
Litauen ruft beide Konfliktparteien - politische und religiöse Führungen sowie die Zivilgesellschaft - zum Verzicht auf Gewalt und Provokation auf. Alle Verbrechen, unabhängig von welcher Seite sie begangen werden, müssen strafrechtlich verfolgt werden. Die Menschenrechte sind von allen Beteiligten des Konfliktes zu respektieren und dürfen nicht im Namen eines Unabhängigkeitskampfes oder der Terrorvergeltung gebrochen werden. Litauen erkennt die Sorge Israels um die eigene Sicherheit aufgrund von Terror an. Bisherige israelische Militäreinsätze waren Ihrer Meinung nach aber unverhältnismäßig. Die Leidtragenden des Konflikts sind vor allem Zivilisten, die um jeden Preis geschützt werden müssen. Daher stellt das litauische Außenministerium finanzielle Mittel zur Versorgung der zivilen Opfer aus dem Gaza-Streifen zur Verfügung. Die von Litauen ebenfalls verurteilten Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen auf Israel dürfen nicht zu einem neuen, für die Zivilbevölkerung verheerenden Krieg führen. Im Rahmen eines Änderungsantrages möchten Sie deshalb mit Ihren Partnern eine Strategie vorschlagen, durch die die Angriffe auf Israel unterbunden werden können und zugleich die humanitäre Lage in Gaza verbessert werden kann. Die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens gehört mit dazu.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Litauen macht sich dafür stark, dass durch die UN keine einseitigen Lösungsansätze entwickelt werden, die nur einer Konfliktpartei zu Gute kommen. Eine sofortige Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die UN wäre genau dies. Auf die Interessen der palästinensischen Seite würde eingegangen, ohne dass ausreichend die der israelischen berücksichtigt würden. Die Anerkennung Palästinas durch die UN ohne Zustimmung Israels wird deshalb von Ihnen abgelehnt. Sie ist für Ihr Land nur vertretbar, wenn eine zwischen der israelischen und palästinensischen Seite ausgehandelte Friedensvereinbarung umgesetzt wird. Für diesen Fall kann Palästina eine Aufnahme in die UN als Vollmitglied in Aussicht gestellt werden.

Rollenkarte Marokko

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Im Nordwesten von Afrika am Atlantik bzw. Mittelmeer, durch die Meerengen von Gibraltar von Spanien (EU) getrennt
Einwohnerzahl	33 Millionen
Hauptstadt	Rabat
Sprache	Arabisch, Berbersprachen und Französisch
Religionen	Muslime (98%, davon 90% Sunniten)



Als Mitglied der Delegation von Marokko nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Von besonderer Bedeutung für Ihre internationalen Kontakte ist Ihre Mitgliedschaft in der Arabischen Liga. Mitgliedsstaaten sind zum Beispiel auch Jordanien und Ägypten. Innerhalb der Arabischen Liga beteiligen Sie sich aktiv an einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Hierfür bringt sich Marokko auch zunehmend in die UN ein. Von zentraler Bedeutung sind für Marokko die Kooperationen mit westlichen Staaten, wie etwa mit Frankreich und den Vereinigten Staaten. Außerdem pflegt der marokkanische König traditionell freundschaftliche Beziehungen in die frankophonen Länder Afrikas, zu denen auch Ruanda gehört.

Ein ewiger Streitpunkt in der marokkanischen Außenpolitik ist der Westsahara-Konflikt. Ihr Land beansprucht das komplette Gebiet der 1975 aus dem Kolonialstatus entlassenen Westsahara und hält deshalb dieses Landstück militärisch besetzt. Frankreich steht Ihnen im UN-Sicherheitsrat in diesem Konflikt bei. Demgegenüber existieren Spannungen mit Ländern wie dem Iran, die die Unabhängigkeit der Westsahara unterstützen.

Es ist ein wichtiges Ziel Ihres Landes, die Wirtschaft zu modernisieren. Dabei pflegt Marokko mit vielen Ländern wie den Vereinigten Staaten, Ägypten, Jordanien und der EU verschiedene Freihandelsabkommen. Die EU ist für das Erreichen des wirtschaftlichen Aufschwungs ein zentraler Partner Marokkos.

In Zukunft möchte Marokko seine diplomatischen Beziehungen mit der Russischen Föderation und der Volksrepublik China ausbauen, aber auch zu Argentinien sollen die Beziehungen verstärkt werden.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Das islamisch geprägte Marokko unterstützt den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern und fordert beide Seiten zu Verhandlungen und zu Mäßigung auf. Grundsätzlich ist Marokko eher pro-palästinensisch eingestellt und versucht eine aktive Rolle im Friedensprozess zu spielen. Ein Orientierungspunkt in Ihren Vermittlungsbemühungen ist die Arabische Friedensinitiative. In dem 2002 beschlossenen Text bieten die Staaten der Arabischen Liga Israel Frieden und eine Normalisierung der Beziehungen an. Voraussetzung hierfür ist die Schaffung eines palästinensischen Staates in den Grenzen, die bis 1967 bestanden.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Auf Grund des Fortschritts in den israelisch-palästinensischen Friedensgesprächen in den 1990er Jahren intensivierte Marokko seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Israel. Dies gipfelte in die völkerrechtliche Anerkennung Israels 1994. Nichtsdestotrotz existieren nach wie vor keine umfassenden diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Ihrem Land, was sich beispielsweise darin zeigt, dass keine Botschaften eingerichtet wurden. Den von der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) am 15. November 1988 in Algier ausgerufenen Staat Palästina erkannten Sie direkt an. Für Marokko sind eine Konfliktlösung und das Erreichen eines langfristigen Friedens zwischen Palästina und Israel nur möglich, wenn dem palästinensischen Volk sein Recht auf einen freien und unabhängigen Staat zugestanden wird.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Marokko setzt sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ein. Die beiden Staaten sollen dabei auf Basis der Grenzen von 1967 gebildet werden. Sie können nicht akzeptieren, dass nach fast einem halben Jahrhundert israelischer Besatzung und nach Jahrzehnten internationaler Verhandlungsbemühungen, der UN-Sicherheitsrat scheinbar nichts für die Befriedung des Konflikts erreicht hat. Der UN-Sicherheitsrat sollte die Chance nutzen und jetzt mit Nachdruck für die Gründung eines Staates Palästina in den Grenzen von 1967 neben Israel eintreten. Einen grundsätzlichen Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten erachten Sie dafür als unverzichtbar. Mit einem Änderungsantrag möchten Sie diesen Punkt in der vorliegenden Resolution verankern. Dabei ist es Ihnen auch ein großes Anliegen, dass dem Staat Palästina Ost-Jerusalem als Hauptstadt zugestanden wird, da dies ein historisch und kulturell bedeutender Ort für Palästina ist.

Israelische Siedlungspolitik

Marokko verurteilt die israelische Siedlungspolitik scharf und verlangt auch vom UN-Sicherheitsrat ein stärkeres Vorgehen gegen Israel. Vor allem kritisieren Sie, dass Israel durch die Siedlungspolitik versucht, Ost-Jerusalem zu einem mehrheitlich jüdisch bewohnten Gebiet zu machen. Des Weiteren untergräbt die anhaltende Besatzung und ihre täglichen Einschränkungen für die Bevölkerung jede Hoffnung auf Frieden, da sie Hass erzeugen und eine Radikalisierung hin zu weiterer Gewalt befördern. In der israelischen Siedlungspolitik sehen Sie deshalb eine ernsthafte Gefahr für das Gelingen eines israelisch-palästinensischen Friedens. Folglich befürworten Sie einen sofortigen Siedlungsstopp und eine baldige Auflösung aller Siedlungen in den besetzten Gebieten.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Marokko verurteilt die israelischen Aggressionen gegen die palästinensische Bevölkerung. Immer wieder kommen zahlreiche Frauen und Kinder ums Leben. Dass zur Vergeltung von Terrorangriffen die Gebäude der Attentäter zerstört werden, ist eine Gewaltanwendung gegen unschuldige Familienangehörige, die dadurch obdachlos werden. Jegliche Schikane gegenüber der palästinensischen Bevölkerung ist von Israel zu unterlassen. In diesem Sinne ist auch die Blockade des Gazastreifens zu beenden. Sie untergräbt die Souveränität des palästinensischen Volkes und richtet sich gegen deren grundlegende Menschenrechte. Deswegen ist es für Sie wichtig, dass in der Resolution Israel explizit zum Gewaltverzicht aufgerufen wird. Israel muss dazu verpflichtet werden, auf alle Akte der Gewalt, Schikane und Provokation zu verzichten. Dies möchten Sie unbedingt in der Resolution mit einem Änderungsantrag unterbringen. Ohne diese Ergänzung befindet sich die Resolution in einem Ungleichgewicht, weil nur eine Seite mit der Gewalt im Nahen Osten in Verbindung gebracht wird.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Den Aufnahmeprozess Palästinas in die UN haben Sie in der Vergangenheit immer aktiv unterstützt. Sie betonen ausdrücklich, dass Sie die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auch in Zukunft mit Nachdruck unterstützen werden. Deswegen sprechen Sie sich auch klar für eine vollwertige Aufnahme Palästinas in die UN aus. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung lässt hier keine Kompromisse zu.

Rollenkarte Ruanda

Nicht-Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat	
Lage	Ost-Zentralafrika
Einwohnerzahl	11,8 Millionen
Hauptstadt	Kigali
Sprache	Kinyarwanda, Englisch, Französisch
Religionen	Katholiken (56,5%), Protestanten (37%), Muslime (4,6%)



Als Mitglied der Delegation von Ruanda nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Das primäre Ziel Ihrer Außenpolitik ist die Festigung der instabilen Sicherheitslage im Innern und Äußeren. Dabei soll Ihr Land stärker in regionale und internationale Bündnisse eingebunden werden.

Als einschneidendes Ereignis der jüngeren Geschichte Ihres Landes gelten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen der Hutu und Tutsi. Diese gipfelten im April 1994 in einen Völkermord: Angehörige der Hutu-Mehrheit töteten innerhalb von drei Monaten etwa 75 Prozent der in Ruanda lebenden Tutsi-Minderheit sowie moderate Hutu. Insgesamt kamen über 800.000 Menschen ums Leben.

Aus wirtschaftlicher Perspektive soll die Zusammenarbeit mit möglichen Investoren sowie internationalen Unterstützern gefördert und ausgebaut werden, denn Ruanda ist trotz einer guten wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren eines der ärmsten Länder der Welt. Wichtige Unterstützer sind für Ruanda die Vereinigten Staaten, die Europäische Union (EU) und ihre Mitglieder, hier vor allem das Vereinigte Königreich. Auch Sonderorganisationen der Vereinten Nationen wie die Weltbankgruppe oder der Internationale Währungsfonds werden als wichtige außen- und entwicklungspolitische Partner wahrgenommen. Zu einem weiteren bedeutenden Verbündeten hat sich die Volksrepublik China entwickelt, da es Sie in Ihren wirtschaftspolitischen Zielen unterstützt.

Hingegen sind die diplomatischen Verhältnisse zu Frankreich stark belastet –Ruanda wirft Frankreich eine Mitschuld am Völkermord 1994 vor. Weiterhin prangern Sie das Versagen der Weltgemeinschaft beim Völkermord an – eine Perspektive, die mittlerweile auch von der UN geteilt wird, die die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für ihre Untätigkeit während des Genozids 1994 selbst betont.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Aus der eigenen Geschichte Ihres Landes wissen Sie, wie wertvoll Frieden und Sicherheit sind. Deshalb setzen Sie sich aktiv für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ein. In diesem Sinn befürworten Sie die Idee, dass der Friedensprozess durch einen Beschluss des Sicherheitsrates einen neuen Impuls erfahren soll. Damit die Friedensbemühungen aber nicht durch eine einseitige Resolution ausgebremst werden, sollte Ihrer Ansicht nach einzig ein Text verabschiedet werden, der für die Konfliktparteien und die Mitglieder des Sicherheitsrates konsensfähig ist.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Nach der Unabhängigkeit Ruandas 1962 wurden erste Beziehungen mit Israel etabliert. In jüngster Zeit bemühen sich beide Staaten intensiv um eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Das Streben nach freundschaftlichen Beziehungen beruht dabei auch auf einer gemeinsamen Geschichtserfahrung: Die Bewohner beider Länder haben unzählige Angehörige im Zuge eines Völkermordes verloren. Das große Sicherheitsbedürfnis, welches sich für eine Bevölkerung daraus ergibt, können Sie sehr gut nachvollziehen. Heute zählen Sie zu den engsten Partnern Israels auf dem afrikanischen Kontinent. Wiederholt haben Sie alle Nachbarn Israels und auch die palästinensische Hamas dazu aufgefordert, das israelische Existenzrecht anzuerkennen. Aber auch das Streben des palästinensischen Volkes nach einem eigenen, unabhängigen und lebensfähigen Staat erachten Sie als rechtmäßig. Ruanda erkennt den von der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) am 15. November 1988 in Algier ausgerufenen Staat Palästina seit 1989 an. Allerdings unterhält Ruanda keine offiziellen diplomatischen Beziehungen.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Ruanda unterstützt die Zwei-Staaten-Lösung und bedauert es sehr, dass trotz internationalem Engagement noch kein Durchbruch im Friedensprozess erreicht werden konnte. Sie sehen aufrichtige und direkte Verhandlungen zwischen Israel und palästinensischen Vertretern als den einzig realistischen Weg eine dauerhafte Friedenslösung zu erreichen. In solchen direkten Gesprächen müssten die Konfliktparteien auch den genauen Grenzverlauf aushandeln. Von der internationalen Gemeinschaft erhoffen Sie sich ein verstärktes Engagement in der Vermittlung. Hier sehen Sie die Arabische Liga (eine internationale Organisation arabischer Staaten; Mitglied sind z. B. Marokko, Jordanien und Ägypten), die Vereinigten Staaten und das Nahost-Quartett (EU, Vereinigte Staaten, Russische Föderation und die UN) als Schlüsselakteure.

Israelische Siedlungspolitik

Die israelische Siedlungspolitik halten Sie für einen Verstoß gegen internationales Recht, das bestehenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates widerspricht. Darüber hinaus behindert sie den Aufbau eines palästinensischen Staates, weil sie das Westjordanland territorial zerstückelt. Dem palästinensischen Staatsgebilde wird so die Lebensfähigkeit genommen.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

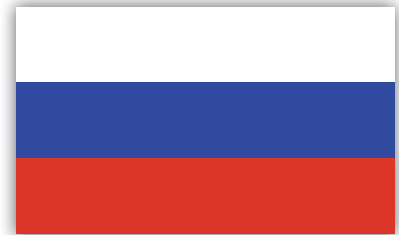
Von den beiden Konfliktparteien erwarten Sie einen Verzicht auf alle gewaltsamen und provokativen Aktionen, weil sie den Friedensprozess behindern. Sie verurteilen den fortwährenden Raketenbeschuss auf Israel aus dem Gaza-Streifen und fordern die Hamas unmissverständlich auf, diese terroristischen Attacken unverzüglich zu stoppen. Ausdrücklich erkennen Sie Israels Recht an, im Namen der Selbstverteidigung militärisch gegen die Hamas vorzugehen. Kein Land dieser Erde würde einen Raketenbeschuss seiner Städte und Bevölkerung akzeptieren. Aus Ihrer Sicht muss in der Resolution festgeschrieben werden, dass Israels militärische Interventionen im Gaza-Streifen ein Ausdruck legitimer Selbstverteidigung sind. Hierzu möchten Sie einen Änderungsantrag einbringen, der von zentralen Verhandlungsakteuren wie den Vereinigten Staaten unterstützt werden sollte. Gleichzeitig rufen Sie die politisch Verantwortlichen Israels dazu auf, die Blockadepolitik und alle Maßnahmen einzustellen, die die humanitäre Situation in den palästinensischen Gebieten weiter verschlechtern.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Die internationale Anerkennung Palästinas als Vollmitglied der UN lehnen Sie zum jetzigen Zeitpunkt ab: Erstens wäre dies eine einseitige Initiative, die von Israel keine Akzeptanz finden und somit den Friedensprozess gefährden würde. Zweitens muss aus Ihrer Sicht vor einer internationalen Anerkennung der Bruch in der palästinensischen Gesellschaft und seinen politischen Eliten überwunden werden. Denn nur eine vereinte und ausgesöhnte palästinensische Nation kann zu einem stabilen Staat Palästina führen, durch den sich die Sicherheitslage Israels und aller Nachbarstaaten verbessert. Hierzu gehört auch der Verzicht auf Terrorismus, wie er von Teilen der Hamas betrieben wird, und die unwiderrufliche Anerkennung des Existenzrechtes Israels durch ihre politischen Führer. Allein unter diesen Voraussetzungen können Sie sich vorstellen, Palästina eine Aufnahme in die UN „in Aussicht zu stellen“. Falls das Aufnahmeversprechen nicht aus dem Resolutionsentwurf gestrichen wird, möchten Sie in jedem Fall die obigen Bedingungen mit einem Änderungsantrag darin verankern.

Rollenkarte Russische Föderation

Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat - Vetomacht	
Lage	im östlichen Teil Europas und im nördlichen Teil Asiens
Einwohnerzahl	143,3 Millionen
Hauptstadt	Moskau
Sprache	Russisch
Religionen	russisch-orthodoxes Christentum (40%), Islam (7%), Judentum (0,3%)



Als Mitglied der Delegation der Russischen Föderation nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Die Russische Föderation, das flächenmäßig größte Land der Erde, ist ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und Atommacht. Die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in der internationalen Politik wird von Ihnen in Frage gestellt. Sie verstehen sich selbst als Weltmacht und setzen sich daher dafür ein, die Macht im internationalen System wieder auf mehrere, verschiedene Akteure zu verteilen. Indem die Russische Föderation ihre Interessen pragmatisch verfolgt, versucht Ihr Land bei dieser Neuverteilung die eigene Position zu stärken. Die wirtschaftliche Stellung Ihres Landes ist stark abhängig von den Einnahmen, die durch den Handel von Erdöl, Erdgas und Kohle erwirtschaftet werden. Als wichtigen Einflussbereich sehen Sie die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Ost-Europa. Mit der Gründung einer eurasischen Wirtschaftsunion in dieser Region verfolgen Sie das Ziel, ein neues Kraftzentrum zwischen China und der Europäischen Union (EU) zu schaffen. Aber auch mit China selbst versuchen Sie, die Zusammenarbeit immer weiter zu vertiefen. Dies betrifft besonders Projekte im Energiebereich.

Ihre Beziehungen zur EU und den Vereinigten Staaten sind in letzter Zeit eher angespannt.

Dem UN-Sicherheitsrat kommt aus russischer Sichtweise eine ganz besondere Rolle bei der Lösung und Eindämmung von Konflikten zu. Als Vertreter der Russischen Föderation betonen Sie dabei oft die drei folgenden völkerrechtlichen Prinzipien: Erstens das Prinzip der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten, zweitens das Prinzip der Souveränität (= Eigenständigkeit) von Staaten und drittens das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Gerade das letzte Prinzip ist Ihnen im Moment besonders wichtig: Es besagt, dass jedes Volk selbst über seinen politischen Status bestimmen darf.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Die Russische Föderation ist zusammen mit der EU, den Vereinigten Staaten sowie den Vereinten Nationen Teil des sogenannten Nahost-Quartetts. Dieses hat sich zur Aufgabe gemacht, eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf übergeordneter, internationaler Ebene zu erzielen. In dessen Rahmen haben Sie bei der Entwicklung eines Friedensfahrplans („Roadmap“) mitgewirkt. Er sollte Verhandlungen hin zu einer Zwei-Staaten-Lösung den Weg bereiten. Die Umsetzung der „Road Map“, die unter anderem eine baldige Zerschlagung palästinensischer Terrorgruppen und den Stopp des israelischen Siedlungsbaus vorsah, ist aber ins Stocken geraten. Sie kritisieren, dass die Vereinigten Staaten den Friedensprozess momentan alleine führen und fordern wieder eine größere Rolle für das Nahost-Quartett ein. Dabei halten Sie eine Kooperation des Quartetts mit der Gruppe der arabischen Staaten, genannt Arabische Liga, für besonders wichtig. In dieser sind unter anderem Marokko, Ägypten und Jordanien vertreten. Sie sind davon überzeugt: Wird der Konflikt nicht bald gelöst, führt dies zu einer weiteren Destabilisierung der Region und auch die extremistischen Kräfte werden weiter gestärkt. Dies zu vermeiden ist ein großes Anliegen Ihres Staates. Deshalb setzen Sie sich selbst aktiv als Vermittler ein.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Die Russische Föderation hat traditionell gute Beziehungen zu der palästinensischen Seite und erkennt Palästina als Staat an. Dabei haben Sie sowohl diplomatische Kontakte mit der Fatah als auch mit der radikalen Hamas, die das Existenzrecht Israels ablehnt und zum Beispiel von den Vereinigten Staaten und der EU als Terrororganisation eingestuft wird. Einen Kontakt aus kritischer Distanz zur Hamas sehen Sie als wichtig an, um auf eine Lösung im Nahost-Konflikt hinzuwirken. Die Russische Föderation steht zugleich für das Existenzrecht Israels ein und hat gerade in der letzten Zeit seine Beziehungen zu Israel deutlich verbessert. Die beiden Staaten kooperieren sowohl im militärischen als auch wirtschaftlichen Bereich immer enger miteinander.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Ihr Ziel ist es, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen, indem ein lebensfähiger palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 geschaffen wird. Dieser soll sowohl das Westjordanland als auch den Gaza-Streifen einschließen. Als Hauptstadt schlagen Sie Ost-Jerusalem vor.

Israelische Siedlungspolitik

Im Konflikt um die israelische Siedlungspolitik hält die Russische Föderation den Bau von neuen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten im Westjordanland und Ost-Jerusalem für völkerrechtlich illegal. Sie befürchten, dass die in der Roadmap angestrebte Zwei-Staaten-Lösung unmöglich wird. Deshalb muss Israels Vorgehen durch die neue Resolution auf jeden Fall verurteilt werden. Sie werden versuchen, einen entsprechenden Änderungsantrag durchzusetzen.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

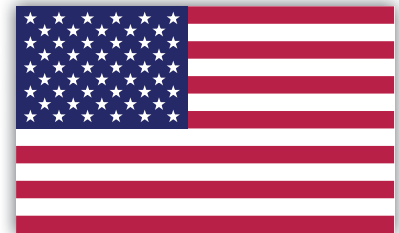
Sie rufen sowohl die Israelis als auch die Palästinenser zum Gewaltverzicht auf, um die Situation nicht weiter eskalieren zu lassen. Ihre Vision für die Zukunft ist ein eigenständiger palästinensischer Staat, der gemeinsam mit Israel in Frieden und Sicherheit existiert. Um diese Vision zu verwirklichen, schlagen Sie vor, sobald wie möglich eine UN-Friedensmission in die Region zu entsenden. Diese wird weitere Gewalt zwischen den Konfliktparteien verhindern und somit für Stabilität in der ganzen Region sorgen. Kontraproduktive Strafmaßnahmen von Israel gegenüber den Palästinensern wie die Blockade des Gaza-Streifens könnten dadurch ebenfalls überwunden werden. Für einen entsprechenden Änderungsantrag werden Sie vor allem bei den anderen ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates um Unterstützung werben.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Die Russische Föderation setzt sich für eine sofortige Aufnahme Palästinas in die Vereinten Nationen ein. Denn die mit einer vollwertigen Aufnahme in die UN verbundene nationale Unabhängigkeit Palästinas wird helfen, eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu erreichen. Zugleich sind Sie der Meinung, dass eine Aufnahme mit der Forderung verknüpft werden sollte, dass die beiden palästinensischen Gruppierungen Hamas und Fatah stärker zusammenarbeiten. Es sollte eine palästinensische Regierung geben, die sowohl im Gaza-Streifen als auch im Westjordanland über Autorität verfügt.

Rollenkarte USA

Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat – Vetomacht	
Lage	Nordamerikanischer Kontinent
Einwohnerzahl	320 Millionen
Hauptstadt	Washington, D.C.
Sprache	Englisch
Religionen	Protestanten (37 %) , Katholiken (23 %), Juden (2 %), Muslime (0,8%)



Als Mitglied der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika (engl. United States of America, USA) nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Die Vereinigten Staaten von Amerika sehen sich auf internationaler Ebene in einer globalen Führungsrolle. Grundsätzlich setzen Sie sich für die Stärkung einer internationalen Diplomatie ein, in der die beteiligten Länder partnerschaftlich zusammenarbeiten. Gleichzeitig schrecken Sie aber nicht davor zurück, zur Durchsetzung US-amerikanischer Interessen auch alleine zu handeln. Die UN nehmen in Ihrer Außenpolitik eine wichtige Rolle ein. Als eine von fünf Vetomächten haben Sie eine besondere Verantwortung für den Weltfrieden. Auf Grund ihrer herausragenden Stellung in der internationalen Politik sind die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika für die Außenpolitiken aller Staaten der Welt und die Weltpolitik im Gesamten von großer Bedeutung. Die transatlantischen Beziehungen zu Europa, insbesondere zu den westeuropäischen Partnern wie dem Vereinigten Königreich und Frankreich sind ein wichtiger Grundpfeiler der US-amerikanischen Außenpolitik. Ihre Beziehungen zur Russischen Föderation haben sich in letzter Zeit merklich verschlechtert. Trotz der starken Spannungen zwischen beiden Staaten sehen Sie durchaus wichtige Bereiche beiderseitigen Interesses (z.B. nukleare Abrüstung), in denen Sie zur Zusammenarbeit mit Moskau weiterhin bereit sind. Die Beziehungen zu Australien sind eng und freundschaftlich. Der Aufstieg der Volksrepublik China ist eine der größten strategischen Herausforderungen für die US-Außenpolitik. Entsprechend spielen die US-chinesischen Beziehungen eine wichtige Rolle in Ihrer außenpolitischen Agenda. Vermehrt verlangen Sie von China auch die Übernahme von internationaler Verantwortung in wichtigen globalen Fragen. Im Nahen und Mittleren Osten sind die Vereinigten Staaten ein wichtiger Akteur in den politischen Entwicklungen. Hier sind Jordanien und Ägypten mit Blick auf die Nachbarschaft zu Israel, den Kampf gegen Terrorismus und die Stabilität in der Region unverzichtbare Partner. Die Zusammenarbeit mit diesen Staaten ist für Sie sehr bedeutend, da viele andere Staaten in der Region Ihnen skeptisch gegenüber stehen oder Sie gar als Feind betrachten. Die Beziehungen zum Iran sind belastet und kühl.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel bestehen sehr enge Beziehungen. Sie waren der erste Staat, der Israel bereits am Tag seiner Unabhängigkeitserklärung 1948 anerkannte. Sie verstehen sich als „Schutzmacht“ Israels und garantieren dem jüdischen Staat, im Falle einer existenziellen Bedrohung für seine Sicherheit einzustehen. Dabei sehen Sie einen direkten Zusammenhang zwischen der Existenzsicherung Israels und Ihrer eigenen Sicherheit in der Welt. Bei aller Verbundenheit meiden Sie im Falle des Falles aber nicht die politische Auseinandersetzung, sollte die israelische Politik Ihren eigenen Interessen und Zielen widersprechen. Ihre Israel-Politik ist von vier Leitlinien gekennzeichnet: Erstens unterstützen Sie Israel in seinen sicherheits- und verteidigungspolitischen Aktivitäten massiv. Zweitens versuchen Sie die Legitimität Israels in der internationalen Staatengemeinschaft zu stärken, indem Sie beispielsweise israelkritische Resolutionen im UN-Sicherheitsrat tendenziell ablehnen. Drittens setzen Sie sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, da diese Ihrer Ansicht nach die Sicherheit Israels verbessern würde. Viertens versuchen Sie, Israel durch intensive Wirtschaftsbeziehungen

ökonomisch zu stärken. Auch in Zukunft sehen Sie sich als starker und zuverlässiger Unterstützer Israels.

Zwischen palästinensischen Vertretern und den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es keine offiziellen diplomatischen Beziehungen, wenngleich Sie den Gesprächsaustausch mit politischen Vertretern des palästinensischen Volkes im Einklang mit Ihren politischen Zielen immer wieder aufnehmen. Sie erkennen Palästina nicht als Staat an und lehnen auch dessen internationale Anerkennung zum jetzigen Zeitpunkt ab. Zu gering ist die palästinensische Staatlichkeit derzeit ausgebildet. Die Staatsstrukturen sind zu schwach und keine politische Kraft in Palästina kann als Garant für die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gelten. Dies stellt ein großes Sicherheitsrisiko dar.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Sie teilen die Vision einer Zwei-Staaten-Lösung, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite friedlich in Sicherheit und innerhalb anerkannter Grenzen leben. Sie gestehen dem palästinensischen Volk sein Selbstbestimmungsrecht zu und unterstützen den Aufbau eines souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staates. Grundlage für die Grenzziehung bilden für Sie die Grenzen, die bis 1967 bestanden. Aufgrund der vielen Gebietsverschiebungen in den letzten Jahrzehnten kann die „Grüne Linie“ aber einzig einen Orientierungspunkt darstellen. Ein begrenzter, gegenseitig anerkannter Austausch von Landflächen ist deshalb unverzichtbar. Er muss einen territorial zusammenhängenden palästinensischen Staat ermöglichen. Ost-Jerusalem sollte Teil eines zukünftigen Staates Palästina sein. Zugleich ist davon abzusehen, den Ostteil der Stadt vorzeitig als Hauptstadt festzulegen. Die Verhandlungsbemühungen mit der israelischen Seite werden dadurch nur erschwert. Israel beharrt bis jetzt darauf, dass Jerusalem die ungeteilte Hauptstadt Israels sein soll. Ein Kompromiss in dieser Frage würde Ihrer Ansicht nach durch vorschnelle Vorgaben von außen verhindert.

Israelische Siedlungspolitik

Wiederholt haben Sie öffentlich Ihr Missfallen über die israelische Siedlungspolitik und die Baumaßnahmen in Ost-Jerusalem geäußert. Als einseitige Handlungen laufen sie allen Friedensbemühungen zuwider und untergraben die Lebensfähigkeit eines zukünftigen palästinensischen Staates. Dennoch haben die Vereinigten Staaten bis jetzt darauf verzichtet, Israel über einen Beschluss des Sicherheitsrates für seine Siedlungspolitik zu verurteilen. Dies geht darauf zurück, dass Ihrer Ansicht nach solch eine Verurteilung schädlich für die Verhandlungsbereitschaft von Israel wäre.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

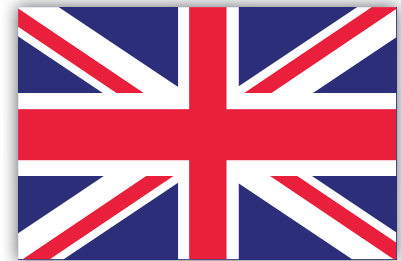
Die Vereinigten Staaten von Amerika sind besorgt über die anhaltende Gewalt und fortwährenden Provokationen und fordern von beiden Konfliktparteien Gewaltverzicht. Insbesondere aber verurteilen Sie mit Nachdruck die Raketenangriffe auf Israel durch die Hamas aus dem Gazastreifen. Ausdrücklich unterstützen Sie Israels Recht, im Namen der Selbstverteidigung militärisch gegen radikale Palästinenser vorzugehen. Kein Staat der Welt kann Raketenbeschuss und Terrorangriffe auf seine Bevölkerung tolerieren. Sie unterstützen Israel darin, seine Sicherheit mit allen nötigen Mitteln zu verteidigen. Gleichzeitig gilt es aber auch die palästinensische Zivilbevölkerung vor Leid zu schützen. Die Hamas stufen Sie als terroristische Organisation ein. Deshalb streben Sie gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich und weiteren Unterstützern eine offizielle Verurteilung der Hamas und anderer terroristischer Gruppen an. Diese möchten Sie in der Resolution ausdrücklich festschreiben. Aus Ihrer Sicht sollte dies im Interesse aller Beteiligten sein; untergräbt die Hamas mit Ihren terroristischen Aktionen doch die Bemühungen aller Länder, die sich ernsthaft um einen dauerhaften Frieden in der Region bemühen.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

Die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die UN-Vollversammlung lehnen Sie ab. Eine friedliche Lösung des Konfliktes ist aus Ihrer Sicht aber nur durch direkte Verhandlungen der Konfliktparteien und schmerzhaft Kompromisse möglich. Deshalb treten Sie mit Nachdruck für eine Streichung des entsprechenden Abschnittes in der Resolution ein. Gemeinsam mit Australien und weiteren Unterstützern werden Sie hierzu einen Änderungsantrag einbringen.

Rollenkarte Vereinigtes Königreich

Ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat - Vetomacht	
Lage	Insel im Nordwesten Europas
Einwohnerzahl	63 Millionen
Hauptstadt	London
Sprache	Englisch
Religionen	Protestanten (49%), Katholiken (13%), Muslime (3%)



Als Mitglied der Delegation des Vereinigten Königreichs nehmen Sie an der Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (engl. United Nations, UN) teil und vertreten die Interessen dieses Landes.

1. Internationale Beziehungen

Das Vereinigte Königreich hat das Selbstverständnis, ein global agierender Akteur mit bedeutender Macht in der Weltpolitik zu sein. Sie sind Mitglied in zahlreichen internationalen Organisationen und Teil der Europäischen Union (EU). Außerdem sind Sie ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Besonders eng ist das Vereinigte Königreich mit den Vereinigten Staaten verbunden, mit denen Sie kulturelle und historische Wurzeln teilen. Von den europäischen Staaten ist Frankreich neben Deutschland Ihr wichtigster Partner. Das Verhältnis zur Russischen Föderation ist dagegen derzeit eher angespannt.

Auch zu Argentinien besteht ein angespanntes Verhältnis. Mit Argentinien streiten Sie sich um die Falklandinseln. Diese kleine Inselgruppe liegt vor Argentinien. Sie sind derzeit britisches Staatsgebiet, Argentinien beansprucht die Inselgruppe aber für sich. Für die Zukunft sucht das Vereinigte Königreich zudem verstärkt Kontakte auf dem Asiatischen Kontinent. Vor allem die Volksrepublik China soll hier ein starker Partner werden.

2. Positionen im israelisch-palästinensischen Konflikt

Als Mitgliedstaat der EU sind Sie indirekt auch Teil des Nahost-Quartetts. Dieses Quartett, bestehend aus den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation, der EU und den UN, hat sich zum Ziel gesetzt, den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern aktiv zu befördern. Sie sehen einen engen Zusammenhang zwischen dem israelisch-palästinensischen Friedensprozess und Ihrer eigenen Sicherheit. Deshalb steht der Konflikt auch weit oben auf Ihrer außenpolitischen Agenda. Das Vereinigte Königreich setzt sich stark für Verhandlungen und eine friedliche Konfliktlösung ein. Ihnen ist es dabei wichtig, dass der Sicherheitsrat durch eine Resolution die Eckpunkte für den weiteren Friedensprozess festlegt. Zugleich ist zu beachten, dass diese Rahmenbedingungen für die Vereinigten Staaten und Israel vertretbar sein müssen.

Verhältnis zu Israel und Palästina

Der Staat Israel wurde bereits am 28. April 1950 und damit nur zwei Jahre nach seiner Gründung vom Vereinigten Königreich anerkannt. Im Laufe der Jahre haben Sie Ihre Beziehungen zu Israel immer weiter ausgebaut und vertieft. Das Vereinigte Königreich hatte schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen eine besondere Beziehung zu dem Gebiet, auf dem sich heute der Staat Israel befindet. Das Vereinigte Königreich verwaltete die damals vorrangig arabisch bewohnten Landflächen. Es gestattete jüdischen Siedlern einzuwandern, um die Gründung eines jüdischen Nationalstaates vorzubereiten. So besteht bis heute eine tiefe Verbundenheit und Dankbarkeit zwischen den beiden Staaten, denn ohne die damalige britische Erlaubnis gäbe es den Staat Israel in seiner heutigen Form nicht. Palästina wurde hingegen vom Vereinigten Königreich bis jetzt nicht als Staat anerkannt. Als Voraussetzung für eine Anerkennung Palästinas sehen Sie die Räumung der momentan durch Israel besetzten Gebiete an. Nur so kann ein staatliches Gebilde entstehen, in dem die zukünftige palästinensische Regierung die volle staatliche Kontrolle innehat. Dies verlangt jedoch direkte Verhandlungen

zwischen der palästinensischen und der israelischen Seite. Denn ohne israelisches Einverständnis wird die Besatzung nicht beendet werden.

Grenzverlauf und Gebietsaufteilung

Sie sind überzeugt, dass sich Israels Sicherheitsbedürfnis und das Streben der Palästinenser nach einem eigenen Staat miteinander vereinen lassen. Deshalb verfolgt das Vereinigte Königreich das Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung. Die Zwei-Staaten-Lösung muss sich an den Grenzen, die bis 1967 galten, orientieren. Um die Lebensfähigkeit und Sicherheit beider staatlicher Gebilde zu erhöhen, sollte zudem der gleichwertige Austausch von Landflächen angestrebt werden. In den Verhandlungen gilt es ebenfalls Sicherheitsvereinbarungen zu treffen, die ermöglichen, dass ein Rückzug aus den palästinensischen Gebieten für Israel kein Sicherheitsrisiko darstellt. Weiterhin gilt es, in direkten Verhandlungen zu klären, wie Jerusalem die Hauptstadt zugleich von Israel und einem zukünftigen palästinensischen Staat sein kann. Auch in Zukunft werden Sie keine Mühen scheuen, um Ihre Vision für den Nahen Osten Realität werden zu lassen: die Gründung eines eigenständigen, lebensfähigen Staates Palästina, der in Frieden neben einem in seiner Existenz anerkannten Staat Israel besteht.

Israelische Siedlungspolitik

Die israelischen Siedlungen hält das Vereinigte Königreich nach internationalem Recht für illegal, da sie auf einem Gebiet errichtet werden, welches Israel kriegerisch erobert hat. Die Siedlungen behindern darüber hinaus den Friedensprozess und die Zwei-Staaten-Lösung. Insbesondere der Bau neuer Siedlungen gefährdet aus britischer Sichtweise die Zwei-Staaten-Lösung. Daher möchten Sie in der Resolution die Forderung verankern, dass der Siedlungsbau umgehend eingestellt werden muss. Darüber hinaus sind Siedlungen, die seit 2001 errichtet wurden, aufzulösen.

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Sie unterstützen ausdrücklich Israels Recht zur Selbstverteidigung vor terroristischen Angriffen. Gleichzeitig drängen Sie Israel nachdrücklich zu einem angemessenen Verhalten und einer Verringerung der Gewaltanwendung gegenüber den Palästinensern – vor allem zivile Opfer müssen verhindert werden. Ebenso fordern Sie von Israel, die Blockade des Gazastreifens zu beenden. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung der palästinensischen Gebiete ist für die Menschen in den betroffenen Zonen von größter Bedeutung. Sie erhöht letztlich auch die Sicherheit Israels, da eine gute wirtschaftliche Perspektive einer Radikalisierung der palästinensischen Bevölkerung entgegengewirkt. Zusätzlich sollte Israel die palästinensische Bevölkerung bei der Versorgung mit Wasser und Strom unterstützen. Die Hamas lehnen Sie als Terrororganisation ab und verurteilen auch die ständigen Raketenangriffe auf Israel. Deswegen arbeiten Sie zusammen mit den Vereinigten Staaten und anderen Unterstützern daraufhin, dass die Verurteilung der Raketenangriffe ausdrücklich in die Resolution aufgenommen wird und die Hamas darin eindeutig als Terrororganisation benannt wird.

Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied

In vergangenen UN-Abstimmungen haben Sie den Aufnahmeprozess Palästinas in die UN nicht aktiv unterstützt. Auch jetzt möchten Sie einer Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die UN-Vollversammlung nicht zustimmen, weil Sie die dafür nötigen Voraussetzungen nicht gegeben sehen. Diese Voraussetzungen gilt es in direkten Verhandlungen zwischen den beiden Konfliktparteien zu schaffen, um eine Zwei-Staaten-Lösung Realität werden zu lassen. Sobald diese Voraussetzungen erfüllt sind, können Sie sich eine Aufnahme Palästinas in die UN durchaus vorstellen. Zusammen mit Ihren europäischen und internationalen Partnern sind Sie bereit, die israelische und palästinensische Seite gleichermaßen im Verhandlungsprozess nach Kräften zu unterstützen.



Rollenkarte Vorsitz

Als Vorsitz der Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum israelisch-palästinensischen Konflikt sind Sie für die Leitung der Sitzung verantwortlich.

Ziel der Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates ist die Verabschiedung einer Resolution zum israelisch-palästinensischen Konflikt. Ihre **Aufgabe** als Vorsitz ist es, die Sitzung des UN-Sicherheitsrates zu strukturieren. Sie sorgen dafür, dass die Debatten und Abstimmungen in einer geregelten wie würdevollen Weise ablaufen. Sie haben das Recht, das Wort zu erteilen und zu entziehen, die Sitzungsteilnehmenden auf die Einhaltung der Verfahrensregeln zu verpflichten sowie auf die Einhaltung des Zeitplans zu bestehen.

Als Vorsitz tragen Sie eine besondere Verantwortung für das Gelingen und den reibungslosen Ablauf der Sitzung. Eine gute Vorbereitung auf die Rolle ist deshalb besonders wichtig.

Erste offizielle Sitzung:

Ziel der ersten offiziellen Sitzung ist die Vorstellung der grundlegenden Länderpositionen. Als Vorsitz eröffnen Sie die Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum israelisch-palästinensischen Konflikt und erteilen jeweils den Rednern das Wort. Sie haben folgende Aufgaben:

- Nachdem die Delegierten den Raum betreten haben, werden sie von Ihnen im Stehen feierlich begrüßt (z.B. „Wohl geschätzte Delegierte, als Vorsitzende des Rates habe ich die Ehre, Sie herzlich willkommen zu heißen.“). Prüfen Sie dann die **Anwesenheit** aller Mitglieder des UN-Sicherheitsrates anhand der Länderliste (M 16). Jedes Land wird hierfür aufgerufen und muss mit einem deutlichen „Anwesend“ antworten. Nach der Feststellung der Anwesenheit aller Mitglieder eröffnen Sie formell die Sitzung: „Hiermit erklärt der Vorsitz die Sitzung für eröffnet.“
- Es folgt eine **kurze Begrüßungsrede**, mit der Sie das Thema und Ziel der anstehenden Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates erläutern („der Sicherheitsrat ist dem Weltfrieden verpflichtet“, „er sollte einen Beitrag zur friedlichen Konfliktlösung im Nahen Osten leisten“, „Rahmenbedingungen für einen Friedensschluss sollten geschaffen werden“, ...). Verweisen Sie darin kurz auf die zentralen Verhandlungspunkte des Resolutionsentwurfs (M 6).
- Danach folgen die **Eröffnungsreden der Delegierten**. Rufen Sie dafür in alphabetischer Reihenfolge die Staatenvertreter auf, um ihnen jeweils das Wort zu erteilen („Es folgt die Vertreterin des Landes Guatemala ... Sie haben das Wort.“). Wenn ein Staat zum Redepult tritt, soll sich immer der nächstfolgende Staat in der Nähe des Pultes bereit halten. Wenn nötig, weisen Sie zwischenzeitlich daraufhin, dass die diplomatische Sprache eingehalten wird. Wenn ein Staat länger als die vorgesehenen 1:30 Min. redet, machen Sie ihn mit einem kurzen „Bitte kommen Sie zum Schluss.“ darauf aufmerksam. Anträge auf Nachfrage oder Rederecht sind für die erste Sitzung nicht vorgesehen.
- Am Ende der Eröffnungsreden weisen Sie die Länderdelegationen darauf hin, dass sie in der anschließenden informellen Sitzung **Änderungsanträge** erarbeiten sollen und diese mit dem entsprechenden Formblatt (M 4) bei Ihnen einreichen können. Heben Sie hervor, dass ein Antrag nur gültig ist, wenn der einbringende Staat und zwei Unterstützerstaaten darauf vermerkt sind. Fragen Sie, ob es noch „Anträge zum Verfahren“ gibt, also Nachfragen zum weiteren Verlauf. Danach kündigen Sie an, wann die offizielle Sitzung wieder aufgenommen wird, und verweisen formell auf die Unterbrechung: „Hiermit erklärt der Vorsitz die Sitzung für unterbrochen.“

Erste informelle Verhandlungen:

Die ersten informellen Verhandlungen bieten den Länderdelegationen die Gelegenheit, in Kleingruppen Änderungsanträge zu erarbeiten, um den Resolutionsentwurf nach den eigenen Interessen zu verändern. Sie bereiten die eingereichten Änderungsanträge für die Bearbeitung in der anschließenden zweiten offiziellen Sitzung vor:

Prüfen Sie die Änderungsanträge auf **Vollständigkeit**. Dies betrifft vor allem formelle Punkte (klare Angabe, was wo

geändert werden soll; ausreichende Anzahl an Unterstützerstaaten). Sie können einen Staat aber auch um die Überarbeitung des Antrags bitten, wenn seine Formulierungen unklar oder grammatikalisch falsch sind.

- **Ordnen und nummerieren Sie die Änderungsanträge.** Sie orientieren sich dabei an der zu ändernden Zeile: z.B. Änderungsantrag zu Zeile 10 vor dem zu Zeile 23. Wenn sich Anträge auf dieselbe Zeile bzw. denselben Punkt beziehen, machen Sie dies mit ihrer Nummerierung kenntlich (Änderungsantrag 1.1 und 1.2. statt 1 und 2). Wenn ein Änderungsantrag eingereicht wird, der mit einem bereits eingereichten Antrag identisch ist, können Sie diesen zurückweisen. Die Antragsteller können sich aber dem früher eingereichten Antrag anschließen.
- Bei Änderungsanträgen, die sich auf dieselbe Zeile bzw. denselben Punkt beziehen, prüfen Sie, ob **unterschiedlich weit reichende (A) oder gegensätzliche (B) Vorschläge** vorliegen. Jeweils ist ein eigenes Abstimmungsverfahren notwendig, das weiter unten erklärt ist.

Zweite offizielle Sitzung

Ziel der zweiten offiziellen Sitzung ist es, über eingegangene Änderungsanträge zu diskutieren und anschließend über Änderungen des Resolutionsentwurfes abzustimmen. In der zweiten offiziellen Sitzung haben Sie folgende Aufgaben:

- Begrüßen Sie die Länderdelegationen im Plenum und nehmen Sie die Sitzung formell wieder auf: „Hiermit erklärt der Vorsitz die Wiederaufnahme der Sitzung.“
- Wiederholen Sie für die Länderdelegationen zusammenfassend die Verfahrensregeln (M 5).
- Für die Bearbeitung der Änderungsanträge gehen Sie in der Regel wie folgt vor:
 - Fordern Sie den Einbringer-Staat auf, den Änderungsantrag kurz vorzustellen („Wir kommen nun zu Änderungsantrag Nr. 1. Er bezieht sich auf Zeile 5 des Resolutionsentwurfs. Guatemala, ich bitte Sie um die Erläuterung ihres Antrags.“)
 - **Pro-/Contra-Rede:** Im Anschluss fragen Sie nach einem Staat, der zum behandelten Antrag eine Pro-Rede halten möchte. Wenn sich niemand meldet, kann der Vorsitz hierfür einen der Unterstützerstaaten ernennen. Danach sollte ein Staat eine Contra-Rede halten. Wenn sich niemand meldet, können Sie hierum einen Staat bitten, bei dem Sie mit einer Contra-Haltung rechnen (siehe hierfür auch die Tabelle mit der Übersicht zu den Länderpositionen M 12).
 - **Umgang mit dem Rederecht:** Fragen Sie nach jeder Rede, ob die anwesenden Länderdelegationen einen Antrag auf Nachfrage, Rederecht oder Verfahren stellen möchten. Anträge auf Verfahren werden als erstes behandelt. Danach kommen Anträge auf Nachfrage. Anträge auf Rederecht werden erst behandelt, wenn die Pro- und Contra-Reden gehalten worden sowie mögliche Nachfragen abgeschlossen sind. Wenn es in Bezug auf einen Antrag immer wieder neue Anträge auf Rederecht gibt, können Sie ankündigen, dass die Redeliste zum betroffenen Antrag gleich geschlossen wird. Dies bedeutet, dass Sie nur noch die in diesem Moment gestellten Anträge auf Rederecht aufnehmen und danach die Redeliste „schließen“. Während der Abarbeitung der Redeliste dürfen dann nur noch Anträge auf Nachfrage oder Verfahren gestellt werden. Wenn ein Antrag auf Nachfrage nicht für eine Frage, sondern einen Redebeitrag genutzt wird, unterbrechen Sie die Rednerin.
 - **Reguläre Abstimmung:** Ist die Diskussion über einen Änderungsantrag abgeschlossen, wird wie folgt abgestimmt: Sie rufen kurz in Erinnerung, worüber abgestimmt wird („Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 1. Mit ihm soll in Zeile 5 eingefügt werden, dass ...“). Dann fragen Sie nacheinander nach Für-Stimmen, Gegen-Stimmen sowie Enthaltungen („Wer stimmt für Änderungsantrag Nr. 1? ... Wer stimmt gegen Änderungsantrag Nr. 1? .. Wer enthält sich?“). Um abzustimmen heben die Delegierten entsprechend ihr Länderschild. Es gelten die in den Verfahrensregeln festgeschriebenen Abstimmungsregeln. Eine Abstimmung ist nur zulässig, wenn sich alle Staaten beteiligt haben; Pro-Stimmen, Contra-Stimmen und Enthaltungen müssen deshalb insgesamt 15 ergeben. Nach der Abstimmung verkündet der Vorsitz das

Ergebnis: „Der Änderungsantrag Nr. 1 wurde mit 10 Pro-Stimmen angenommen.“

- **Besondere Abstimmungsverfahren** bei gegensätzlichen oder unterschiedlich weit gehenden Anträgen:

„**Vorrang des weitest gehenden Antrags**“ (A): Wenn zwei oder mehr Anträge unterschiedlich „stark“ zu einem Punkt formuliert sind, sollte mit dem „stärksten“, also dem weitest gehenden begonnen werden. Wenn dieser angenommen wird, entfällt die Abstimmung der anderen weniger weit gehenden Anträge. Jeder der betroffenen Anträge wird vor der Abstimmung vom jeweiligen Einbringer-Staat erläutert. Auf die anschließenden Pro- und Contra-Reden wird verzichtet. Stattdessen folgt auf die Einbringung der Anträge eine offene Debatte zum jeweiligen Streitpunkt.

„**gegeneinander abstimmen**“ (B): Machen zwei Anträge zur selben Stelle gegensätzliche Änderungsvorschläge, werden sie zuerst „gegeneinander“ abgestimmt. Dies bedeutet, dass geprüft wird, wie viele Staaten für den ersten und wie viele Staaten für den zweiten Antrag sind. Über den Antrag, für den die meisten Staaten gestimmt haben, wird dann eine normale Abstimmung durchgeführt (Pro, Contra, Enthaltung). Das „Gegeneinander-Abstimmen“ wird eingeleitet, indem beide Anträge durch die Einbringer-Staaten erläutert werden. Statt Pro- und Contra-Reden folgt direkt eine offene Debatte. Vor der Abstimmung über den bevorzugten Antrag wird allein gefragt, ob es noch Redebeiträge hierzu gibt (keine erneute Einbringung).

- Falls Sie einzelne Delegierte zur Ruhe mahnen müssen, bewahren Sie Ihren diplomatischen Ton: „Die Vorsitzende weist die Delegation der Vereinigten Staaten daraufhin, die Nebengespräche einzustellen.“ oder „Ich bitte das Haus zur Ordnung zu kommen.“
- Bevor Sie die zweite offizielle Sitzung „unterbrechen“, kündigen Sie an, wann die Sitzung wieder aufgenommen wird. Weisen Sie daraufhin, dass weiterhin Anträge gestellt werden dürfen.

Zweite informelle Verhandlungen

Die zweite informelle Verhandlungsrunde dient den Länderdelegationen zur Erarbeitung weiterer Änderungsanträge. Sie nehmen erneut die Anträge entgegen und **bereiten außerdem eine Abschlussrede vor**. Mit dieser werden Sie die Sondersitzung nach der Abstimmung über die Resolution beenden. Bedenken Sie in der Vorbereitung, dass sowohl ein Scheitern als auch die Annahme der Resolution durch den UN-Sicherheitsrat denkbar ist.

Dritte offizielle Sitzung (inkl. Endabstimmung)

Ziel der dritten offiziellen Sitzung ist es, wie in der zweiten über eingegangene Änderungsanträge zu diskutieren und anschließend über sie abzustimmen. Abschließend wird über den (abgeänderten) Resolutionsentwurf als Ganzes abgestimmt. Hierfür gehen Sie wie folgt vor:

- **Sie lesen den abschließenden Resolutionstext vor** und weisen dabei auf die aus der Sitzung hervorgegangenen Änderungen hin.
- Die Staaten werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und nacheinander nach ihrem Votum befragt. Erst wenn jeder Staat sich geäußert hat, verkündet der Vorsitz das Ergebnis der **Abstimmung über die ganze Resolution**.
- Schließen Sie die Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum israelisch-palästinensischen Konflikt mit einer **Abschlussrede**. Dabei gehen sie auf das Ergebnis des Sondergipfels und dessen Verlauf ein. Sie würdigen den Einsatz der Staaten für einen möglichst breit getragenen Kompromiss und loben die erzielten Einigungen. Wenn die Resolution als Ganzes abgelehnt wurde, sollten sie die Punkte in Erinnerung rufen, zu denen ein erstes Einverständnis erzielt wurde. Danach erklären Sie die Sitzung „offiziell für beendet“.

Redemanuskript

Arbeitsauftrag

Arbeitsauftrag: Schreiben Sie für Ihr Land eine Eröffnungsrede. Nehmen Sie darin auf den vorliegenden Resolutionsentwurf Bezug und machen Sie die Positionen Ihres Landes zum Konflikt deutlich. Bestimmen Sie eine Person, die die Rede vor dem Plenum vorträgt.

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Delegierte,

Israelisch-palästinensischer Konflikt allgemein

Verhältnis zu Israel und Palästina

Gebietsaufteilung und Grenzverlauf

Israelische Siedlungspolitik

Gewaltverzicht der Konfliktparteien

Aufnahme Palästinas als UN-Vollmitglied

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Verfahrensregeln

1. Allgemeines

a. Höflichkeitsform

Beginnen Sie Ihren Redebeitrag mit „Sehr geehrter Vorsitz, sehr geehrte Delegierte...“ Vergessen Sie nicht, während eines Redebeitrags aufzustehen und die Anwesenden zu siezen.

b. Keine Unterbrechung der Redner

Während der formellen Sitzung haben Sie die Möglichkeit verschiedene Anträge zu stellen (siehe 2.). Beachten Sie, dass jeder Antrag erst im Anschluss an den jeweiligen Redebeitrag behandelt wird. Allein der Vorsitz kann bei Verstößen gegen die Verfahrensregeln von seinem Recht Gebrauch machen, einen Redner zu unterbrechen.

c. Abstimmungsregeln

Zum Abstimmen heben Sie Ihr Länderschild deutlich. Hinweis: Damit ein Änderungsantrag angenommen wird, müssen bei 15 UN-Sicherheitsratsmitgliedern mindestens 9 Pro-Stimmen abgegeben werden und es darf keine Gegenstimme einer Veto-Macht vorliegen.

2. Anträge

Während der formellen Sitzung können Sie verschiedene Anträge stellen. Dies geschieht, indem Sie Ihr Länderschild heben und der Vorsitz Sie aufruft. Dann nennen Sie zuerst die Art Ihres Anliegens (siehe nächste Punkte). Daraufhin erteilt der Vorsitz Ihnen das Wort. Sie bedanken sich und bringen Ihren Antrag vor.

a. Antrag auf Rederecht - Grün

Wenn Sie vor dem Plenum zu sprechen wünschen, heben Sie das grüne Schild. Der Vorsitz nimmt Sie dann in die Redeliste auf. Ihre Position auf der Redeliste bestimmt, wann Ihnen in der Debatte das Wort erteilt wird.

b. Antrag auf Nachfrage - Rot

Dieser Antrag ermöglicht es Ihnen, eine Nachfrage zu einem gerade gehaltenen Redebeitrag zu stellen. Die Nachfrage muss sich auf die vorhergehende Rede beziehen und muss als Frage (nicht als Kommentar) formuliert sein. Der Vorgang läuft in vier Schritten ab: 1. Antrag auf Nachfrage. 2. Der Vorsitz fragt die ursprüngliche Rednerin, ob sie diese Nachfrage annimmt. 3. Falls die Nachfrage angenommen wird, darf die Frage gestellt werden (wenn nicht, dann nicht). 4. Es folgt die Beantwortung der Frage. Eine Nachfrage zur Nachfrage ist nicht gestattet.

c. Antrag zum Verfahren - Blau

Wenn Sie Fragen zu den Verfahrensregeln oder dem Ablauf der Sitzung haben, können Sie sich jederzeit (außer während eines Redebeitrags) mit diesem Antrag an den Vorsitz wenden. Nachdem Ihnen das Wort erteilt wurde, können Sie Ihre Frage stellen.

3. Änderungsanträge

Um den Resolutionsentwurf abzuändern, müssen Sie folgende Schritte beachten:

- Änderungswunsch auf dem Formblatt „Änderungsantrag“ notieren (verfügbar beim Vorsitz)
- Mindestens noch zwei weitere Unterstützerstaaten finden
- Änderungsantrag bis zur angekündigten Frist beim Vorsitz einreichen

Tipp: Das Stellen von Änderungsanträgen ermöglicht es Ihnen, Öffentlichkeit für Ihre Meinung zu schaffen und im besten Fall diese im Resolutionsentwurf zu verankern.

Resolutionsentwurf

1 Vereinte Nationen – Sicherheitsrat

S/Res 100 (M 6)

2

3

4

5



Resolutionsentwurf 100

6

Der Sicherheitsrat,

7

mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Besorgnis über die ernste Situation im Nahen Osten,

8

in erneuter Bekräftigung seiner Vision einer Region, in der zwei demokratische Staaten, Israel und Palästina,

9

Seite an Seite in einem gerechten und dauerhaften Frieden leben,

10

11

1. **betont**, dass ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten, auf folgenden Leitlinien basieren

12

sollte:

13

a) Friedensschluss und Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Staaten der Nahost-
Region;

14

15

b) Errichtung von sicheren und international anerkannten Grenzen,

16

17

2. **fordert** beide Seiten auf, die Bemühung um eine abschließende Regelung der Siedlungsfrage zu

18

intensivieren,

19

20

3. **fordert** von allen Konfliktparteien umgehend Gewaltverzicht und

21

verpflichtet die Palästinenser dazu, alle Formen des Terrorismus und seiner Organisationen zu

22

bekämpfen.

23

24

4. **stellt** Palästina die Aufnahme als Vollmitglied der Vereinten Nationen in Aussicht.

25

26

Änderungsantrag

Um den Resolutionsentwurf zu bearbeiten, können Sie einen Änderungsantrag schreiben. Ihr Änderungsantrag muss von mindestens zwei weiteren Staaten unterstützt werden. Reichen Sie ihn beim Vorsitz ein, wenn er vollständig ausgefüllt ist. Er wird dann in der nächsten formellen Sitzung besprochen.

Änderungsantrag

Abändern Streichen Einfügen

In Zeile(n): _____

Was soll geändert werden? (Es ist möglich einen Anhang hinzuzufügen!)

Einbringerstaat:

Unterstützerstaaten (mind. 2):

Um den Resolutionsentwurf zu bearbeiten, können Sie einen Änderungsantrag schreiben. Ihr Änderungsantrag muss von mindestens zwei weiteren Staaten unterstützt werden. Reichen Sie ihn beim Vorsitz ein, wenn er vollständig ausgefüllt ist. Er wird dann in der nächsten formellen Sitzung besprochen.

Änderungsantrag

Abändern Streichen Einfügen

In Zeile(n): _____

Was soll geändert werden? (Es ist möglich einen Anhang hinzuzufügen!)

Einbringerstaat:

Unterstützerstaaten (mind. 2):

Reflexionsphase

Ziel der Reflexion ist es, eine Verbindung zwischen Spiel und Realität herzustellen. Die im Zuge des Planspiels gewonnenen Eindrücke werden in einen größeren Zusammenhang eingeordnet und von den Schülern beurteilt. Hierfür sollte ausreichend Zeit eingeplant werden, da das erworbene Wissen ansonsten situativ gebunden bleibt.

Für das hier vorliegende Planspiel schlagen wir vier aufeinander aufbauende Reflexionsphasen vor (vgl. Plessner et al. 2011). Zunächst werden die eingenommenen Rollen symbolisch abgelegt und Distanz zur Rolle aufgebaut. Dann wird das Spiel thematisch auf der Ebene des gezeigten Spiels ausgewertet. Anschließend werden Bezüge zur Realität geschaffen und schließlich verschiedene inhaltliche Themen aus einer Metaperspektive betrachtet bzw. diskutiert.

Reflexionsfragen aus der Praxis

Im Folgenden finden Sie eine Sammlung von Fragen und Themen für die verschiedenen Phasen der Reflexion. Die Auswahl und ggf. nötige Abwandlungen sind natürlich vom jeweiligen Spielverlauf und dem Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler sowie den spezifischen Lernzielen abhängig.

1. Phase: Distanzierung von der Rolle

- Wie erging es euch während dem Planspiel? Habt ihr euch in euren Rollen wohlgefühlt? Gab es Momente, in denen ihr euch besonders gut/schlecht gefühlt habt? Warum?
- Wie liefen die Verhandlungen ab? Wurden alle Staaten miteinbezogen?

2. Phase: Thematische Auswertung auf der Spielebene

- Welche Ziele wurden von euch verfolgt? Welche wurden erreicht? Welche nicht?
- Als Veto-Macht: Konntet ihr alle eure Interessen durchsetzen? Warum oder warum nicht?
- Als Nicht-Veto Macht: Hattet ihr das

Gefühl, eure Interessen haben Gewicht? Warum oder warum nicht?

- Welche Strategien wurden von euch in den Verhandlungen eingesetzt?
- Hattet ihr eine feste Position oder hat sich eure Position im Laufe des Spiels geändert? Was hat euch dazu bewogen, eure Position zu verändern?

3. Phase: Realitätsbezug

In dieser Phase wird die Spielebene verlassen und versucht, einen Bezug zur Realität zu schaffen. Hierzu können reale UN-Resolutionen oder deren Entwürfe herangezogen werden. Von besonderem Interesse ist dabei die Sitzung des Sicherheitsrates zum Resolutionsentwurf S/2014/916 vom 30. Dezember 2014 (Links hierzu in M 9).¹

- Wie realistisch wurden die Rollen gespielt?
- Wie realistisch liefen die Verhandlungen ab?
- Wie realistisch ist das Ergebnis?

4. Phase: Meta-Perspektive

Ausgehend von den zuvor formulierten Lernzielen liegt der Fokus der letzten Phase auf der Reflexion und Beurteilung der Institution des UN-Sicherheitsrates. Dabei tritt der behandelte Konflikt in den Hintergrund, weshalb von einer Bewertung der Konfliktpositionen abgesehen wird.

Israelisch-Palästinensischer Konflikt:

- Welche unterschiedlichen Positionen gibt es?
- Welche Ansätze zur Konfliktlösung gibt es?

Internationale Politik:

- Wodurch wird das Verhalten der Staaten geprägt?
- Welche Rolle spielen machtpolitische Überlegungen, wirtschaftliche Beziehungen, kulturelle Verbundenheit oder innerstaatliche Gegebenheiten?

UN-Sicherheitsrat / UN:

- Eignet sich der UN-Sicherheitsrat als Forum zur Konfliktlösung? Welche Vor- und Nachteile gibt es?
- Wie ist die Handlungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrates zu beurteilen: Welche Möglichkeiten hat er? Welche Handlungsbeschränkungen gibt es?
- Wie kann die Handlungs- und Leistungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrates erhöht werden? Welche Reformoptionen gibt es?

nen für die internationale Konfliktlösung?“ Ihre Meinung machen sie mit einer Moderationskarte auf einer Positionslinie im Raum sichtbar. Auf die Karte notieren sie das zentrale Argument für die von ihnen eingenommene Position. Dadurch entsteht auf dem Boden ein Meinungs Panorama, welches in der Regel gute Anknüpfungspunkte für ein Gespräch über Reformoptionen bietet.

Für das Feedback im Anschluss an die inhaltliche Auswertung können Evaluationsbögen oder große Plakate genutzt werden. Auf letzteren können die Schüler notieren, was ihnen gefallen hat und was sie anders machen würden. Darüber hinaus kann mit Hilfe einer Skala abgefragt werden, wie sehr die Schüler folgender Aussage zustimmen würden: „Ich verstehe jetzt besser, wie der UN-Sicherheitsrat Konfliktlösung betreibt.“ Unterhalb der Skala lassen sich Punkte sammeln, die unklar blieben. Es empfiehlt sich, das Feedback mit einer Abschlussrunde zu beenden, während jeder einen Satz dazu formuliert, was sie oder er aus dem Tag mitnimmt.

Methoden

Damit die Reflexionsphase gewinnbringend ist, sollte sie methodisch abwechslungsreich gestaltet werden. Neben dem klassischen Lehrer-Schüler-Gespräch hat sich dessen Verbindung mit soziometrischen Übungen (wie z.B. der Positionslinie) in der Praxis bewährt. Hierbei stellen sich die Schüler gemäß ihrer Position entlang einer gedachten Linie im Raum auf. Die Endpunkte der Positionslinie stehen für volle Zustimmung oder Ablehnung. Von wesentlicher Bedeutung ist bei dieser Methode, dass nach jeder Aufstellung mindestens ein Schüler an den beiden Extremen und aus der Mitte ihre Position gegenüber der gesamten Klasse erläutern. Weiterhin können auch schriftliche Formen der Reflexion empfohlen werden, weil sie eine nachhaltige Fixierung des Reflexionsprozesses und der Spielergebnisse ermöglichen. In Abhängigkeit der jeweiligen Fragestellungen und Lernziele haben sich unter anderem das stille Schreibgespräch, die Zielscheibe und Kurzerörterungen als zielführend erwiesen. In der Praxis der LpB wird oft eine Kombination aus „Positionslinie“ und Kartenabfrage angewandt. Hierbei positionieren sich die Schüler zu folgender Frage: „Wie nützlich sind die Vereinten Natio-

Informationsquellen, Links und Literatur

Folgende Materialien finden sich auf www.planspiele.lpb-bw.de:

- Material (11) „Antrag auf ...“-Schilder: Zum Stellen der drei Anträge „Antrag auf Rederecht“, „Antrag auf Nachfrage“ und „Antrag zum Verfahren“ finden sich hier drei bunte Schilder, die das Antragstellen während des Planspiels erleichtern.
- Material (12) Positionsmatrix für den Vorsitz: Überblick für den Vorsitz, welches Land laut Dossier welche Position vertritt.
- Material (13) Formblatt Positionen: Formblatt, auf dem die Delegierten die Position ihres eigenen Staates und die der anderen notieren können, um so einen besseren Überblick zu erhalten.
- Material (14) Tabelle Änderungsanträge: Kann dafür genutzt werden, um beim Vorsitz eingegangene Änderungsanträge abzutippen.
- Material (15) Länderschilder: Die Tischschilder werden für eine realitätsnahe Sitzungsatmosphäre und zum Abstimmen benötigt. Die Schilder zum Anstecken erleichtern das gegenseitige Erkennen.
- Material (16) Länderliste: Die Liste der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates in alphabetischer Reihenfolge erleichtert die Arbeit des Vorsitzes.
- Material (17) UN-Flagge: Kann für die Dekoration des Raumes verwendet werden.

Thematische Informationen

Aktuelle Informationen zu allen Themen finden sich auf den Homepages der großen Tageszeitungen: www.zeit.de, www.sueddeutsche.de, www.faz.de, www.taz.de, ...

Mehr Länderinformationen

- Aktuelle politische und wirtschaftliche Informationen des Auswärtigen Amtes: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html
- Außerdem bieten viele Außenministerien gute Informationsquellen zur Positionierung des jeweiligen Landes bezüglich eines Konflikts.

Quellen und Informationen zu den Vereinten Nationen

- Basis-Information zum UN-Sicherheitsrat der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN): http://www.dgvn.de/fileadmin/publications/PDFs/Basis_Informationen/BI41_Friedenssicherung.pdf
- Homepage der Vereinten Nationen mit aktuellen Informationen und vielen interessanten Originaldokumenten: <http://www.un.org/en/index.html>

- Charta der Vereinten Nationen auf Deutsch: <http://www.unric.org/de/charta>
- Infografiken und -heft der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Vereinte Nationen: <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/vereinte-nationen/>
- Material des Auswärtigen Amts zur Reform des UN-Sicherheitsrats: http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/VereinteNationen/5_Reformen/ReformSR_node.html
- Artikel zu Reform und Perspektiven der Vereinten Nationen von Sven Bernhard Gareis (2011): <http://www.bpb.de/izpb/7476/reform-und-perspektiven-der-weltorganisation?p=all>
- Umfangreiches Übersichtswerk zu den Vereinten Nationen: Gareis, Sven Bernhard und Johannes Varwick. Die Vereinten Nationen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2014.

Quellen und Informationen zum israelisch-palästinensischen Konflikt

- Einführung zum Nahost-Konflikt der Landeszentrale für politische Bildung BaWü: <http://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt.html>
- Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Nahost-Konflikt: <http://www.bpb.de/internationales/asien/israel/45042/nahostkonflikt>
- Die UN und der Nahost-Konflikt: Basis-Informationen der DGVN: <http://www.dgvn.de/veroeffentlichungen/publikation/einzel/un-basis-informationen-44/>
- Aktuelle Informationen der UN zum Nahost-Konflikt: <http://www.un.org/apps/news/infocusRel.asp?infocusID=70&Body=Palestin&Body1=>
- Kurzes Erklärvideo von „Explain it“ zum Nahost-Konflikt (Dauer 3:42 min): <https://www.youtube.com/watch?v=DBguAJI1M-U>
- „Der Nahost-Konflikt - Eine Chronik der Gewalt“, eine Dokumentation des WDRs (Dauer 15:55 min): <http://www.planet-schule.de/sf/php/sendungen.php?sendung=8123>
- Originaldokumente der Vereinten Nationen zum israelisch-palästinensischen Konflikt, die auch oft als Quelle für die Länderdossiers dienen: <http://www.securitycouncilreport.org/un-documents/israelpalestine/>
- Dokumente zur Sitzung des UN-Sicherheitsrates 7354 vom 30.12.2014, während der über einen Resolutionsentwurf von Jordanien zum israelisch-palästinensischen Konflikt verhandelt wurde (nur in Englisch verfügbar):
 - Pressemitteilung der UN zur Sitzung: <http://www.un.org/press/en/2014/sc11722.doc.htm>
 - Abgelehnter Resolutionsentwurf S/2014/916: http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2014/916
 - Protokoll der Sitzung: http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PV.7354

Planspiele für Schüler

- Die Simulation hat Ihrer Klasse gut gefallen? Hier finden Sie eine Übersicht über weitere UN-Simulationen für Schüler und Studierende in Deutschland. Zum Beispiel MUNBW in Stuttgart oder die LakeMUN in Friedrichshafen: <http://www.model-un.de/de/was-ist-mun/>
- Eine sehr gute Anleitung für umfangreiche UN-Planspiele für Schulklassen findet sich hier: <http://www.model-un.de/de/mini-muns/>

Fachdidaktische Literatur

- Capaul, Roman und Ulrich, Markus. Planspiele - Simulationsspiele für Unterricht und Training, KLV Verlag, 2010.
- Frech, Siegfried, Kuhn, Hans-Werner, Massing, Peter. Methodentraining für den Politikunterricht I, Wochenschauverlag, 2010.
- Plessner, Ulrich und Jörg Schirrmeister. „Spielend lernen?! - Mit Planspielen Europakompetenz erwerben!“. In: Europa in der Schule, Perspektiven eines modernen Europaunterrichts, von Siegfried Frech, Jürgen Kalb und Karl-Ulrich Templ. Wochenschauverlag, 2014.

Glossar

Arabische Liga

Die Arabische Liga (auch: Liga der arabischen Staaten; LAS) ist eine 1945 in Kairo gegründete internationale Organisation von insgesamt 21 arabischen Staaten (u.a. Ägypten, Jordanien, Marokko) sowie dem international nicht vollständig anerkannten Staat Palästina. Neben der Interessenvertretung nach außen soll der Staatenverbund die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördern und ihre Unabhängigkeit und Souveränität schützen.

Arabische Friedensinitiative

Die im Jahre 2002 von der Arabischen Liga verabschiedete und im Jahre 2007 erneut bestätigte „Arabische Friedensinitiative“ gilt als eine bedeutende Initiative im Nahost-Friedensprozess. Sie legt die Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel fest. Kernelement ist eine vollständige Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten im Gegenzug zum vollständigen Rückzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten.

Fatah

Die Fatah ist eine politische Partei in den Palästinensischen Autonomiegebieten und die stärkste Fraktion innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Als Widerstands- und Kampforganisation gegen Israel im Jahre 1959 in Kuwait gegründet, erkennt sie heute das Existenzrecht des israelischen Staates an und hat sich verpflichtet, den Terrorismus als politisches Mittel aufzugeben. Ihr Einflussbereich erstreckt sich nach dem Bruch mit der Hamas heute vor allem auf das Westjordanland.

Generalversammlung

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen ist die Vollversammlung der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. Die Generalversammlung hat vielfältige Aufgaben, entscheidet unter anderem mit einer Zweit-Drittel-Mehrheit über die Aufnahme neuer Mitglieder nach einer Empfehlung durch den Sicherheitsrat. Jeder Mitgliedstaat verfügt in der Generalversammlung über eine Stimme.

Grüne Linie

Als Grüne Linie werden die Waffenstillstandslinien des Palästinakrieges von 1949 zwischen Israel und seinen Nachbarn bezeichnet. Sie bilden die Demarkationslinie zwischen Israel und den von Israel im Sechstagekrieg besetzten Gebieten (u. a. das Westjordanland, den Gazastreifen). In den Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern spielt die Grüne Linie deshalb eine wichtige Rolle, weil sie von den palästinensischen Verhandlungsdelegationen als Grundlage einer zukünftigen Grenzziehung zwischen einem Staat Palästina und Israel angesehen wird.

Hamas

Die Hamas ist eine sunnitisch-islamistische Palästinenser-Organisation und wurde 1987 als Zweig der Muslimbruderschaft und in Opposition zu existierenden palästinensischen Dachverbänden wie der PLO gegründet. Sie besteht aus den paramilitärischen Qassam-Brigaden, einem Hilfswerk und einer politischen Partei. Wandte sie sich lange Zeit mit ihrem militärischen Arm mit Selbstmordattentaten und anderen Angriffen gewaltsam gegen die israelische Zivilgesellschaft und den Staat Israel, nahm sie 2006 erstmals an demokratischen Wahlen zur Palästinensischen Autonomiebehörde teil. Seit ihrem Wahlsieg in 2006 übt die Hamas die politische und quasi-militärische Kontrolle im Gazastreifen aus, setzt aber auch ihre Aggressionen gegen innere Feinde wie die Fatah und äußere Feinde wie Israel unvermindert fort. Von vielen westlichen und einigen arabischen Staaten wird sie als terroristische Vereinigung eingestuft.

Nahost-Quartett

Mitglieder des sogenannten Nahost-Quartetts sind die Europäische Union (EU), die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die Russische Föderation und die Vereinten Nationen. Seit 2002 bildet es ein zentrales internationales Forum für die Bemühungen um einen dauerhaften Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt. Als Meilenstein gilt die Vorlage der Roadmap, die noch heute einen wichtigen Bezugspunkt im Nahost-Friedensprozess bildet. Insbesondere arabische Staaten werfen dem Quartett jedoch eine proisraelische Haltung vor.

Ost-Jerusalem

Als Ostjerusalem wird der Teil von Jerusalem bezeichnet, der seit dem Palästinakrieg 1948 von Jordanien besetzt war, bis er im Sechstagekrieg 1967 von Israel erobert wurde. Aus israelischer Sicht ist Ostjerusalem heute Teil des vereinigten Jerusalem einschließlich der Teile des Westjordanlandes, die von Israel zum Jerusalemer Stadtgebiet erklärt wurden. Die israelische Annexion Ost-Jerusalems wurde von der internationalen Staatengemeinschaft nie anerkannt und durch mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrats verurteilt. Im israelisch-palästinensischen Konflikt spielt Ost-Jerusalem deshalb eine wichtige Rolle, weil beide Konfliktparteien das Stadtgebiet als Teil ihrer (zukünftigen) Hauptstadt sehen.

Palästinensische Autonomiebehörde (PA)

Die Palästinensische Autonomiebehörde ist eine quasistaatliche Organisation, die nominell Regierungsfunktionen in den Palästinensischen Autonomiegebieten im Westjordanland und dem Gaza-Streifen ausübt. Sie wurde 1994 als Teil eines Abkommens zwischen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Israel eingerichtet und genießt (eingeschränkte) internationale Anerkennung als Vertretung des palästinensischen Volkes. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist historisch und personell eng mit der PLO verknüpft. Nach den Wahlen 2006 wurde die Hamas nominell stärkste Kraft in der Palästinensischen Autonomiebehörde, konnte ihren Machtanspruch mittelfristig aber nicht durchsetzen. Im Jahr 2013 wurde die PA in „Staat Palästina“ umbenannt, wenngleich diese Bezeichnung international keine Anerkennung fand.

Glossar

Palästinensische Befreiungsorganisation (engl. Palestine Liberation Organization; PLO)

Der 1964 gegründete Dachverband verschiedener palästinensischer Gruppen und nationalistischer Fraktionen kämpft um die Einrichtung eines Staates Palästina. Sie strebt die Vertretung aller Palästinenser, auch der im arabischen und im nichtmuslimischen Exil lebenden an. 1974 wurde sie offiziell als „Repräsentant des palästinensischen Volkes“ durch die Vereinten Nationen anerkannt. Die weitaus stärkste Fraktion innerhalb der PLO ist die Fatah.

Resolution

UN-Resolutionen sind Beschlüsse der Vereinten Nationen, die das Ergebnis einer Aussprache bestimmter Hauptorgane schriftlich festlegen. Im Gegensatz zu Beschlussfassungen anderer UN-Organen sind Resolutionen des UN-Sicherheitsrats völkerrechtlich bindend. Die Resolutionen enthalten meist eindeutige Forderungen, deren Durchsetzung bei Verweigerung wahlweise mit repressiven Maßnahmen (UN-Embargo, UN-Sanktionen) oder mit militärischer Gewalt erfolgen kann. Für den Beschluss einer Resolution im Sicherheitsrat darf nicht nur keines der fünf ständigen Mitglieder ein Veto einlegen, sondern es sind zudem 9 Pro-Stimmen der 15 Mitglieder notwendig.

Roadmap

Die Roadmap ist ein politischer Handlungsplan, der im Jahr 2003 vom Nahost-Quartett (UNO, USA, EU und Russland) vorgelegt wurde und vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen offiziell unterstützt wird. Kern des dreistufigen Friedensfahrplans ist die Zwei-Staaten-Lösung, das heißt, dass neben dem Staat Israel, ein unabhängiger, demokratischer, friedliebender und lebensfähiger Staat Palästina entstehen soll. Seine geplante Umsetzung bis ins Jahr 2005 scheiterte, dennoch bildet er noch immer einen wichtigen Referenzpunkt im Nahost-Friedensprozess.

Sicherheitsrat

Der UN-Sicherheitsrat ist ein Organ der Vereinten Nationen und setzt sich aus fünf ständigen und zehn nichtständigen Mitgliedern zusammen. Seine Hauptaufgabe ist die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Zu den fünf ständigen Mitgliedern zählen Frankreich, Russland, die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China und das Vereinigte Königreich. Diese Staaten haben bei der Verabschiedung von UN-Resolutionen ein erweitertes Vetorecht, d.h. eine Beschlussfassung ist gegen den Willen dieser Länder nicht möglich. Sie werden daher auch als Vetomächte bezeichnet. Die zehn nichtständigen Mitglieder werden nach regionalem Proporz für zwei Jahre jedes Jahr hälftig von der Generalversammlung gewählt.

UN-Mitgliedschaft

Den Vereinten Nationen gehören derzeit 193 Staaten an. Das Beitrittsverfahren ist in Artikel 4 im Kapitel II der UN Charta geregelt. Der Antragsteller muss vom Sicherheitsrat empfohlen werden. Anschließend kann ihn die Generalversammlung durch Beschlussfassung mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit als Mitgliedstaat der UN aufnehmen. Neben der Vollmitgliedschaft gibt es die Möglichkeit des Beobachterstatus als Nicht-Mitgliedstaat bei den Vereinten Nationen. Dies erlaubt es dem betroffenen Staat, als Beobachter an der Arbeit der Generalversammlung teilzunehmen und über eine permanente Beobachtermission im UN-Hauptquartier zu verfügen. Sie haben allerdings kein Stimmrecht.

Vereinte Nationen / United Nations (UN)

Die Vereinten Nationen (VN), englisch United Nations (UN), ist eine im Juni 1945 gegründete internationale Organisation von heute 193 Staaten mit Sitz in New York. Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind gemäß ihrer Charta die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Ihre wichtigsten Hauptorgane sind die Generalversammlung, das Sekretariat, der Internationale Gerichtshof und der Sicherheitsrat.

Zwei-Staaten-Lösung

Als Zweistaatenlösung wird eine Lösung des Nahostkonflikts bezeichnet, die die Errichtung eines unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staates, der Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel lebt, vorsieht. Ziel sind zwei Staaten, Israel und Palästina, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen. Der genaue Grenzverlauf ist dabei umstritten. Konsens scheint, dass sich das Territorium des palästinensischen Staates im Wesentlichen an den Grenzen von 1967 orientieren soll (Grüne Linie), also die im Juni 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiete der West Bank inklusive Ost-Jerusalems und des Gaza-Streifens umschließt. Auch über einen begrenzten Gebietstausch herrscht grundsätzliche Einigkeit. Umstritten ist der Grenzverlauf angesichts der jüdischen Siedlungen, der Hauptstadtfrage (Ost-)Jerusalem und der Frage ausreichender Sicherheit für beide Staaten.

Quellen: www.auswaertiges-amt.de; <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/>; www.wikipedia.de

Plan Spiele

Ein Angebot der Landeszentrale für politische Bildung für Schulen

Planspiele ermöglichen offene Lernprozesse und bieten einen Einblick in komplexe Zusammenhänge durch nacherleben und verstehen. Das Ziel von Planspielen ist, Teilnehmenden politische Prozesse näher zu bringen, indem sie diese selbst nachspielen. In den Außenstellen Heidelberg und Freiburg und im Fachbereich „Politische Tage“ werden Planspiele zu verschiedenen Themen entwickelt und kommen bei „Politischen Tagen“ für Schulklassen zum Einsatz. Zu diesem Zweck hat die LpB die Heftreihe „Planspiele“ ins Leben gerufen.

Die Planspiele der LpB:

- vermitteln, wie Politik funktioniert.
- zielen auf die Aktivierung der Teilnehmer/-innen ab.
- ermöglichen offene Lernprozesse.
- haben einen hohen Alltagsbezug.
- verschaffen ein nachhaltiges Verständnis von Demokratie.
- sind in den Schulunterricht integrierbar.
- modellieren einen Ausschnitt aus einer komplexen Realität.
- und simulieren kompetenzorientiert politische Prozesse.

Ansprechpartner

- Außenstelle Freiburg für Schulen im Regierungsbezirk Freiburg www.lpb-freiburg.de
- Außenstelle Heidelberg für Schulen in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Stuttgart www.lpb-heidelberg.de
- Fachbereich „Politische Tage“ für Schulen im Regierungsbezirk Tübingen. www.lpb-bw.de/politische-tage-rb-tuebingen.html

lpb
BW

Die Didaktische Reihe

Ein Muss für Gemeinschaftskundelehrende



Die didaktische Reihe der Landeszentrale

- beinhaltet Standardwerke der politischen Bildung
- veröffentlicht erfolgreiche Praxisbeispiele politischer Bildungsarbeit
- setzt bundesweit Impulse
- greift Desiderate auf
- offeriert neue didaktische Handlungsfelder
- begleitet und fördert die Diskussion der Didaktik politischer Bildung

Bestellung: 2,00 € zzgl. Versand, ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
www.lpb-bw.de/didaktische_reihe.html

lpb
BW

Politische Tage

Für Schülerinnen und Schüler aller weiterführenden Schularten sowie Grundschulen ab Klasse 2



Politische Tage – ein Angebot der **Landeszentrale für politische Bildung** für Schulen in Baden-Württemberg. Veranstaltungen zu ausgewählten politischen Themen als Ergänzung zum normalen Schulunterricht durch junge Expertenteams der Landeszentrale.

Ziele

- altersgemäße Auseinandersetzung mit politischen Fragen auf Grundlage des „Beutelsbacher Konsenses“
- Anregungen zum gesellschaftlichen und politischen Engagement
- Erwerb methodischer Kompetenzen und Einüben sozialer Lernformen
- Ergänzung und Vertiefung von Unterrichtsthemen der gesellschaftskundlichen Fächer

Besonderheiten

- methodisch abwechslungsreiche Formate (z. B. Planspiele, Szenario-Workshops, Aktionstage, u. a.)
- Themenvielfalt: Demokratie, Kommunalpolitik, Europa, Globalisierung, Frieden/Sicherheit, u. a.
- intensive thematische Auseinandersetzung über eine (Doppel-)Schulstunde hinaus
- Durchführung an Schulen oder außerschulischen Lernorten

Ansprechpartner

- Außenstelle Freiburg für Schulen im Regierungsbezirk Freiburg
www.lpb-freiburg.de
- Außenstelle Heidelberg für Schulen in den Regierungsbezirken Karlsruhe und Stuttgart
www.lpb-heidelberg.de
- Fachbereich „Politische Tage“ für Schulen im Regierungsbezirk Tübingen
www.lpb-bw.de/fachbereich_politische_tage.html



Die Didaktische Reihe

Ein Muss für Gemeinschaftskundelehrende



Die didaktische Reihe der Landeszentrale

- beinhaltet Standardwerke der politischen Bildung
- veröffentlicht erfolgreiche Praxisbeispiele politischer Bildungsarbeit
- setzt bundesweit Impulse
- greift Desiderate auf
- offeriert neue didaktische Handlungsfelder
- begleitet und fördert die Diskussion der Didaktik politischer Bildung

Bestellung: 2,00 € zzgl. Versand, ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
www.lpb-bw.de/didaktische_reihe.html



